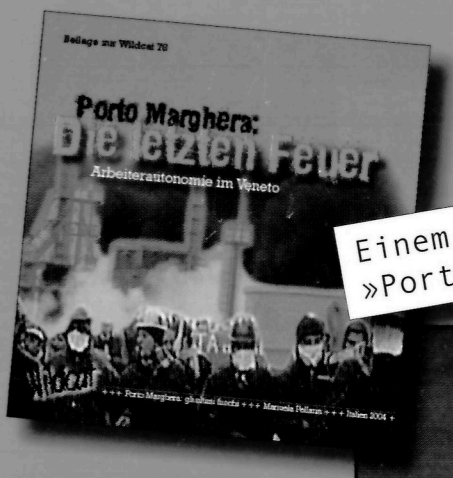
Wildcat 78

Winter 2006/2007

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

kostet 3 Eur
(im Ausland 4 Euro



Einem Teil der Auflage liegt die DVD »Porto Marghera: Die letzten Feuer« bei.

Streik gegen Entlassungen: Bosch-Siemens-Hausgerätewerk

Streik bei VW in Brüssel

Autoindustrie in der Slowakei

Norditalien: Migrantische Arbeit als Verallgemeinerung kapitalistischer Arbeit

Wilde Streiks bei der Post in Polen

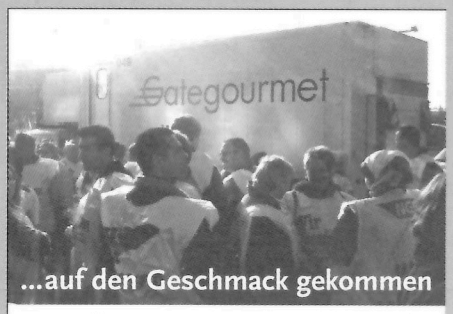
Dorfkollektive in Ostdeutschland?

Wo sind die Arbeiter?

Kunden?

AEG, BenQ, Bosch-Siemens:

Die letzten Feuer?



...auf den Geschmack gekommen

Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet

Das Buch zum Streik: Am Flughafen Düsseldorf kämpfen Gate-Gourmet-ArbeiterInnen von Oktober 2005 bis April 2006 gegen einen internationalen Finanzinvestor. Wie kam es zu diesem Streik und warum halten die ArbeiterInnen trotz des Streikbruchs durch Leiharbeit so lange aus? In Selbstzeugnissen und Interviews diskutieren die Beteiligten den Streik, seine Möglichkeiten und Grenzen. Der wilde Streik am Flughafen London-Heathrow im August 2005 spielte eine wichtige Rolle und wird im Buch ausführlich dargestellt. Mit wiederholten Blockaden der Zufahrt solidarisierten sich Menschen aus sozialen Bewegungen auf handgreifliche Art. An einem exemplarischen Fall diskutiert das Buch die Perspektiven der Arbeiterkämpfe.

...auf den Geschmack gekommen
Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet
Assoziation A | ISBN 3-935936-54-0 |
264 Seiten, farbig | 12.00 | 22.70 sF
Kontakt für Veranstaltungen: info@gg-streik.net

kämpfen und lesen

DA DIREKTE AKTION

[die andere gewerkschaftszeitung]

Probeheft gratis

c/o FAU Leipzig | Kolonnadenstr. 19 | 04109 Leipzig | da-abo@fau.org

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

wildcat

Abo: 6 Ausgaben für 15 Euro – Ausland 24 Euro – Förderabo 30 Euro – Einzelheft 3 Euro (Ausland 4 Euro) – aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 8 Exemplare für 16 Euro (Ausland 20 Euro) – alle Preise incl. Porto.

Bestellung per

Brief: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder per Aboformular auf unserer Webseite.

Regionale Kontakte

freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Archiv und Aktuelles
www.wildcat-www.de

Inhaltverzeichnis

Editorial 2

VW-Streik in Belgien 5

Wo sind die Dorfkollektive im Osten? 8

Wo sind die ArbeiterInnen? 13

Der Markt mischt sich überall ein 15
Neue Prekarität, Ausbeutung und Raub des Wissens

Gewerkschaften auf neuen Wegen:
Wenn der Kollege zum Kunden wird 18

Weltweite Workers Center? 21

Migrantische Arbeit als neue
Verallgemeinerung der kapitalistischen Arbeit 23

»Wir hatten die fixe Idee, dass wir keine
Vertreter (sein) wollten« 26
Interview mit Gianni Sbrogiò

Wilde Streiks der Briefträger bei
der Polnischen Post 33

Slowakei: Das neue Detroit? 36
Automobilindustrie in der Slowakei

Streik im Bosch-Siemens-Hausgerätewerk 39

Bye, bye, Lübben-City 54
Buchbesprechung

Was bisher geschah ... 56

Sandra und Karl: Der feine Unterschied

Hartz IV ist erstens ungerecht und zweitens kommt man kaum wieder raus. Die Verteilung der Einkommen wird immer krasser, die Lohnschere geht immer weiter auseinander. Der konjunkturelle Aufschwung ist so gespalten wie nie zuvor. Vor allem Ingenieure und IT-Fachkräfte kriegen kräftige Gehaltserhöhungen, vor allem Ungelernte (ArbeiterInnen) gehen nicht nur leer aus, ihre Löhne sollen weiter sinken, und zwar langfristig! Die Autoindustrie steht vor Produktionsrekorden, dennoch werden 15 000 Stellen allein 2006 gestrichen. Die BRD wird wieder Exportweltmeister, dennoch steigen die Arbeitskosten hier im EU-Vergleich seit dem Jahr 2000 am geringsten (nämlich um 9,8 Prozent im Vergleich zum EU-*Durchschnitt* von 22,3 Prozent – Statistisches Bundesamt, 7.12. 2006). Ebenfalls am 7.12. veröffentlichte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit eine Studie, wonach immer mehr Menschen in der BRD ihren Lebensunterhalt mit mehr als einer Beschäftigung verdienen müssen... – Alles Nachrichten aus der bürgerlichen Presse der letzten Tage – alles Sachen, die *wir* Euch nicht mitzuteilen brauchen.

Diskutieren müssten wir aber wahrscheinlich darüber, wie das alles politisch zu verstehen ist.

Anfang Dezember saß Karl Lagerfeld bei Maischberger und weigerte sich beharrlich, wachsende Armut und sich ausbreitende Unterschichten auch nur als Problem zur Kenntnis zu nehmen. Da frug die Sandra: »kennen Sie den Begriff Prekariat?« Wie aus der Pistole geschossen: »Ja, natürlich!« Das eine hat mit dem anderen offenbar nicht viel zu tun: »hier zeigt sich der Unterschied: Schreiben über die Unterschicht heißt wirklich das: Schreiben über sie, ohne dass sie es je mitbekäme. Schreiben über das Prekariat heißt hingegen: Schreiben für das Prekariat. Denn das Prekariat kann lesen, schreiben und seine Situation analysieren. Es ... verfügt noch über kulturelles Kapital. Daher ist das Prekariat auch eher Bezugspunkt der Debatten über neue Armut in Deutschland als die Unterschicht.« schrieb der *freitag* am 1.12. im Artikel: »Der feine Unterschied – Prekariat oder Unterschicht: Die einen schauen arte, die anderen 9live« Mit [letzteren] möchten Prekäre nichts zu tun haben, denn bei denen fehlt es an allem: Bildung, Geld, Perspektive und auch den kulturellen Voraussetzungen zur Veränderung ihrer Lage. Zu der miesen Behandlung durch die staatlichen Fürsorgestellen gesellt sich noch die Verachtung der Prekären, die zwar auf dem gleichen Flur auf die Fürsorge warten, dabei aber nicht /Bild/ lesen, sondern Beckett.«

Deutschlands Mittelschichten sprechen heute über Arbeitslose, als wären sie Kriminelle. In der öffentlichen Debatte gelten sie entweder als Opfer – oder als Mitschuldige an der sozialen Krise. Statt »Angst vor den Unterschichten« herrschen inzwischen Bedenken vor, dass sie ein Klotz am Bein sind, dass wegen ihnen womöglich der Aufschwung nicht von Dauer sei. Der Umgang der zuständigen Institutionen mit Hartz IV-EmpfängerInnen geht vielerorts über »rotzfrech« deutlich hinaus. In Großbritannien diskutieren GenossInnen über den gemeinsamen Kampf von Arbeitsamtsbeschäftigten und Arbeitslosen – in der BRD sieht das anders aus! Mehrheitlich vollziehen ARGE-Beschäftigte den Schwenk vom Sozialversicherungsstaat zum Almosen- und Suppenküchenstaat mit, oder forcieren ihn sogar durch vorauseilenden Gehorsam. Hartz IV soll Armut normal werden lassen; es ist kein arbeitsmarktpolitisches, sondern ein gesellschaftspolitisches Projekt.

Der Prekariatsdiskurs bezieht sich nicht auf den Klassenkampf, er verabschiedet sich von ihm.

Während immer mehr Leute in Armut abrutschen, wird immer stärker die Ideologie von persönlichem Aufstieg und individueller Befreiung gepuscht. Arbeiter zu sein ist dagegen so was wie der Beweis der eigenen Unfähigkeit. (S. 23 ff.) Die Forderung nach

ARCHIVEXEMPLAR KEIN VERLEIH INFOLADEN LEIPZIG

/www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarifpolitik/era.html

einem garantierten Einkommen will daran auch gar nichts ändern; sie arbeitet »mit dem Argument, dass die Arbeitsbedingungen in den Betrieben nicht veränderbar seien – außer in extremen Fällen, die sie dann aber unter dem Aspekt »Menschenrechte« thematisieren.« Gegen solche Positionen versucht der Artikel mit dem Begriff der »migrantischen Arbeit« wieder einen kollektiven Standpunkt zu skizzieren. Für die *eigenen* Interessen kämpfen, offensive Forderungen aufstellen – nur das könnte den Klassenkampf wieder zum Motor der Geschichte machen.

Die »soziale Frage« ist allgegenwärtig. Es finden mehr Diskussionen über Lohnschere, Armut, Verlagerung usw. statt. Aber der »Mittelpunkt«, der das alles zu einer *gemeinsamen* Frage machen könnte, ist verloren gegangen. Seit zwei oder drei Jahrzehnten sind die ArbeiterInnen in einer Spirale nach unten - je nachdem, ob man die politische, die zahlenmäßige oder die finanzielle Seite betrachtet. Nicht nur im weitesten Sinn von »alle Lohnabhängigen«, sondern noch viel mehr im engsten Sinn von »IndustriearbeiterInnen«. (S. 13 f.)

Auch ERA lässt die »Arbeiter« verschwinden. (ERA – Entgeltrahmen-Tarifvertrag zwischen der *IG Metall* und dem Metall-Arbeitgeberverband) Im Film »Porto Marghera – die letzten Feuer« sieht man, dass Gleichstellung mit den Angestellten eine wichtige Forderungen in den 50er und 60er Jahren war. ERA hebt die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten auf, aber was als Gleichstellung ausgegeben wird, wird von den Unternehmern zu massiven Abgruppierungen insbesonders von FacharbeiterInnen ausgenutzt. Meist wird die Umgruppierung gleich mit einer Leistungsbeurteilung verbunden und die Löhne um einige hundert Euro im Monat gedrückt. Auch wenn bei den jetzt Beschäftigten maximal 10 Prozent vom Brutto geklaut wird – Neueingestellte trifft es voll und sofort. Dagegen wächst die helle Empörung, die sich in den letzten Wochen in einigen Werken zu Protestaktionen verdichtet hat (bei *DaimlerChrysler* z.B. in Untertürkheim, Mannheim, Marienfelde und Mannheim). Das war allerdings zu knapp fürs Heft. Auf *labournet* könnt Ihr Euch aktuell informieren.

2006 wird nach 1992 das Jahr mit den meisten Streiks seit der Wiedervereinigung sein. Aber so wie die damalige Streikwelle (Fackelmärsche zum Landtag, Hungerstreiks um Arbeitsplätze) letztendlich die Durchsetzungsform der Deindustrialisierung breiter Teile der DDR war, so könnte die jetzige Streikwelle nur die Abwicklungsform des multinationalen Massenarbeiters in der BRD sein. Oder stecken irgendwo neue Impulse? Was kann unsere Rolle sein? Welche Erfahrungen werden in diesen Streiks gemacht? Das Heft fängt mit einer glasklaren Analyse von *Mouvement Communiste* an: Betriebsschließungen kann man nicht verhindern, man kann nur möglichst viel Abfindungen rausholen – und endet mit einem Kampf gegen Betriebsschließung, der beinahe Erfolg gehabt hätte.

Dabei hat es den *BSH*-ArbeiterInnen so ziemlich an allem gefehlt, was die bei Opel vor zwei Jahren hatten: Unterstützung durch soziale Netze im Kiez und Strukturen, die den Kampf tragen. Und wie bei Opel so auch diesmal fehlte die Unterstützung durch die linke Szene. Ein altgedienter Aktivist, der es zwei Monate lang nicht hingekriegt hatte, mit der U-Bahn von Kreuzberg zum Streik in Spandau zu fahren, schickte eine Woche nach dem bitteren Ende des Streiks bei *BSH* folgenden »superdringenden« Aufruf über eine Mailingsliste: »wir brauchen dringend eure Hilfe für eine weltweite Aktion am Mittwoch ... für bessere Löhne und grundlegende ArbeitnehmerInnenrechte streikende Reinigungskräfte in Houston/Texas zu unterstützen. Vielen von ihnen droht nun die Abschiebung, da sie ohne Papiere in den US. arbeiten und leben.« Ein anderer Aktivist antwortete auf die Frage, ob er... »Nein ich war nicht bei *BSH* in Spandau. Hab ich erstens nicht geschafft und zweitens war ich auch nicht so motiviert. Einerseits finde ich es schon interessant, mal mit Leuten vor Ort selber zu reden, andererseits muss ich sagen, dass diese Art von Abwehrkämpfen mich seit 30 Jahren begleitet, und ich glaube nicht (mehr), dass in diesen Auseinandersetzungen was entsteht, was uns wirklich weiter bringt.«

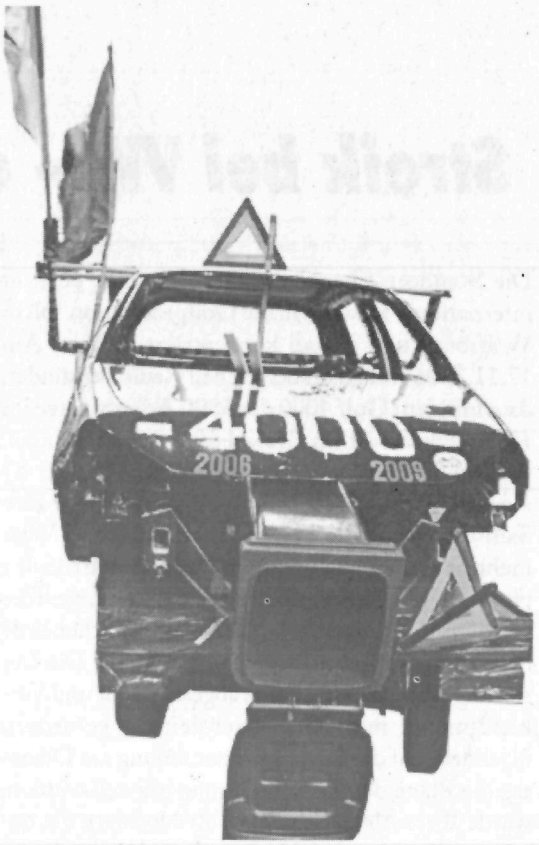
Posting auf *indymedia*: »Die Linke (was auch immer dieser Ausdruck bedeutet) ist immer so fasziniert und angetan von den Werksbesetzungen in Argentinien und Mexiko, sehnt sich eine gesamtgesellschaftliche Bewegung gegen den Sozialabbau und den fortschreitenden Neoliberalismus herbei. Was vor der eigenen Haustür passiert, und dass dieses Geschehen das Potenzial in sich trägt, weitreichend zu wirken, wird oftmals ignoriert. Wer erlebt, wie sehr sich die Menschen im *BSH*-Werk über gesamtgesellschaftliche Strukturen und Vorgänge bewusst sind, der sollte darüber nachdenken, welche Rolle eine weitergehende Unterstützung der Vorgänge im BSH-Berlin haben könnte. Wenn sich die einzelnen gesellschaftlichen Kämpfe nicht untereinander solidarisieren, die Betroffenen nicht miteinander kommunizieren, dann wird jede Form von Widerstand in der Vereinzelung absterben.«

Keinen Beitrag zu dieser Frage liefert das Buch des Unrast-Verlags *Klassen und Kämpfe*. Wir wollten es in diesem Heft besprechen, haben aber gemerkt, dass eine genaue Auseinandersetzung sehr viele Punkte berühren muss – Besprechung kommt also nächstes Mal. Solange könnt Ihr vielleicht mit dem eleganten Verriss von »I.M. Zimmerwald« auf *trendonline* vorlieb nehmen.

Wenn's ganz blöd weiter läuft, wendet sich die Linke von den ArbeiterInnen ab – und den Gewerkschaften zu – kriegen die traditionellen Gewerkschaften frischen Wind von Linken und Linksradikalen eingehaucht? (siehe *Organizing*, S. 18 ff.)

Dabei hat der unbekannte *poster* auf *indymedia* durchaus recht: Die Diskussionen der *BSH*-ArbeiterInnen sind absolut auf der Höhe der Zeit. Wir dokumentieren ihren Streik, ihre Erfahrungen und Diskussionen (S. 39 ff.). Dazu haben wir haben aus mehreren Gesprächen Texte zusammengesetzt und Namen und Alter geändert, um die Leute zu schützen. Was wir zusammengestellt haben, ist nur ein Anfang.

Aber obwohl in den Streiks viele Erfahrungen gemacht werden – wenn die Leute entlassen werden, können sich diese Erfahrungen nicht kollektiv bündeln, und wenn zwischen einem Streik und dem nächsten eine ganze Generation vergeht, können sie auch nicht aufeinander aufbauen. Vor allem aber schaffen sie es nicht, die Kontrolle durch die Gewerkschaften abzuschütteln. Die *BSH*-ArbeiterInnen brauchten nicht *Financial Times Deutschland* zu lesen, das Ende Oktober schrieb: »Die BenQ-Geschichte ist damit ein schlagendes Argument..., Lohnkürzungen zur angeblichen Rettung eines Betriebs nicht zuzustimmen.« Das hatten sie auch schon vorher gewusst, genau gegen diese Logik hatten sie zu kämpfen versucht.



Im Heft klebt ein DVD *cover* mit einem *booklet* (für die AbonnentInnen steckt auch eine DVD mit zwei Filmen im *cover)*. Hiermit versuchen wir, Kampf- und Organisierungserfahrungen in den Arbeiterkämpfen Ende der 60er Jahre in Italien für heute fruchtbar zu machen. Dazu drucken wir auch Auszüge aus einem Interview mit einem der damaligen Aktivisten ab (S. 26 ff.).

Wir haben schon mehrere Veranstaltungen mit diesen Filmen gemacht und machen auch gerne bei Euch eine.

Veranstaltungen:
Infos auf: www.wildcat-www.de/veranst.htm

Anfragen an:
redaktion@wildcat-www.de

Mitte November, Polen: ein Anarchopunk löst einen landesweiten wilden Streik der BriefträgerInnen aus (S. 33 ff.)– Mitte Dezember, BRD: *ver.di* bereitet mit Flugblättern die Postler darauf vor, sich ab Januar zum Streik bereit zu machen. Ab 15. Januar werde es in Rheinland-Pfalz und im Saarland, ab dem 19. Januar bundesweit zunächst Warnstreiks geben, sagte ein Gewerkschaftssprecher. Anschließend möglicherweise »Vollstreiks«. (Hintergrund ist die geplante längere Wochenarbeitszeit für die rund 60 000 Beamten bei der Deutschen Post. Sie sollen künftig 41 Stunden in der Woche arbeiten - statt bisher 38,5 Stunden.) Ein weiterer Streik, an dessen Ende Verschlechterungen stehen werden. Ein weiterer Streik, der dem Arbeitgeber nicht allzu sehr weh tun soll. Ein weiterer Streik, der in die Statistik eingeht... ?

Vielleicht müssen wieder europäischen Streikbewegungen in die BRD reinschwappen. Bei VW sieht es im Moment nicht danach aus (bitte umblättern).

Streik bei VW - eine Chronologie

siehe auch:
www.wildcat-www.de/wildcat/64/wc64_streik_vw_bruessel_1994.pdf

Die Standortsicherungspolitik der *IGM* beginnt international zu wirken: die Golfproduktion soll in Wolfsburg und Mosel konzentriert werden. Am 17.11.2006 wurde im belgischen Radio verkündet, dass mit dem Golf 4000 der 5800 Arbeitsplätze im *VW*-Werk Forest (in Brüssel-Vorst) verschwinden würden. Die Spätschicht ging sofort in Streik, die Nachtschicht schloss sich an, und in der Nacht zum Samstag wurde die Hauptverkehrsstraße in Vorst mehrere Stunden lang mit brennenden Barrikaden blockiert. Die Arbeiter besetzten das Werk, die Tore wurden dicht gemacht. Nach dem Wochenende bändigten die Gewerkschaften den Streik: Die Besetzung wurde zur Blockade abgeschwächt und Verhandlungen mit der Betriebsleitung gefordert. Nachdem auf der Betriebsversammlung am Dienstag die Pläne der Konzernleitung offiziell wurden, wurde abermals die Hauptstraße blockiert, die bereitgestellte Hundertschaft und die Wasserwerfer kamen nicht zum Einsatz. Am Mittwoch (22.11.) fand vor dem Haupttor eine Massenversammlung statt, auf der neben den *VW*-ArbeiterInnen viele aus den umliegenden Zulieferbetrieben teilnahmen, wo vermutlich 8000 bis 12 000 Stellen wegfallen werden. Die Weiterführung des Streiks wurde beschlossen und die Gewerkschaften planten eine europaweite Demo am 02.12., zu der dann auch ArbeiterInnendelegationen von 200-300 ArbeiterInnen aus Vorst bei Ford (Genk), Volvo (Gent) und Opel (Antwerpen) und in Charleroi mobilisierten. Die Werke von Faurecia und Decoma wurden besetzt.

An der Demonstration beteiligten sich ca. 25 000 Menschen, darunter viele AutomobilarbeiterInnen aus den Hersteller- und Zulieferwerken. Politik und Gewerkschaften wetterten gegen die »deutsche Heuschrecke« und plädierten für Verhandlungen um den Standort Brüssel. Es gab aber auch andere Blöcke – von *Sans Papiers* bis zu anderen von Schließung bedrohten Betrieben, wie z. B. *Kraft Food Belgium* – und Delegationen aus Frankreich, Spanien, den Niederlanden, Luxemburg, Großbritannien, Italien und Portugal, die sich auf den Kampf bei VW bezogen. Die deutschen *VW*-Werke Kassel, Salzgitter, Braunschweig und Wolfsburg waren fast ausschließlich durch gewerkschaftliche Funktionäre vertreten, aus dem Riesenwerk Wolfsburg kam nur ein einziger Bus.

Der neue *VW*-Chef Winterkorn war schon kurz vor der Demonstration nach Brüssel gereist, um mit den Gewerkschaftsvertretern und der Regierung zu verhandeln. Angedeutet wurde, dass die geringfügige Polo-Produktion 2009 um die Produktion des Audi A1 ergänzt werden soll und so 3000 der 4000 bedrohten Stellen gerettet werden könnten. Das aber nur, wie die Konzernspitze am 7.12 auf der Betriebsversammlung zur Verabschiedung von Pischetsrieder in Wolfsburg konkretisierte, wenn die Belegschaft einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 38 Stunden ohne Lohnausgleich zustimmt.

Der Sozialplan stand nach Verhandlungen in der Nacht zum 9.12.: freiwillig ausscheidende Beschäftigte erhalten Abfindungen zwischen 25 000 und 144 000 Euro.

Die als kämpferisch geltenden ArbeiterInnen in Brüssel hatten sich bisher entschlossen gegen die Flexibilisierung und Verlängerung ihrer Arbeitszeit gewehrt (siehe den vierwöchigen Streik gegen das Bandtempo 1994, Artikel in *wildcat 64/65*). Diese Kämpfe hatten die Gewerkschaften bisher in Verhandlungsabschlüsse umgesetzt. Dieses Muster scheint auch den aktuellen Kampf zu begrenzen. Kurz nachdem die Verhandlungsergebnisse durchsickern finden sich am Sonntag (10.12.) vor dem Tor radikale Transparente: »Wenn die Chefs es im Guten nicht verstehen, gibt es die korsische oder irakische Methode«. Doch es herrscht Endzeitstimmung: von den anwesenden Streikposten denkt niemand daran – wie von VW verlangt – am 18.12. die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Versprechungen der Audi-Produktion verstehen sie als Hinhaltemanöver. Aber offene Diskussionen darüber, wie nun der Streik weitergeführt werden könnte, sind nicht möglich: »ich bin kein Delegierter«, sagt ein Streikender in Brüssel.

Die Automobilproduktion in Belgien

Belgien ist nach wie vor das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Autoproduktion der Welt. Während die EU Produktion von 2004 auf 2005 um 284542 abnahm, ist sie in Belgien um 38669 gestiegen. Derzeit (2005) arbeiten 46300 Beschäftigte in der belgischen Automobilproduktion. Wie in Deutschland waren die Produktionssteigerung vom Stellenabbau bei den Herstellern begleitet. In den vergangenen zehn Jahren haben schon 3000 Renault-ArbeiterInnen ihre Stelle verloren, General Motors baute in Antwerpen 4000 Stellen ab. Trotz des Streiks 2003 in Genk (siehe Wildcat 68) wurden bei Ford 3000 Stellen gestrichen. Die Autoproduktion in Belgien soll aber nach einer aktuellen Studie weiter zunehmen.

VW: Das Beil der Konzernleitung ist niedergegangen! Produktionsstopp für den Golf bei VW Forest und Entlassung von 4000 direkt bei VW Beschäftigten und doppelt so vielen bei den Zulieferern

Als Akteur auf einem Markt, bei dem die Produktionskapazitäten in Europa und weltweit die Aufnahmefähigkeit des Marktes bei weitem übersteigen, hat sich die Konzernleitung von VW an eine umfassende Umstrukturierung der Produktionsstätten an allen Standorten gemacht: 20000 Stellen werden in Deutschland abgebaut (trotz der Rückführung der Golf-Produktion in seine Heimat), 4000 in Forest, in Brasilien, und morgen bestimmt in Spanien....
Die Ankündigung, die Montage des Golf in Forest einzustellen, bedeutet die baldige Schließung der Fabrik und den massiven Verlust von Arbeitsplätzen nicht nur bei VW, sondern auch bei den Zulieferern.
Die politische und gewerkschaftliche Szenerie regt sich allerorten und spielt sich in den Medien und hinter den Kulissen auf, um den Arbeitern bei VW und den Zulieferern »zu Hilfe zu eilen«. Aber das sind genau dieselben, die Euch schon mal »zu Hilfe geeilt« sind, als sie Euch gezwungen haben, im Namen der hochheiligen Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs alle bisherigen Sparmaßnahmen zu akzeptieren; als sie von Euch gefordert haben, als verantwortungsvolle und vernünftige Arbeiter zu handeln und als sie Euch das Ende des Unternehmens prophezeiten, wenn Ihr die verlangten Opfer verweigert.
Dass Politiker und Gewerkschafter aller Art lustvoll wiederholen, der Standort Forest sei einer der produktivsten des ganzen Konzerns, wird daran nichts ändern. Habt Ihr Renault Vilvoorde schon vergessen? Sie tischen Euch heute dieselben Argumente wie damals auf. Die Kosten für die Arbeitskraft sind am Standort Forest in etwa gleich hoch wie in Wolfsburg, seit die deutschen Gewerkschaften (die IG-Metall sitzt im Aufsichtsrat von VW) eine Ausweitung der Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich ausgehandelt haben. Der Konzern hat Überkapazitäten, die der Markt nicht aufnehmen kann. Außerdem kommen 60 Prozent der Teile für die Fabrik in Forest aus Deutschland, was große logistische Kosten mit sich bringt. Dagegen werden alle Opfer, denen Ihr zugestimmt habt, nichts ausrichten können.
Die Unterscheidung zwischen deutschen und belgischen Arbeitern ist eine Falle der Gewerkschafter und Politiker, um Euch von dem einzigen Terrain abzubringen, auf dem Ihr eine Chance habt, Eure Haut teuer zu verkaufen: dem Terrain des Klassenkampfs.
Heute, da Ihr dem Frontalangriff der VW-Konzernleitung ausgesetzt seid, verlangen dieselben »gesellschaftlichen Kräfte« ein weiteres Mal von Euch, ruhig zu bleiben, Euch als verantwortungsvolle Arbeiter zu betragen und klugerweise nach Hause zu gehen.
Letzte Woche, als sie Euch ermahnt haben, ruhig zu bleiben und abzuwarten, seid Ihr in den Streik getreten, ohne Euch um ihre Meinung zu kümmern.

Schnauze voll vom Vernünftigsein!

Das Beil ist gefallen, die Fabrik wird früher oder später dicht machen, sei's drum. Die Arbeiterseite fordert Lohn; bis zur Pensionierung, auch ohne Arbeit bei VW. Wenn der Chef entscheidet, die Fabrik zu schließen, ist es nicht die Sache der Arbeiter, die Konsequenzen zu tragen. Ohne radikalen Kampf ist das natürlich nicht zu erreichen.
Der Gegenschlag muss dort konzentriert werden, wo er weh tut. Ihr dürft Euch weder auf unnütze und kraftraubende nationale Demos einlassen, die den Kampf zu Grabe tragen. Noch dürft Ihr die Führung des Kampfes den Gewerkschaften und anderen »gesellschaftlichen Kräften« überlassen, die Euch seit jeher betrügen.
Im Gegenzug müssen die Arbeiter der Zulieferer für den Kampf gewonnen werden. Der gemeinsame Kampf darf niemanden auslassen, denn oft werden die Arbeiter des Unternehmens im Rampenlicht besser behandelt als die anderen. Wir müssen die Zugehörigkeit zu Kategorien abschütteln, in die sie uns unter dem Vorwand der Betriebszugehörigkeit einsperren.
Denn die einzige Art und Weise, sich hier bestmöglich rauszuziehen, ist die kollektive Kraft zu nutzen und den Chefs und der Regierung Angst einzujagen, und nicht rumzuheulen und sich zu beklagen, während man von ihnen Brotkrumen erbettelt.
Ihr werdet die Schließung des Standort Forest durch die Konzernleitung nicht verhindern können, aber Ihr könnt Eure Haut sehr teuer verkaufen.

Nur die unabhängige Organisierung der Arbeiter ohne irgendeinen Unterschied kann Erfolg haben.
Dafür sind die Minister, Gewerkschaften und Hilfen der Region völlig nutzlos. Mit Sicherheit wird der Arbeitgeber sie vorteilhaft einsetzen, um den Kampf ins Leere laufen zu lassen.

Mouvement Communiste

Das ist ein Flugblatt von Mouvement Communiste, das sie dreimal an den Fabriktoren und auf der Demo am Samstag, den 2. Dezember verteilt haben.

Am 5.12 machten sich einige AktivistInnen aus Köln auf den Weg nach Brüssel-Vorst. Neben Transparenten wie: »Wir wollen den Golf und den Polo - kurz gesagt: Wir wollen arbeiten.« fanden sie halbfertige und verrostende Karossen und ein demoliertes Pförtnerhäuschen. Ein Gespräch mit Arbeitern und die Eindrücke von einer »Werksführung« mit einem Gewerkschaftsdelegierten sind auf indymedia dokumentiert: http://germany.indymedia.org/2006/12/163740.shtml

Wo sind die Dorfkollektive im Osten?

Unsere Diskussion über Kollektive hat uns aufs Land verschlagen. Und zwar in den Osten Deutschlands. Zwei Fragen trieben uns an: Probieren die, die in Regionen leben, wo es kaum noch kapitalistische Produktion gibt, und die diese nicht der Arbeit wegen verlassen, gemeinsam was anderes aus? Sind die Erfahrungen, die viele der »Älteren« zu DDR-Zeiten gemacht haben, womöglich eine Grundlage, ihr Leben selber in die Hand zu nehmen?

Um Antworten zu finden, haben wir Menschen an unterschiedlichen Orten besucht. Wir waren bei der mecklenburgischen Kommune »Ulenkrug«, in einer Region, in der zu DDR Zeiten Dorfgenossenschaften neu angesiedelt wurden. Heute gibt es dort ein Dorf voll mit alten Trabbiwracks, weil die Jugendlichen sich mit der Organisation von Autorennen Jobs schaffen. Für den »Ulenkrug« funktioniert viel über Fördergelder. Die Kommunarden betreiben Landwirtschaft für den eigenen Bedarf und verschenken den Rest an Bekannte. Politisch lehnen sie sich an Longo maï an.

Wir sprachen mit einem ehemaligen Vorstandsmitglied einer Ex-LPG in Ranis in Thüringen. Vor der Wende bewirtschaftete die LPG 30000 Hektar, nach der Wende wurde der Betrieb weitergeführt. Heute ist die Genossenschaft eine »Arbeitsbeschaffungsmaßnahme« für die umliegenden Orte, die mit Landwirtschaft nicht mehr viel zu tun hat. Ein Kinderferienhaus, Seminare, Heilkräuter und eine Kfz-Werkstatt dienen dem Broterwerb. Den Bauern mit der Forke in der Hand treffen wir hier nicht.

Auch die Redakteurin der »Ortszeit«, einer regionalen Zeitung in Reichenow östlich von Berlin, lebt in ihrem Projekt nicht mehr von der Landwirtschaft. Die ca. 30 Leute dort – Ex-Autonome aus Berlin – sind Künstler, Architekten, Designer. Sie verdienen ihr Geld entweder via Internet, auf dem Hof selber, oder relativ flexibel bundesweit. Der Gewerbehof bleibt für die restlichen Leute im Ort ein Ufo.

Und dann waren wir noch auf dem Lehmbau-Ökohof, der im Grunde das ganze Dorf Roddahn ausmacht. Westberliner Studenten, die nach der Wende gemeinsam die Stadt verließen – unter ihnen ein Ossi, mit dem wir sprachen – kauften billig ein Grundstück. Sie erprobten sich im Ausbau ihrer Häuser und pflegen heute drei Geschäfte, mit denen sie teils über Internet, aber auch in der Region alles rund um ökologischen Hausbau anbieten.

Mit einem Tagesausflug lässt sich natürlich nur ein Bruchteil erfahren, aber wir haben einen Einstieg gefunden. Wir haben jetzt eine Vorstellung davon, was die Leute zusammen bringt, ob sie arbeiten, wo sie arbeiten und wie die soziale Struktur »Dorf« heute aussieht. Die Leute treffen sich nicht auf dem Feld, sondern bei der Feuerwehr, in Landfrauen-Verbänden, auf Bauernmärkten und dem Arbeitsamt. Für die Projekte sind es meistens die Fördertöpfe, für die individuellen Haushalte die Pendlerlöhne oder das Amt, die die Existenz garantieren.

Boden-Besitzverhältnisse machen regionale Unterschiede

Im Osten wirkten sich nach 1989 wirkten die früheren Besitzverhältnisse mit ihren regionalen Unterschieden aus, die es schon immer gegeben hat. Im Süden gab es viele Kleinbauern, im Norden, der wenig besiedelt war, viele Krautjunker, die schon vor 200 Jahren auf riesigen Ländereien die Leute schuften ließen. Die Politik Biedenkopfs in Sachsen hätte ohne die ehemaligen Kleinbauernverhältnisse nicht funktioniert. Auf dem rückübertragenen Land der Kleinbauern und dem Land, das einige durch die Bodenreform nach dem Krieg erhielten, wurden weniger Landwirtschaften als kleinere Firmen, oft Handwerksbetriebe oder andere Einrichtungen (Handel, Kultur, Tourismus) gefördert. Die Jahre, in denen Gelder in die Taschen der (neuen) Mittel- und Oberschicht flossen, sind nun vorbei, aber heute ist jeder Feldweg asphaltiert, fast jede Firma saniert, und selbst für eine verwilderte Obstwiese bekommt man im letzten Dorf noch finanzielle Unterstützung aus einem EU-Fördertopf. Von den Beziehungen Biedenkopfs, die er ausspielte, um seinen Rivalen bei der CDU was zu beweisen, können Regionen in MeckPomm, Sachsen-Anhalt oder Brandenburg nur träumen. Hier hör-

te man mehr von Schmiergeldern bei *Leuna-Buna*, Milliardengräbern wie dem *Cargolifter* oder Ideen, die Insel Rügen am Stück zu verkaufen. Einige der alten Ländereien sind an Junkerfamilien zurückgegangen und nicht wie im Süden an die Nachbarn. Hier enmtstand kein Kleinunternehmertum wie im Süden; dafür führte der Frust über die Nachfahren der Barone dazu, dass nach der Wende den »Wessi-Gören« an der Müritz die Zelte oder »Energiequellunterbewusstseins-Kommunen« die Felder angezündet wurden.

Doch zurück zu der Zeit, als man den Baronen und Ritterfamilien »alles« wegnehmen wollte.

Enteignung: die sozialistische Grundrente?

»... denn was mich angeht, ich möcht nicht verzichten auf den winzigen Stolz nach der Bodenreform, wenn das Getreide gut stand, da hast du dich gefreut, was du geschafft hast mit Frau und Kindern, was hätte da werden können aus uns (...), wenn sie das Soll nicht so hoch gedrückt hätten, da musst du ja der Krauter bleiben und ewig unzufrieden, kein Schlachtschein, wenn das Soll nicht erreicht war, was hast du die Waagen verflucht und Vorschriften, die wollten auf Sand Zuckerrüben pflanzen, immer schlimmer, bis die Lust wieder weg war, einer hat auf den Tisch geschissen, Zettel dran: Das ist mein Soll, und ist ab nach Westen, und nicht nur der.«...

»Als es trotzdem besser lief und man leben konnte und aufatmen, ging es wieder los mit der Prügelei, LPG, Studenten rückten dir auf die Pelle, packten beim Heu mit an, fassten die Gabel falsch und quatschten dich abends voll, ich war bald dabei, aber bei anderen haben sie mit den Sollbescheiden getrickst und betrogen, in drei Wochen soundso viel Doppelzentner Futtergetreide, und wieder sind viele ab, und wer abends unterschrieb, dem haben sie am nächsten Morgen um sieben das Vieh aus dem Stall geholt, Heu und Getreide, alles raus aus der Scheune ...« [F.C.Delius, Die Birnen von Ribbeck]

Mühlrose 1989

Mit der Bodenreform 1946 begann die »Kollektivierung« in der Landwirtschaft, Großgrundbesitz von über 100 Hektar wurde enteignet. 200 000 Neubauern – Landarbeiter, Vertriebene und landlose Bauern – bewirtschafteten die Flächen. Viele gaben gleich wieder auf, weil sie keine Landwirte waren oder vor dem anwachsenden Druck der Abgabemengen flüchteten. Für die ehemaligen Arbeiter der Junkergüter unter ihnen beschränkte sich die Zeit der Landwirtschaft in Eigenregie auf wenige Jahre vor der Planwirtschaft. Aufgrund des Mangels an Arbeitern nach dem Krieg waren wie in der Industrie erstmals auch viele Frauen unter den neuen Beschäftigten. Schon in den 50er Jahren wurde ein breites Netz an sozialen Einrichtungen geschaffen, z. B. für die Kinderbetreuung.

Ab 1952 entstanden drei verschiedene Typen von LPGen. Im ersten Typ brachten die Bauern ihren Boden in die Genossenschaft ein, im zweiten ihre Maschinen und im dritten ihr Vieh. Die Kuh wurde als letztes rausgerückt und das war der schwerste Schritt für die ehemaligen Kleinbauern. Von diesem Zeitpunkt an waren sie völlig von der bäuerlichen Eigenregie abgetrennt. Auf diese Weise stieg die Zahl von 5 074 LPGen mit 146 900 Mitgliedern im Jahr 1953 auf 19 000 LPGen mit 945 000 Mitgliedern 1960 an. Sie bewirtschafteten 85 Prozent der gesamten Nutzfläche.

In den 70er Jahren begannen die LPGen, sich zu industriellen Großbetrieben zusammenzuschließen, die an die Verarbeitungsindustrie angekoppelt waren. Die Arbeitsteilung, die mit der Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion begann, führte zu einer hochgradigen Spezialisierung in der Landwirtschaft. Im »Kreisbetrieb für Landtechnik«, »Agrochemisches Zentrum«, der »Zwischenbetriebliche Bauorganisation« oder der »kooperativen Abteilung Pflanzenproduktion« fanden die Leute »kollektiv« organisiert ihren Platz. Meist 350-400 Beschäftigte waren es pro »Betriebskollektiv« in den LPGen, dem Grundtyp der genossenschaftlichen Produktionsweise. In den Bauorganisationen, die für die Landwirtschaft arbeiteten, waren allein in Mecklenburg mehr Leute beschäftigt als im gesamten Bauhandwerk. 44 000 Arbeiter machten die Generalreparaturen und Maschineninstandhaltung in den Landtechnikbetrieben und 22 000 arbeiteten in den Agrochemischen Zentren.

Die LPGen waren in der Regel auf Basis der Dörfer bzw. Gemeinden organisiert. Oft wurden Dörfer und kleinere Städte zum Zweck der landwirtschaftlichen Produktion aus dem Boden gestampft. Dorf-Konsum, Post, Kneipe, Kindergarten gab es fast überall. Kinderkrippen, Oberschulen, Kulturhäuser, Jugend- und Sportclubs fand man in den größeren Landwirtschaftszentren.

Ende der 70er Jahre konnte man kaum noch von einer bäuerlichen Gesellschaft reden. Nur jeder zweite Genossenschaftsarbeiter kam aus einer Bauernfamilie. Und das änderte sich rasch. Durch die Aufsplitterung und Spezialisierung der Betriebe wuchs die Bedeutung der Facharbeit in allen Bereichen – ob Küchenpersonal, Landmaschinenschlosser oder Maurer. Kein ganzjähriges Bauernleben, sondern Urlaub, geregelte Arbeitszeiten, Bildungsmöglichkeiten und viele KollegInnen bestimmten den Alltag. Bis 1989 waren 900 000 Leute in der Landwirtschaft beschäftigt.

Nach der Wende: »Entlangsteuern am Abgrund Markt«

»... von vorn anfangen dürfen, der Bauer zieht immer den kürzeren, zum fünften Mal in fünfzig Jahren alles anders, erst Knecht, (...), dann Junkerland in Bauernhand, angefangen als Kleinbauern, der Zwang LPG machte es leichter unter dem Namen »Vereinte Kraft«, dann wieder alles anders mit dem Schwachsinn der Trennung von Vieh und Pflanze, auf der Schicht in Kalorienfabriken, durch Gülle gestapft, stundenlange Anfahrten zum Feld und mußt den Acker betrügen, bis du die Arbeit hasst oder gleichgültig wirst, wenns gut geht, und jetzt mit letzter Kraft den Betrieb entlangsteuern am Abgrund Markt, alles verkleinern, überschaubar, effektiv machen und angetrieben von den alten Genossen, die Parteibuch und Abzeichen weggeworfen haben und jetzt die neue Unschuld spielen mit dem Zauberwort Effektivität und Markt und die gleichen schlauen Sprüche machen wie vorher und mich losschicken morgens um vier, damit ich unter den Pflug nehme, was übermorgen Gewinn verspricht, und wieder hin und her fahre über die Äcker, ein Teil der Maschine im Gleichmaß der Jahreszeiten...«
[F.C.Delius, Die Birnen von Ribbeck]

Halbendorf 1987

Agrarindustrie

Bereits vor 1989 gingen viele junge Leute in die Industrie, weil sie nicht mit dem »Fortschritt« über das Feld juckeln wollten und sich allgemein von den industriellen Großbetrieben mehr versprachen. Das führte dazu, dass es zur Zeit der »Wende« in der Landwirtschaft eine chronische Überalterung gab. Dass Tausende in den Vorruhestand geschickt wurden, bedeutete für viele Betriebe die Schließung. Ließen sie sich nicht abwickeln, mussten oft von vorne anfangen, da mit den Alten auch das Wissen und die Erfahrung in Rente geschickt wurden. Die Betriebe, die heute als Agrargenossenschaft weiter bestehen, waren auf Grund ihrer Größe marktfähig und dominieren heute in weiten Teilen die Landwirtschaft im Osten. Vor der Wende war klar, dass alle im Ort in der LPG arbeiten. Die Genossenschaften heute versuchen, den einen oder anderen Arbeiter mitzuziehen. Meistens ist es nur der alte Mechaniker, den sich sonst kein Landwirtschaftsbetrieb mehr leistet, und selten wird versucht, die Leute aus der ganzen Region miteinzubinden. Aufgeteilt in einzelne Bereiche, um Förderungen zu erhalten, betreiben die Genossenschaften alle erdenklichen Projekte, die oft nichts mehr mit der eigentlichen Landwirtschaft zu tun haben. Beschäftigt sind nicht die damaligen Arbeiter, sondern eher diejenigen, die nichts Besseres finden. Die Hierarchien in den Genossenschaften sind geblieben, gemeinsam organisiert sind die Betriebe nicht.

ArbeiterInnen?

Vor der Wende waren circa 11 Prozent der Berufstätigen in der DDR in den LPGen beschäftigt. Heute arbeiten von 5,5 Millionen Erwerbstätigen im Osten nur noch 166 000 in der Land- und Forstwirtschaft. Sie sind keine Bauern im üblichen Sinn – auch wenn jedes Dorf seine »Wiedereinrichter« hat (also diejenigen, die ihr altes in die LPG eingebrachtes Land wieder bewirtschaften) – sondern LandarbeiterInnen, die für Agrargesellschaften arbeiten. Viele ehemalige Kleinbauern im Süden konnten oder wollten ihr eingebrachtes Land nicht selber nutzen, da sie über die Jahre ihre Ställe zu Wohnungen umgebaut hatten; sie verpachteten oder verkauften ihre Felder.

Viele sind heute erwerbslos, leben von *Hartz IV* und werden immer wieder in Arbeitseinsätzen von den Gemeinden beschäftigt. Unter den Arbeitenden gibt es viele Pendler, die anderen Orten oder im Ausland arbeiten. Sie leben auf dem Land, aber arbeiten in denselben Bereichen wie die Städter und müssen lange Strecken zurücklegen, um an Geld zu kommen. Zwei Millionen Menschen woh-

nen allein in dorfähnlichen Orten unter 1000 Einwohnern, sind aber kaum zu Hause und leben wesentlich vereinzelter als manche in der Stadt.

Wenige ziehen weg. Es sind die mit längerfristiger Anstellung anderswo, Familien mit schulpflichtigen Kindern und junge Leute, die wegen der Lehrstelle die Region verlassen.

Städter

Es gibt aber auch viele Zuzügler, welche, die schon vor Jahren kamen, und andere, die noch heute den Schritt raus aufs Land machen. Anfang der 90er Jahre kamen viele mit der »Ökodorfbewegung« aus Westberlin. Die kannten die Tricks, um an Subventionen und Fördergelder ranzukommen, und konnten damit Gehöfte kaufen und ausbauen. Den Lebensunterhalt zahlte das Arbeitsamt.

Die Gründe waren vielfältig. Einige wollten die Natur genießen. Andere verwirklichten ihre Ideen, weil Kneipen, Ferienheim, Hotels, Pensionen, Wohnraum hier günstiger sind und sie leichter ihre Pläne in die Tat umsetzen und (mit anderen) ausprobieren können. So entstanden unzählige Projekte, heute modern renoviert und meist wirtschaftlich ausgerichtet. Das zieht Leute an, die solche Projekte als »Bürohaus« sehen, als »symbolisches Kapital« und als Ort, wo Verbindungen und Kontakte geknüpft werden können. Künstler, Designer, Filmemacher, Schauspieler, Akrobaten und Photografen, Handwerker, die frei arbeiten können, denen ein Internetzugang, ein Büro oder eine Werkstatt genügt, um ihre Geschäfte abzuwickeln.

Kollektivität

Während unter den ehemaligen Städtern oft Leute sind, die ihre Ansprüche begraben haben und nichts mehr von Gemeinschaft hören wollen, gibt es unter den Alteingesessenen eine eigenwillige Lethargie. In den Betrieben wurde früher nur das gemacht, wofür bezahlt wurde. Organisierung und Leitungsaufgaben waren nicht Sache der ArbeiterInnen. Der Vorstand entschied die gemeinsame Entwicklung: wer zu welchem Zweck beispielsweise an die Uni geht und wer bleiben soll. Er hielt den Betrieb zusammen und bewarte die Kollektivität – gemeinsame Feste, Geburtstage, Ausflüge, Subotnik.

Heute passiert nichts von allein. Die Leute hoffen auf Impulse von außen. Es gibt ein riesiges Bedürfnis nach der Gemeinschaft aus der alten Zeit. Das fehlende Miteinander empfinden sie als Mangel. Man hilft sich gegenseitig, aber selber was lostreten? Die Leute sind verlässlich, müssen aber angeschubst werden und brauchen Strukturen wie zum Beispiel Vereine. Die werden meistens von den alten Funktionären getragen, die auch schon in den LPGen die Aufgaben verteilten.

Rohne 1987

Gegenüber neuen Projekten gibt es keine Feindseligkeiten mehr wie gegenüber den alten Großgrundbesitzern. Trotzdem bleiben die Projekte und Lebensgemeinschaften oft fremd im Ort und versprechen nur teilweise neue Impulse. Das funktioniert aber nur, wenn sie Angebote machen und Kino, Räume o.ä. zur Verfügung stellen und sich den Leuten im Ort öffnen. Die Dorfzeitung »Ortszeit« und vor allem die Lust der Redakteurin ist zum Beispiel nur entstanden und geblieben, als das Eis zwischen Neuankömmlingen und Eingesessenen brach. Das war nur möglich durch einen vom Bürgermeister initiierten Verein, der Anglerverein, Feuerwehr, Gemeinderat, Gewerbehof usw. an einen Tisch holte. Seither ist klar, dass alle zusammen was machen wollen. Dass die Power einer linksradikalen Städterin aber nur langsam Feuer entzündet, ist auch klar; schreiben muss sie die Zeitung noch immer alleine, aber sie wird ihr aus der Hand gerissen und alle fragen, wann die Neue erscheint. Die Professionalität der Zeitung hat bislang eingeschüchtert, aber zumindest kommen jetzt Leserbriefe: Die Leute fangen an, sich einzumischen.

Es gibt den alten kollektiven Gleichheitsgedanken in den Köpfen, aber die soziale Realität erschwert das Zusammenkommen maßgeblich. Viele von denen, die in der DDR groß gewordenen sind, nehmen den Spruch zu ernst: im Westen musst du zusehen, wie du alleine zurechtkommst. Das wirkt sich auf das Miteinander aus. Aber auch das Arbeitsamt, das alle nach der Wende aufgefangen hat, individualisiert. Das Geld kommt, und warum was anderes wagen, wenn es doch irgendwie geht. Hier und da mal eine ABM, jetzt Ein-Euro Jobs oder

eine befristete Anstellung. Auch in der Landwirtschaft bildet sich keine Arbeiterklasse mehr, sondern die Leute arbeiten vereinzelt. Als Zeitarbeiter bestellen sie die Felder und als Kollegen treffen sie in Mecklenburg zum Beispiel Österreicher, die drei Monate am Stück durch die Gegend fahren und nur einen einzigen Job machen – Pflügen. Mit denen ist es unmöglich zusammen zu arbeiten und zu leben, aber genau das wäre wichtig. Was soll denn entstehen, wenn alle nur ihren Job kennen und morgen schon wieder woanders, bei anderen Leuten sind?

Früher konnten sie alle gemeinsam angehen, was ihnen nicht gepasst hat. In einem Betrieb zusammen was zu fordern, war möglich. Das hat auch unmittelbar was verändert. Heute ist das anders. Da gibt es die Gemeinsamkeit in den Betrieben und woanders nicht mehr so. Deshalb ist es schwerer sich zu wehren und damit etwas zu erreichen. Die meisten arrangieren sich, weil es sicherer ist. Schwarzarbeit zu verpfeifen ist da ein Beispiel. Die Leute reagieren auf das Wegbrechen der ohnehin niedrigen Löhne. Und da alle vereinzelt auf dem Arbeitsmarkt herumstolpern, bleibt nur der Staat als Ansprechpartner.

Und nun ...

Kollektive Ansätze von Leuten, die ihr Leben lieber in die eigenen Hände nehmen, haben wir nicht gefunden. Es funktioniert einfacher innerhalb der alten Strukturen. Es gibt riesige Unterschiede zwischen Sachsen und Mecklenburg (die einen haben drei Höfe und zwei Firmen, die andern das Amt). Aber in Regionen, die ganz abgeschnitten sind, ist das Arbeitsamt auch am genügsamsten und es gibt Existenzgarantien. Und irgendwie ist immer genügend Geld da. Gemeinden bekommen Zuschüsse, Hauptsache, es entwickelt sich irgendwas. Du kannst für zwei Jugendliche im Dorf Projekte finanzieren lassen, die für eine ganze Stadt gedacht sind.

Zwei Drittel sind in kurzfristigen Arbeitsverhältnissen oder beim Arbeitsamt. Ein Haufen Leute ist nach der Wende aus ihren Berufen in unqualifizierte Jobs oder in die Arbeitslosigkeit gerutscht. Die Selbstdefinition über die Arbeit ist immer noch zentral im Osten. Arbeitslosigkeit führt zu Lethargie und Minderwertigkeitsgefühl – Keine Arbeit, kein Ansehen.. Weil so viele arbeitslos sind, ist aus dem Ostspruch: ich bin Arbeiter – wer ist mehr? der Spruch geworden: ich bin Arbeiter – wer ist weniger? Die Klassenfrage hat sich aktualisiert, die Leute nehmen die Gesellschaftssituation als eine Frage von »oben« und »unten« wahr. Aber sie nehmen den Kampf nicht auf, vermeiden sogar bewusst Kontakte. Keine Arbeitslosenbewegung, sondern »Hauptsache Arbeit«.

Zu Beginn wussten wir nicht genau, auf welcher Ebene wir suchen sollten. Wir dachten an allgemeine dörfliche Zusammenhänge, die sich in gegenseitiger Hilfe unterstützen. Hier haben wir schnell gemerkt, dass das umso funktioniert, je ärmer die Gemeinden sind. Von »Dorf« können wir aber nicht sprechen, da es sich eher um »intimere« Wohngebiete als um bäuerlich geprägtes Leben und Wirtschaften handelt. Schnell schauten wir auf die Betriebskollektive, die Ex-LPGen, von denen auf den ersten Blick noch immer viele existieren. Deren Begriff von Kollektiv hat allerdings nichts mit dem zu tun hat, wonach wir suchten. Überwältigt waren wir von der Anzahl von Ökodörfern und kommuneähnlichen Wohnformen. Aber Kollektive oder Versuche, im gemeinsamen Alltag nicht den Bedarf, sondern auch Bedürfnisse zu befriedigen und dieser Gesellschaft von Unten was entgegenzusetzen, haben wir bislang nicht gefunden.

Wir geben die Suche aber noch nicht auf. Im nächsten Heft werden wir und die Stadt vornehmen... Wir werden sehen! ■

Nochten 1989

Wo sind die ArbeiterInnen?

»In solchem Leporello-Stil verkünden Wirtschaftsunternehmen heutzutage Entlassungen und Arbeitsplatzabbau: Bei Karmann 1250, bei Bayer-Schering 6000, bei Siemens-Nokia 9000, 14500 bei DC, 20000 bei VW und bei der Telekom 32000. Angesichts der Gewinne...« (SZ, 07.06.2006)

Die ArbeiterInnen sind als statistische Größe und somit auch scheinbar als gesellschaftlicher Machtfaktor verschwunden. Sie sind nicht mehr »dauerhafter Bezugspunkt und zentrales Problem« meint M. Perrot im Buch von Stephan Beaud und Michel Pialoux. In *Die verlorene Zukunft der Arbeiter*: fragen sie sich »Was ist übrig geblieben von der Arbeiterklasse?« und schreiben: »Man gewinnt immer mehr den Eindruck, dass sich die Arbeiter auf sich selbst zurückgezogen haben, angesichts der normativen Kraft der Tatsachen [...] verstummt sind.«

Die »Tatsachen« versuchen wir im folgenden durch statistisches Material aus der BRD nachzuvollziehen und so die Diskussionen um Verlagerung, Betriebsschließung und Möglichkeiten der Abwehrkämpfe mit einigen Zahlen unterfüttern.

Mehr Arbeit

Seit Abwicklung der DDR und Abräumen einer ganzen ArbeiterInnengeneration ist die Erwerbstätigenquote von 65 Prozent Mitte der 90er Jahre auf 68 Prozent im Jahr 2005 gestiegen. Von 82,6 Mio. »Wohnbevölkerung« der BRD gelten etwas über die Hälfte, 42,2 Mio., als Erwerbspersonen – 66,8 Prozent aller Frauen und 80,4 Prozent aller Männer. 38,8 Mio. sind Erwerbstätige, und wenn man über die offiziellen Zahlen hinaus die FrührentnerInnen und die stille Reserve hinzurechnet, die sich aus Frust schon gar nicht mehr arbeitslos melden, kommt man in erweiterter Definition auf gut und gerne 7,4 Mio. Arbeitslose in der BRD. Im Vergleich zu 1993 arbeiten 1,3 Mio. Menschen mehr. Der besonders starke Zuwachs 2004 – um 161000 Erwerbstätige im Vergleich zum Vorjahr – basiert zum größten Teil auf Minijobs, Zunahme der Teilzeitarbeit, Ich AGs und zum anderen Teil auf Bereinigung der Statistik durch Hartz I-IV.

Seit zehn Jahren steigt zwar die Zahl der abhängig Beschäftigten, aber die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging seit dem Höchststand 1993 um über zwei Mio. zurück, 2005 waren es 26,2 Mio. – 14,3 Mio. Männer und 11,9 Mio. Frauen. Der Rückgang findet hauptsächlich in der ehemaligen DDR einschließlich West-Berlin und im gesamten Fertigungsbereich statt; hier wurden allein 1,11 Mio. sozialversicherungspflichtige Stellen gestrichen, betroffen sind davon auch die technischen Berufe (Ingenieure und Techniker um 100000) und Dienstleistungsberufe (um 280000). Überraschend ist der Zuwachs der Hilfsarbeiter im produzierenden Gewerbe.

38,8 Mio. »**Erwerbstätige im Inland**« setzen sich zusammen aus:

19,1 Mio. Angestellte, davon 10,6 Mio. Frauen
10,7 Mio. ArbeiterInnen, davon 3,4 Mio. Frauen
4,1 Mio. Selbständigen, davon 1,2 Mio. Frauen
0,4 Mio. mithelfenden Familienangehörigen, davon 0,3 Mio. Frauen
2,2 Mio. BeamtInnen, davon 0,8 Mio. Frauen

Seit 2003 (Beginn der Förderung der Selbstständigkeit durch **Ich-AGs**) hat die Zahl der Selbstständigen jährlich um rund 150000 zugenommen. (Zuwachsrate von 1,6 Prozent im Vergleich zu 0,2 Prozent gerechnet auf alle Erwerbstätigen)
Die Zahl der **Ein-Euro-Jobs** ist im Jahr 2005 um 149000 auf insgesamt 270000 gestiegen. Sie nimmt weiter zu, aber längst nicht mehr so stark wie bisher.
So wie die Zahl der **Teilzeitbeschäftigten** (ohne Mini- und Ein-Euro-Jobs) zunimmt, 2005 waren es 657000 Männer und 3,7 Mio. Frauen, nimmt die der Vollzeitbeschäftigten ab.

Weniger Kohle

2004 gingen die Einkommen der Lohnabhängigen zum ersten Mal seit 1989 auch absolut um durchschnittlich 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück; das war ein Reallohnverlust von 1,5 Prozent. Im Dienstleistungsgewerbe wird nur 73 Prozent des durchschnittlichen Einkommens im produzierenden Gewerbe verdient. Teilzeitbeschäftigte verdienen weniger als Vollzeitbeschäftigte, diese wiederum müssen jedoch durch tarifliche Verlängerungen der wöchentlichen Regelarbeitszeit und weiterhin sinkendem Krankenstand real länger arbeiten Die tägliche Arbeitszeit soll sich laut einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Schnitt um 0,8 Prozent verlängern.

Stephan Beaud, Michel Pialoux, *Die verlorene Zukunft der Arbeiter*, Konstanz 2004 (UVK) Siehe Besprechung in *wildcat* 75

Erwerbspersonen sind Personen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, abhängig Beschäftigte), unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf den Umfang der von ihnen tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen zusammen.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind alle Arbeiter/-innen, Angestellten und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Vom Arbeiten zum Dienen und Vorleisten

1970 arbeiteten noch 46 Prozent der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe, heute nur noch 26 Prozent, das sind 10,2 Mio.. Im Dienstleistungsbereich verlief die Entwicklung genau umgekehrt. Im Jahr 2004 »dienten« bereits 71 Prozent oder 27,7 Mio. (1970 waren es erst 45 Prozent oder 12 Mio., 1993 waren es 23 Mio.). In der Landwirtschaft ist durch Industrialisierung und Internationalisierung die Zahl der Beschäftigten noch einmal von 9 Prozent auf 2 Prozent gesunken.

Diese Veränderungen schlagen sich auch in der Bruttowertschöpfung nieder. Während 1970 der Dienstleistungssektor und das produzierende Gewerbe mit jeweils 48 Prozent beitrugen, erhöhte sich seither der Anteil des tertiären Sektors bis auf fast 70 Prozent im Jahr 2004. Gleichzeitig fiel der Anteil des produzierenden Gewerbes auf knapp 30 Prozent.

Und doch stieg die Industrieproduktion von 1995 bis 2005 um 15 Prozent. Dahinter verbirgt sich die Fortentwicklung der betrieblichen Arbeitsteilung, Auslagerung und Verlagerung von Unternehmensteilen mit »Diensleistungsfunktion«, die zumindest statistisch die Produktivität der industriellen Produktion steigert. So wurden beispielsweise Kantinen industrieller Großbetriebe von Catering-Unternehmen übernommen; durch Sklavenhändler beschäftigte ArbeiterInnen in der Produktion tauchen in der Statistik in den Dienstleistungssektor ab. 40 Prozent aller Dienstleistungen werden vom verarbeitenden Gewerbe nachgefragt. Im Bereich Forschung und Entwicklung lag der Anteil der Industrie sogar bei 73 Prozent. Am deutlichsten wird die Bedeutung der Arbeitsteilung an der vertikalen Produktionskette der Automobilindustrie, 330 000 von 770 000 Beschäftigten arbeiten bei Zulieferunternehmen. Bis 2010 soll ihr Anteil an der Fertigung auf 80 Prozent, bei der Entwicklung auf 50 Prozent steigen. 1995 kamen 59 Prozent der Vorleistungen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland aus dem Verarbeitenden Gewerbes selbst, gut ein Viertel (26,9 Prozent) der Vorleistungen des Verarbeitenden Gewerbes gelten als Dienstleistungen.

In der Statistik werden folgende Wirtschaftsabschnitte zum **Dienstleistungsbereich** gezählt:
Handel und Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen.

Zum **Produzierenden Gewerbe** gehören neben dem Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich produzierendes Handwerk) die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Energie- und Wasserversorgung sowie das Baugewerbe

Große Abräume

Im Zuge der Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung und der Modularisierung der Produktion komplexer Produkte seit den 90er Jahren sind viele Arbeitsschritte ins Ausland verlagert worden. Der Löwenanteil des industriellen Produktionswachstums fällt auf die Zunahme der ausländischen Vorleistungen, die von der Industrie eingekauft werden. Zwischen 1995 und 2004 stieg der reale Import von Vorleistungen für die Industrie um 64 Prozent. Die Industriebeschäftigung in der BRD fiel im gleichen Zeitraum um zehn Prozent.

Textilindustrie, Teile der Stahl- und der Elektroindustrie, die »Weiße Ware« ... ganze Industriezweige oder zumindest deren produzierende Bereiche sind spätestens mit dem großen »Strukturwandel« der 90er Jahre ins Ausland verlagert worden. Ostdeutschland verlor mit mehr als zwei Mio. Beschäftigten fast ein Fünftel der »Erwerbspersonen«. Die Stahlindustrie, in der 1960 noch 417 000 Leute beschäftigt waren, ist auf mittlerweile 80 000 Beschäftigte geschrumpft. Produziert wird vor allem Spezialstahl, aber auch Vorprodukte für die Autoindustrie. Beispielsweise werden in deutschen Stahlunternehmen maßgeschneiderten-Bleche für die Automobilherstellung bis zur direkten Einsatzfähigkeit bearbeitet, und liegen mit einer Arbeitsproduktivität von knapp 390 Tonnen Stahl je 1000 Arbeitsstunden in Europa an der Spitze. Im Massenstahlbereich dagegen ist Europa seit 2000 zum Nettoimporteur geworden ist.

Wichtigste Industriezweige nach Beschäftigung

Maschinen- und Anlagenbau – 868 000
Elektrotechnische und Elektronikindustrie – 807 000
Straßenfahrzeugbau – 777 000
Bauwirtschaft – 747 000
Ernährungsgewerbe – 523 000
Chemieindustrie – 428 000

Die Unternehmen dieser sechs Branchen sind die wichtigsten Anbieter industrieller Arbeitsplätze. 70 Prozent aller Industriebeschäftigten arbeiten dort. 2004 arbeitete jeder sechste Erwerbstätige in einem der 46 000 Industrieunternehmen, die zusammen einen Umsatz von 1,41 Billionen Euro erwirtschaften.

Die Kernbereiche der Industrie, die übrig blieben, wurden radikal auf Exportorientierung und Produktivitätsteigerung getrimmt. So haben sich die Exportquoten im Maschinen- und Anlagenbau zwischen 1995 und 2005 von 42,7 Prozent auf 73 Prozent, in der Chemieindustrie von 46,2 Prozent auf 68,5 Prozent, der Automobilindustrie von 57 Prozent auf 70,9 Prozent und in der Elektroindustrie von 33,8 Prozent auf 46,6 Prozent erhöht. Auch diese Änderung in der Arbeitsteilung führte zu einer Stellenzunahme im Dienstleistungsbereich, jedoch zu einer deutlichen Senkung im Produktionsbereich und somit netto zu einem Stellenabbau.

In der Industrie hat sich eine Art neue Arbeitsteilung durchgesetzt, die das Arbeiter-Sein verändert. Die Proletarität verliert teilweise ihre »angestammten« Plätze in der Welt der Industrie und dringt mit der Proletarisierung der Angestellten auch in den tertiären Sektor. ■

Der Markt mischt überall mit

Neue Prekarität, Ausbeutung und Raub des Wissens

1997 legte der Streik von 185 000 *UPS*-ArbeiterInnen den Versandriesen in den USA lahm. Die meisten von ihnen waren befristet oder auf Teilzeit und schlechter bezahlt als ihre festangestellten KollegInnen. Von denen erhielten sie aber unerwartet viel Solidarität, wie auch von anderen ArbeiterInnen und von KundInnen. Die sozialen Beziehungen zu den KundInnen, die die *UPS*-FahrerInnen pflegen mussten, kehrten sich gegen *UPS* und wurden zu einem Netz der Solidarität zugunsten der »freundlichen« ArbeiterInnen. Ihr Kampf richtete sich nicht nur gegen die elenden Verträge, sondern auch gegen die Taylorisierung der Zirkulation von Waren und Informationen. Das oft überhöhte Gewicht der Pakete, das viele Unfälle verursachte, war ein wichtiger Streitpunkt. Die Fragen, die dieser Streik aufgeworfen hat, beschäftigen uns bis heute: die wachsende Taylorisierung der Arbeit in einer angeblich postfordistischen Welt; eine Arbeit, die sich über den klassischen Ort der Fabrik hinaus ausdehnt, deren Materialität aber anhält; die mögliche Gemeinschaft zwischen heterogenen Figuren, wenn sie zu Subjekten im Kampf gegen einen einzigen Ausbeutungsmechanismus werden.

Der Streik bei *UPS* ist eine Lektion, die man im Kopf behalten sollte, wenn man ernsthaft dem eher sozialen und politischen als theoretischen Problem nachgehen will, was sich in der Epoche der sogenannten Globalisierung des Kapitals und der sogenannten immateriellen Arbeit verändert hat. Das Kapital hat schon immer das Wissen und die sozialen und geistigen Fähigkeiten der ArbeiterInnen in Anspruch genommen, das ist nichts Neues. Ohne den aktiven Einsatz der ArbeiterInnen würde jedes Fließband stillstehen. Wäre nicht eher die Frage angebracht, warum die Industriesoziologie die kommunikativen Dimensionen in der modernen Fabrik verschleiert? Heute ist der »kommunikative« und »affektive« Aspekt augenfälliger, weil die Verwertung eine zunehmend kapitalistische Organisation des Transports verlangt; weil sie sich in der Zirkulation ausbreitet und diese beschleunigt; weil sie die Zeit und Kosten auf die KonsumentInnen ablädt. Die Autobahnen, auf denen die Fernlastzüge rasen, sind die verlängerten Förderbänder der Montagelinie: Bänder, die bis zu dem Postarbeiter reichen, der uns die Waren ins Haus bringt, und die an den TelefonistInnen im Call Center vorbeilaufen, die uns diese Waren zu verkaufen versuchen. So wie die KonsumentInnen von *Wal-Mart* gratis arbeiten und Kapital verwerten, wenn sie die weit außerhalb liegenden Supermärkte anfahren oder in den riesigen Einkaufszentren die Ware zur Kasse bringen usw.

Was ist Prekarität?

Wir können nur dann wirklich verstehen, was heute Prekarität ist, wenn wir die tiefgreifenden Veränderungen in der kapitalistischen Dynamik untersuchen. Ein blindes Festhalten an alten Weisheiten ist genauso daneben wie eine Sichtweise auf die Arbeit als passives Subjekt.

Ebensowenig sollte man die Fehler der Vergangenheit wiederholen und sich ausschließlich mit der ›Tendenz‹ beschäftigen und diese dabei verabsolutieren. Oder sie nur einseitig und deshalb falsch analysieren und mit immer neuen hegemonialen historischen Figuren Missbrauch treiben: zuerst der »Massenarbeiter«, dann der »gesellschaftliche« Arbeiter und jetzt das »Kognitariat« (der Wissensarbeiter). Das tun Leute, die ihre klassische Geschichtsphilosophie etwas regulationstheoretisch aufgepeppt haben und nun behaupten, das immaterielle Kapital habe den Platz des materiellen eingenommen, die Wissensarbeit sei unmittelbare gesellschaftliche Produktivkraft, unabhängig vom Kapital geworden, und die Klasse habe sich in eine *Multitude* aufgelöst, die natürlich vielgliedrig und komplex sei, in der aber der Wissensarbeiter im Grunde die zentrale und hegemoniale Figur ist. So wird alles zur Produktion und jeder Lebensakt per

se produktiv: im Ergebnis ist das Kapital allumfassend. Die Untersuchung und der Kampf innerhalb der Arbeit werden überflüssig und ersetzt durch Verteilungskämpfe [z.B. Forderung nach dem garantierten Einkommen], die fälschlicherweise als »inkompatibel« [zum Kapitalismus] bezeichnet wird – wo sie doch die Schmerzmittel sind, die die Sozialdemokratie der heutigen sozialen Hölle anbieten kann.

Was ist vom Arbeiterstandpunkt aus das Neue dieser Epoche?

Wo aber liegt vom Arbeiterstandpunkt aus betrachtet das Neue dieser Epoche? Die Akkumulation war infolge der Kämpfe der Massenarbeiter unsicherer und instabiler geworden. Das Kapital hat daraufhin netzartige Strukturen aufgebaut und behauptet, dass die Arbeit an den wichtigsten Punkten des Zyklus *intentional* und meist besser qualifiziert sei. Dort gibt es auch weiterhin eine begrenzte und abhängige Autonomie. Das Eindringen des »Marktes« in die »Organisation« garantiert diese non-personale Kontrolle über die Arbeit. Sie verstärkt die Zentralität der Produktion und produziert gleichzeitig den Anschein des Gegenteils. Die Produktionseinheiten werden gegeneinander in Konkurrenz gesetzt: durch geografische Trennung, Verlagerung und Auslagerung und die Pflicht der einzelnen Produktionseinheiten in den Holdings, Profit zu machen, als wären sie getrennte und unabhängige Einheiten, durch Tertiarisierung und *in-house outsourcing*. Durch all dies wird die Arbeit »reguliert«. Gleichzeitig wird verlangt, dass abhängige und materielle Arbeiter sich verhalten, als wären sie autonom und immateriell. Sie sollen aus ihrem eigenen Wissen und ihrem eigenen Willen das »aktive«, aber untergeordnete Element machen, das es dem Kapital ermöglicht, sich auf erweiterter Stufenleiter zu reproduzieren.

Der technische Fortschritt in den letzten Jahrzehnten hat es dem Kapital in der Tat möglich gemacht, die »Zentralisierung« von der »Konzentrierung« zu trennen; jahrhundertelang waren beide Prozesse parallel gelaufen. Heute werden Produktionsmittel und ArbeiterInnen zerstreut. Für die gesellschaftliche Kooperation ist kein gemeinsamer Standort mehr notwendig, sie kann an entfernten Orten technisch gesteuert werden. In diesem Sinne ändert sich die Arbeit: Gearbeitet wird heute nicht mehr nach einem von außen diktierten »Plan«, idealtypisch und starr innerhalb eines sozial stabilen und produktiven Zusammenhangs. Arbeit ist heute vor allem eine »Aufgabe« in einer nicht vorhersehbaren Umgebung, die erst hinterher überprüft wird; Termine und gewünschte Qualität werden dem Arbeiter vom »Markt« diktiert, und er muss sie durch seine »Flexibilität« sichern.

Dieser Prozess ist für das Kapital nicht ohne Risiken; denn die Unterordnung des Arbeiters muss in jedem Zyklus neu konstituiert werden und zwar umso mehr, wenn die Arbeit *intentionale* Tätigkeit sein soll. Dazu muss die kapitalistische Macht der Integration und Unterordnung das Maximum ihrer integrierenden Herausforderung aufbieten. Die antagonistischen Praktiken müssen die Schranke niederreißen, die vor dem Interesse an der Ausbeutung der anderen ArbeiterInnen trennt: um den eigenen Job, den eigenen Konsum und die eigene Rente zu verteidigen. Entgegen der landläufigen Meinung ist das der Grund, warum sich das Kapital heute mehr als gestern darum bemüht, den ArbeiterInnen das Wissen zu »rauben«, um es zu verschlüsseln, zu rationalisieren und zu überwachen. Die Arbeit nimmt immer unterschiedlichere Formen an, während gleichzeitig das kapitalistische Kommando immer umfassender wird. Zu glauben, die Produktivkraft der Arbeit sei immer vom Kapital unabhängig und treibe automatisch seinen Fortschritt voran, ist eine Illusion, die heute noch gefährlicher ist als in der Vergangenheit.

Unterschiedliche Ausbeutungsformen

Zu denken, dass diese Dynamiken die sogenannte materielle Arbeit ins Abseits verbannen, ist nicht nur ein theoretischer Irrtum, sondern ein gewaltiger politischer Fehler. Nicht nur weil der Großteil der Arbeit schlecht bezahlt und niedrig qualifiziert ist. Oder weil die sogenannte immaterielle Arbeit in Wirklichkeit selbst sehr materiell ist, egal welche Ware sie produziert. Wer Fabrik und Lohn ins 19. Jahrhundert verbannt und dem die strahlenden PostfordistInnen der neuen kognitiven Arbeit entgegenstellt, macht sich unglaubwürdig und redet sinnloses Zeug, und zwar auch aus folgendem Grund: reelle Subsumtion der Arbeit unters Kapital und Produktion von relativem Mehrwert bedeuten nicht, dass die Verlängerung und Intensivierung des Arbeitstags, die Angriffe auf den Lohn, der Ausschluss und die neuen Einfriedungen der Vergangenheit angehören. Gerade der »technische Fortschritt« macht diese scheinbar »rückständigen« Waffen hochaktuell.

Die verschiedenen Ausbeutungsformen, seien sie nun absolut oder relativ, durchdringen sich gegenseitig. Ob im Zentrum oder der Peripherie: die Sklavenarbeit und die Ausbeutungsbedingungen von vier Fünfteln des Planeten sind untrennbar mit der immateriellen und hypertechnisierten Arbeit in einigen westlichen Metropolen verwoben. Aber auch im Zentrum selbst, wo die Kernunternehmen die Produktionsketten strategisch kontrollieren und Kosten und Flexibilität in konzentrischen Kreisen nach unten abladen, wachsen Zersplitterung und Prekarisierung der Arbeit, die viele *Inländer* und ebenso viele MigrantInnen betrifft exponentiell an. Das Gewehr des Wächters, der die Intensität der Zwangsarbeit kontrolliert, und die Arbeit eines Software-Programmierers sind beide geeicht mit der Intensität der gesellschaftlich notwendigen Arbeit.

Im globalisierten Kapitalismus werden die verschiedenen Ausbeutungsformen gleichzeitig angewendet, und sie bedingen sich gegenseitig. Die Verlagerungen schlagen Profit aus den nationalen Lohnunterschieden; die Grenze als politischer Regulator der Migrationsströme hat eine unmittelbar ökonomische Bedeutung. Diese Grenzen entsprechen nicht immer den Grenzen der Nationalstaaten. Sie durchschneiden und durchqueren sie auch und stecken innerhalb eines Staates Gebiete mit unterschiedlicher Ausbeutung ab. Neu ist, dass diese Prozesse heute stattfinden, während sich das weltweite Angebot an Arbeitskräften verdoppelt. So können in China neue Technologien und eine rasch ansteigende Pro-Kopf-Produktivität bei stabilen Löhnen für die Kapitalverwertung ausgebeutet und dabei mit dem Markt und dem weltweiten Arbeitsprozess synchronisiert werden. Und wenn die chinesische Regierung überlegt, in einigen Provinzen die Lohnverhandlungen zu ›liberalisieren‹, dann sind die westlichen Unternehmen die ersten, die das zu verhindern versuchen.

Richard und Max

Gewerkschaften auf neuen Wegen: wenn der Kollege zum Kunden wird

Militante Untersuchung, Selbstinterviews, Workers Center, Campaigning und Organizing: ein Teil der Linken begeistert sich momentan für »undogmatische« Ansätze, um die Frage nach Widerstand in der Lohnarbeit aufzunehmen. Studienaufenthalte in den USA, Besuche bei Workers Center und bei organizing-Kampagnen lassen den Eindruck entstehen, dass es diese gewerkschaftlichen Instrumente sind, die frischen Wind in die verkrustete, weiß dominierte Gewerkschaftslandschaft in der BRD bringen. Denn junge, eingewanderte ArbeiterInnen, Frauen und Beschäftigte im Dienstleistungsbereich sind die hauptsächlichen Zielgruppen dieser Ansätze. Entsteht hier eine ganz neue, andere Gewerkschaft? Oder, die Frage anders ausgedrückt: Öffnet die Krise der Institution »Gewerkschaft« Raum für neue Formen von Organisierung? Hilft der Apparat dabei, Türen aufzustoßen, oder lassen sich linke Aktivisten benutzen, um dem Apparat einen neuen zeitgemäßen Anzug zu schneidern?

Die Krise der Einheits- und Industriegewerkschaften macht sich an vier Punkten fest: Die Mitgliederzahlen sinken seit Jahren; der Apparat »verschlankt« die eigene Belegschaft; die betrieblichen Vertrauensleutestrukturen sind in weiten Bereichen zusammengebrochen; berufsständische Organisationen boomen. In der Konsequenz ist die Gewerkschaft »zahnlos« und nicht in der Lage, Betriebsschließungen, sinkende Löhne und längere Arbeitszeiten aufzuhalten. Ein Teufelskreis.

Die Krise der Arbeiterbewegung lässt sich vor allem an einem Punkt festmachen: Sie tut sich schwer damit, das langsame Ende der institutionellen Vermittlung des Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital anzuerkennen und neue, selbstbestimmte Formen des Widerstandes zu entwickeln. Trotz größer werdenden Widerstands setzen die Gewerkschaften immer wieder ihre Standort- und Verzichtspolitik durch.

Auf Seiten der »Linken« wittern einige die Chance, den Apparat zu demokratisieren, und »entlarven« dazu unentwegt die Führung. Andere sind ratlos und gehen gar nicht mehr zu den Orten der Kämpfe hin. Wieder andere sehen eine neue Offenheit des Apparats gegenüber den »sozialen Bewegungen« und beteiligen sich an derlei Experimenten, entweder als freiwillige Akteure in von der Gewerkschaft initiierten Kampagnen oder als entlohnte Angestellte. Um Letztere geht es im folgenden.

Schwäche der Gewerkschaften - Organizing als Antwort

Die Gewerkschaften definieren ihre Rolle neu. Sie halten als Organisation am Flächentarif fest – der aber nicht mehr den Unternehmen »aufgezwungen« wird, sondern als Rahmen dienen soll, um die verschiedenen unternehmerischen Interessen zentral auszubalancieren. Zugespitzt gesagt dienen sich die Gewerkschaften den Unternehmern als Hilfsinstrument an, um die weitere Zersplitterung der Produktionszusammenhänge möglichst reibungslos handlen zu können. Dafür braucht es zwar Konflikte, die werden aber statt auf betrieblicher Ebene zunehmend auf der politischen Bühne ausgetragen. Das heißt, Kämpfe werden »simuliert«, um mit einer Mobilisierung politische Entscheidungen zu beeiflussen. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind etwa die mit den Krankenkassenchefs abgesprochenen »Streiks« der GKV-Beschäftigten oder die 2005/06 ebenfalls mit den Unternehmern abgesprochenen »Streiks« der Hafenarbeiter in Deutschland gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Dort, wo Konflikte »real« geführt werden, wird für die Abmilderung von Verschlechterungen mobilisiert. Das gilt im großen und ganzen für die gesamte Gewerkschaftsarbeit. Im Frühjahr 2006 während des Streiks gegen die Arbeitszeitverlängerung war der *Verdi*-Apparat gegenüber neuen Formen des Arbeitskampfes recht offen – aber die Inhalte durften auf keinen Fall in Frage gestellt werden. Dementsprechend groß war danach der Frust unter Belegschaften, die sehenden Auges für die Verschlechterung ihrer eigenen Bedingungen in den Kampf geschickt wurden.

Was bedeuten »Organizing« und »Campaigning«?

Organizing und *Campaigning* sind seit langem wichtiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Aktivitäten in den USA. Unter diesen Schlagworten zwei unterschiedliche, aber oftmals miteinander verbundene Strategien bezeichnet.[1] *Campaigning* meint die Durchführung von zentral geplanten Kampagnen bspw. gegen bestimmte Firmen, um Forderungen durchzusetzen. Derlei Kampagnen sind sehr stark auf die Öffentlichkeit gerichtet. Durch sie wird versucht, dort Druck aufzubauen, wo allein auf betrieblicher Ebene (angeblich) nichts durchzusetzen ist. *Verdi* beschreibt dies so:

»In dem klassischen betrieblichen Arbeitskampf bewegen sich fast alle Aktivitäten – ob Streik, Dienst nach Vorschrift, Beschwerdeverfahren usw. – im Rahmen der Beziehung zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber. Diese ist aber nur eine von mehreren wichtigen Geschäftsbeziehungen für den Arbeitgeber. Genauso wichtig für ihn sind seine Beziehungen zu Finanzinstituten, Regierungen und Regulierungsbehörden, Zulieferern, Konkurrenten, Kunden, Mutter-/Tochter- und Schwesterunternehmen, der Zivilgesellschaft, usw. Diese Beziehungen bieten ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften Handlungsmöglichkeiten an, die gerade gegen multinationale Konzerne wirksam sein können.«[2] Beispiele sind Boykottaufrufe und Image schädigende Medienarbeit, für die Bündnispartner gewonnen werden sollen. So etwa, dass Kunden angeschrieben werden, um auf Praktiken des Unternehmens aufmerksam zu machen (Anti-«Sweatshop«-Kampagnen etwa). Oder dass andere Organisationen der »Zivilgesellschaft« sich aus ihrem Blickwinkel beteiligen, etwa, wenn *Greenpeace* sich an der gewerkschaftlichen *Lidl*-Kampagne dadurch beteiligt, dass es Studien über die Belastung von *Lidl*-Lebensmitteln mit Schadstoffen veröffentlicht.

Beispiele für gewerkschaftliche Kampagnen in Deutschland sind die laufende *Lidl*-Kampagne (seit 2005), die *McDonald's*-Kampagne zur Einführung von Betriebsräten (2004), die *Citibank*-Kampagne gegen die Auslagerung ihres Call Centers (1998-2001) und die *Schlecker*-Kampagne gegen die Verletzung von Tarifverträgen und Schikanierung von Angestellten (1994-1995).

Organizing meint das aktive Anwerben von Gewerkschaftsmitgliedern durch professionell geschulte Werber[3]. Da gerade der Dienstleistungsbereich durch viele kleine Firmen und oftmals eine räumliche Zersplitterung gekennzeichnet ist, gehen Organizer entweder zu den verstreuten Arbeitsstätten (etwa die der *IG BAU* auf die Baustellen oder die von Verdi in Hamburg zu den Wachleuten in der City) oder in die entsprechenden Communities (der Film *Bread and Roses* von Ken Loach schildert diese Art des *Organizing* unter den Reinigungskräften in Los Angeles). Ziel ist es dann, die Leute von den Vorteilen einer gewerkschaftlichen Organisierung zu überzeugen, Treffen zu arrangieren oder sozialen Prozessen eine Richtung zur Etablierung von Vertretungsstrukturen zu geben. Mit Letzterem ist gemeint, dass gezielt nach Personen gesucht wird, die eine »natürliche« soziale Autorität unter ihren Kollegen haben. Diese sollen dann besonders gefördert werden, damit sie als »Multiplikatoren« der Gewerkschaft funktionieren und die aufgebauten gewerkschaftlichen Strukturen sich selber tragen.

Meist werden *Organizing* und *Campaigning* zusammen durchgeführt; das Konzept sieht vor, dass die Gewerkschaft erst recherchiert, welche Branchen oder Bereiche wichtig sind, wo Durchsetzungsmöglichkeiten sind usw. Die zentral geplante Kampagne wird dann durch das Ausschwärmen der organizer ergänzt. Sie übermitteln die Ziele der Kampagne vor Ort und ergänzen sie ggf. um die realen Probleme, die die ArbeiterInnen haben.

Somit geht es vor allem um eine Professionalisierung der gewerkschaftlichen Arbeit; und zwar nicht nur des Verwaltungsapparates wie in der »alten Gewerkschaft«, sondern auch der betrieblichen Ebene. Zwar genossen Vertrauensleute in manchen Großbetrieben auch früher schon Privilegien, und das gewerkschaftliche Engagement bot auch eine Perspektive des Aufstiegs in den Apparat hinein. Aber die Machtstellung der bundesdeutschen Gewerkschaften in den Betrieben beruhte wesentlich

[1] So gibt es z.B. bei *Ver.di* einen Arbeitskreis namens *ORKA* – Organisierung & Kampagnen

[2] http://www.verdi.de/aktive/kampagnen_organisieren/an_die_arbeit/kampagnen_fuer_erfolgreiche_gewerkschaften

[3] Wer mehr zu der Diskussion von, unter, über *Organizing* lesen will:

Verdi hat als Teil eines Projektes ein Internetportal mit Material eingerichtet: www.neverworkalone.de

Bei *Labournet* gibt es eine Sonderseite zum Thema *Social Movement Unionism*: http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/smu/index.html
und eine zum Thema *Organisierungsdebatte:* http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/erfahrung/us-orga.html

auf der Aktivität eines »idealistischen« Unterbaus. Statt zu einer Demokratisierung führt das Konzept des *Organizing* eher zur weiteren Zentralisierung der Entscheidungen. Bevor Konflikte tatsächlich ausgetragen werden, beurteilt die Gewerkschaft die Erfolgsaussichten. OrKa arbeitet nicht auf eine Forcierung betrieblicher Konflikte hin, sondern zieht seine Stärke aus Lobby-Tätigkeit und medialer Inszenierung.

Auch *Ver.di* hat sich mit ihrem *Organizing*-Vorzeigeprojekt im Hamburger Sicherheitsgewerbe eine Beschäftigtengruppe ausgesucht, die am Rande steht, nämlich das private Wach- und Sicherheitspersonal in der City: Nachtwächter, Portiers, Objektschützer... alles Leute, die sehr vereinzelt arbeiten, deren Arbeit für keinen anderen Arbeitsablauf direkt wichtig ist, sondern die für einen Eventualfall bereit stehen. Glücklicherweise fühlen sie sich schwach, und um ihre Schwäche lässt sich gut eine Mitleidskampagne um »Hungerlöhne« und »Respekt« knüpfen. Sie stehen auch nicht im öffentlichen moralischen Zwielicht, wie es bei privaten »Sicherheits«truppen bspw. der S-Bahnen der Fall wäre. *Lobbying* bedeutet, dass etwa Entscheidungsträger wie Kundenfirmen oder zumindest deren Betriebsräte gezielt in die Kampagne mit einbezogen werden sollen.

Einer der wichtigsten Punkte bei den *Organizing*-Kampagnen ist die völlige Fixierung der betrieblichen Realität auf gewerkschaftliche (d.h. institutionelle) Ziele. Das mag paradox klingen, weil in den Konzepten sehr viel Wert auf »Netzwerke«, »Lebensrealitäten« usw. gelegt wird. Tatsächlich aber dienen die Bündnisse mit der »Zivilgesellschaft« nur dazu, die eigene organisatorische Zuständigkeit für den Bereich »Arbeit« zu stärken – als Betriebsrat oder als Tarifpartner. Schon von der Konzeption her werden Fragen der Hierarchie in der Arbeit und der Gesellschaft allgemein nicht angetastet, sondern eher noch verstärkt: So in der Forcierung »sozialer Hierarchien« bei der Rekrutierung und dem Konzept, gegebene Hierarchien für die eigenen Ziele auszunutzen, wenn etwa Filialleiter tragende Ansprechpartner bei der *Lidl*-Kampagne sind oder Politiker und Pfaffen als »Paten« angesprochen werden.

Aufschlussreich sind Situationen, wo Selbstorganisierung auf *Organizing* trifft. Ein Beispiel ist die Bewegung der LKW-Fahrer in den Häfen von Los Angeles[4]. Die Gewerkschaftsorganizer bekommen dort keinen Fuß in die Tür. Bezeichnend ist der Unterschied in der Art und Weise, Dinge durchzusetzen: Während die »sich selbst« organisierenden Fahrer Taktiken entwickeln, durch kurze punktuelle Streiks Unternehmen und Chefs unter Druck zu setzen, baut die Kampagne der *Teamster*-Gewerkschaft allein auf die Kooperation mit »vernünftigen« Unternehmen auf, d.h. solchen, die bereit sind, Tarifverträge mit den *Teamsters* abzuschließen. Die nicht gewerkschaftlich eingebundenen Kämpfe schwächen die Verhandlungsposition der Gewerkschaft – wenn diese keine Ruhe schaffen kann, ist sie für den Unternehmer unbrauchbar. Die daraus folgende wütende Bekämpfung jeder Art von Selbstorganisation dürfte die optimistische Einschätzung des *Organizing* als Instrument zur Ausweitung sozialer Konflikte in Frage stellen. Ein Artikel aus der Zeitung *The Nation* beginnt mit einem ähnlichen Beispiel einer Autozulieferfirma in Chicago namens *Silver Capital*[5]. Und das Wirtschaftsmagazin *Forbes* stellt fest: »Auch wenn sich die Gewerkschaften in streitlustigen *Organizing*-Kampagnen engagieren, scheint das Ziel der ›*Change-to-win*‹-Koalition darin zu bestehen, partnerschaftliche Beziehungen mit dem Management auszubauen.«[6]

Aber die Arbeiter wollen das doch so...!

Ein immer wiederkehrendes Motiv bei der Darstellung von *Organizing*-Projekten ist die Selbstcharakterisierung der Aktivisten als »weiße Wand«, an die die Beschäftigten ihre Marken setzen. Interviews mit Arbeitern, um die Konfliktpunkte auf der Arbeit rauszukriegen – das hört sich tatsächlich viel versprechend an. Nur dumm, dass die Ergebnisse allein das zu bestätigen scheinen, was die Herren von der *Ver.di*-Leitung schon vorher wussten. Es scheint keine anderen Ziele als Mindestlöhne, Arbeitszeiten unter 300 Stunden im Monat, keine anderen Organisationsformen als betriebliche Vertretungsstrukturen à la *Ver.di* und keine anderen Kampfformen als das öffentliche Heischen um »Respekt« zu geben.

Auf Seiten der linken Aktivisten, die sich für die Gewerkschaft einspannen lassen, wird offensichtlich unterschätzt, dass man weder als Wissenschaftler, noch als Aktivist oder auch als Kollege jemals ein neutraler Kummerkasten ist. Wenn man als Vertreter der Gewerkschaft den Leuten gegenüber tritt, wird man bei allen guten Vorsätzen immer das zu hören bekommen, was in der Vorstellung der Leute eine Gewerkschaft für sie tun könnte. D.h., auch hier wird es nicht funktionieren, im Auftrag einer *Institution* und für Geld etwas zu tun, und das dann mit *eigenen Ideen* zu füllen. Von außen können die Leerstellen nicht gefüllt werden, aber der Anspruch auf die Überwindung verknöcherter gewerkschaftlicher Strukturen und die Thematisierung der ganzen »Bandbreite des prekären Lebens« ließe sich besser umsetzen, wenn sich die Aktivisten auf reale Konflikte der ArbeiterInnen einstellen würden – die gibt es nicht nur mit dem Chef, sondern auch mit ihren eigenen Vertretern. ■

4 siehe auch *Troqueros in L.A* im USA-Dossier von *Wildcat* 73

5 »Teamsters: Changing to Win?«, *The Nation*, 12.06.06, online unter: http://www.thenation.com/doc/20060612/johnson

6 »Breakaway Union Pushes Organizing«, *Forbes* vom 17.4.2006, online unter: http://www.forbes.com/work/2006/04/17/afl-cio-unions-cx_0418oxford.html

Weltweite Workers Center?

Neben »Organizing und Campaigning« (siehe vorigen Artikel) sind es die Workers Center in den USA, die als vielversprechender Ansatz einer Organisierung von unten diskutiert werden. Dabei werden diese Workers Center als mögliche Brücke thematisiert: zwischen den theoretischen Debatten und praktischen Kampagnen um migrantische Arbeit und Prekarisierung, zu Hartz IV und Ein-Euro-Realitäten, von Euro-Mayday Mobilisierungen zur Gate-Gourmet-Streik-Unterstützung...
In den USA organisieren sich in und um diese Workers Center in erster Linie MigrantInnen: gegen die Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne in den Sweatshops der Textilindustrie; nicht bezahlte Löhne werden »eingetrieben«; »illegale« MigrantInnen unterstützt.
Die folgenden Anmerkungen können keine ausführliche Darstellung der Workers Center in den USA sein. Der kurze Blick in die USA soll helfen, die Frage zu beantworten, was wir davon lernen könnten.

Der Aufstieg der Workers Center

Die Krise der organisierten Arbeiterbewegung seit Ende der 1970er Jahre und eine breite Einwanderungswelle aus Mexiko, Mittel- und Lateinamerika sind der Hintergrund für die Ausbreitung der *Workers Center* in den USA. Zwischen 1973 und dem Ende der 1990er Jahre sind die Reallöhne um 15 Prozent gesunken, 1978 hatte der US-amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL/CIO 22,8 Millionen Mitglieder, 2004 noch 15,5 Millionen, was einem durchschnittlichen Organisierungsgrad von ca. 10 Prozent entspricht. Zwischen 1981 und dem Ende der 1990er Jahre sind fast 15 Millionen MigrantInnen in den USA angekommen – und aus ihren Kreisen wurde dem Klassenkampf, gewerkschaftlichem oder nichtgewerkschaftlichem, neuer Wind eingehaucht. Wie immer haben sich die Gewerkschaften mit den ImmigrantInnen schwer getan. Erst im Jahr 2000 sah sich die AFL/CIO gezwungen, entgegen ihrer bisherigen Linie die Forderung nach einer »Amnestie für Illegale« zu unterstützen. In den letzten Jahren bemühen sich die Gewerkschaften auch um eine offizielle Kontaktaufnahme zu den *Workers Center*. Im November 2006 ist mit der New Yorker *Taxi Driver Alliance* zum ersten Mal ein *Workers Center*, das sich allerdings schon vorher als Gewerkschaft verstanden hatte, offiziell in die gewerkschaftlichen Strukturen eingebunden worden.

In den 1970er/80er Jahren bildeten sich die ersten *Workers Center* als Reaktion auf den Gegenangriff von Staat und Kapital nach den Kämpfen der 1960er/70er Jahre: als Reaktion auf Auslagerungen und Fabrikschließungen und die damit verbundenen veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen. Mitgegründet wurde sie oft von AktivistInnen aus der Friedens-, Studenten-, Bürgerrechts- und Arbeiterbewegung. Und nicht selten aus bewusster Kritik an den Gewerkschaften. Im Süden der USA gründeten sich einige *Workers Center* der schwarzen Arbeiterklasse, nachdem eine »Organizing-Kampagne« der Gewerkschaft in den 1950er Jahren fehlgeschlagen war, aber auch als Reaktion auf den Rassismus in den gewerkschaftlichen Strukturen.

Siehe hierzu die Artikel in *Wildcat* 73, *Dossier USA*, S.17, Der Krieg gegen den Terror und die Arbeiterklasse in den USA.
Wildcat 77, S.56, Der »Si se puede«-Aufstand

Vom Ende der 1980er bis Mitte der 90er Jahren waren es vor allem MigrantInnen aus Mittelamerika, die sich an einer zweiten Welle von *Workers Center* Gründungen beteiligten. Hintergrund der Einwanderung waren die Kriege in Mittelamerika in den 1980er Jahren.

Seit 2000 gibt es eine dritte Welle von Neugründungen vor allem in den großen Städten. Nun kommen aber zwei neue Arten von Zentren dazu: Einerseits *Workers Center* in den ländlichen Gebieten der südlichen Staaten, wo viele MigrantInnen rund um die landwirtschaffliche und fleischverarbeitende Industrie leben. Andererseits entstehen im Süden *Workers Center* für die Einwanderer aus Mexiko »nach Nafta«. Neu ist auch, dass Kirchen – und Gewerkschaften! – die *Workers Center* als Terrain der Mitgliederwerbung erkennen.

Die *Workers Center* sind räumlich stark konzentriert: um die 25 gibt es allein in New York, um die 20 in und um Los Angeles, um die 10 in Chicago, 6 in Boston. Insgesamt wird von 130 *Workers Center* gesprochen. Die städtischen Ballungsgebiete sind auch die Orte mit dem höchsten Anteil an MigrantInnen (in Los Angeles um die 30 Prozent, New York ungefähr ebenso). 40 Prozent der MigrantInnen, die Kontakt zu *Workers Center* aufnehmen, kommen aus Zentralamerika, 20 Prozent aus Südamerika, 15 Prozent aus der Karibik und ebensoviele aus Asien.

Die Zentren werden meist nach der Ethnie und/oder der Branche, in der sie was machen, benannt:

25 Prozent »widmen« sich im weitesten Sinn dem Bau, 20 Prozent dem Hotel- und Gaststätten-Gewerbe, 15 Prozent der Landwirtschaft, 15 Prozent der Hausarbeit.

Finanziert werden die Zentren über eine Mischung aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Stiftungsgeldern und Fund-Raising, in den letzten Jahren unterstützen auch zunehmend die Gewerkschaften.

Die *Workers Center* funktionieren als Anlaufpunkt für MigrantInnen einer Region, eines Stadtteils. Oft konzentrieren sich auch aber MigrantInnen gleicher Herkunft in bestimmten Branchen, so dass sich die Center nicht selten mit einer bestimmten Ausbeutungssituation beschäftigen. Die *Workers Center* sind *»community-based«*, wobei diese Community über die Herkunft, territorial oder über eine bestimmte Arbeitssituation bestimmt sein kann, Überschneidungen inklusive. Ebensowenig lassen sich die Zentren nach politischen oder organisatorischen Rahmenbedingungen einteilen. Ähnlich sind lediglich die Arbeitsschwerpunkte. Fast immer stehen die Konflikte um nicht bezahlte oder zu niedrige Löhne im Mittelpunkt. Ebenso Bildung, Schulung, Sprachtraining und Beratung. Da die Zentren immer auch Anlaufpunkt für neue EinwanderInnen sind, geht es um Information über ihre Rechte, aber auch um die Organisierung von politischen Kampagnen gegen die Verschärfungen der Einwanderungsgesetzgebung in den letzten Jahren – besonders seit 2001.

Ein Besuch in einem *Workers Center* bringt für einen »hiesigen Linken« zunächst einige Überraschungen: die Zentren haben wenig mit Stadtteilläden, besetzten Häusern, autonomen Zentren... gemein. Sie sind keine Orte, an denen sich ständig Leute treffen, sei es zum Quatschen, zum Politisieren, zum Essen oder Feiern. Dazu sind auch die Räumlichkeiten meist zu begrenzt. In einem Büro bekommt man von ein oder zwei ehrenamtlichen oder auch mal bezahlten Leuten Informationen über die aktuellen Aktivitäten. Wenn man Glück hat, kann man auch an einer Aktion teilnehmen – und ist dann überrascht, wenn man in den USA noch nie an einer Demo teilgenommen hat. Dann findet man sich z.B. mit einem Dutzend chinesischer Textilarbeiterinnen vor einem *Sweatshop* in Chinatown/New York wieder und demonstriert auf dem Gehsteig davor relativ unbemerkt von den Massen auf den Straßen mit Schildern gegen den Unternehmer.

Die Leute »fest« zu binden scheint ein Problem zu sein. Ein *Workers Center* Aktivist schrieb uns im letzten Jahr, dass die Zentren kein Ersatz für die Organisierung im Betrieb sein können. Es gelänge zwar immer wieder ausstehende Löhne einzufordern, aber so wäre man eine Art »Gewerkschaft der Gefeuerten«. Als Hauptaktionsfeld beschreibt er die Straßen. Mit dem Lohn könne zwar ein Stück Würde zurückerlangt werden. Aber auf diese Erfahrungen immer unterschiedlicher Leute könne nicht ‚automatisch„ aufgebaut werden. Dauerhafte Erfolge im Betrieb dagegen könnten neue Perspektiven eröffnen.

Auf der anderen Seite wären die riesigen Demos und Massenstreiks der ImmigrantInnen im Frühjahr diesen Jahres ohne die *Workers Center* schwer vorstellbar gewesen. Es ist wohl noch zu früh, um einschätzen zu können, wie es nach der breiten Mobilisierung im Frühjahr 2006 weitergehen wird. George Caffentzis schloss seinen Artikel in der *Wildcat* 77 mit einem Appell an die »eingeborene« Arbeiterklasse:

»Klar ist ..., dass der Aufstand in den sechs Wochen zwischen dem 25. März und dem 1. Mai mit seiner tiefreichenden Verbindung zu den jüngsten Revolutionen gegen den Neoliberalismus in Südamerika eine andere Art von Arbeiterklassenmacht in den USA verspricht. Es ist jetzt an den eingeborenen US-ArbeiterInnen, ihr Schicksal mit dem entrechtetsten Teil ihrer Klasse zu verbinden.«

Workers Center in Deutschland!?

Noch gibt es kein *Workers Center* in Deutschland, denn diese Organisationsform ist eng an die spezifischen Bedingungen in den USA gebunden.

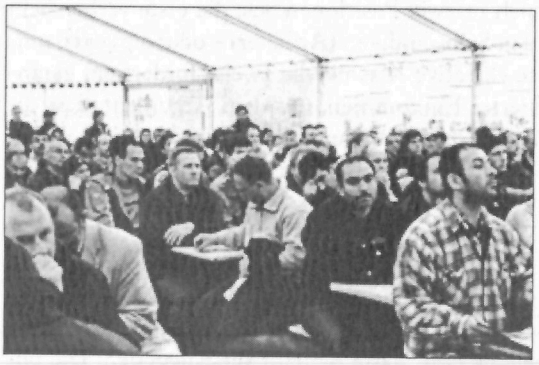
Dabei scheint bei allen Unterschieden die Zielsetzung auch hier richtig: eine Diskussion, wie die unterschiedlichen Kämpfe der letzten Jahre zusammenkommen können. Es gab hier wichtige Auseinandersetzungen, die neue Perspektiven bieten. Allerdings werden sie nicht zum »Spiegel« für andere ArbeiterInnen, breiten sich nicht aus, bleiben in der jeweiligen Situation gefangen. Die Linke diskutiert zwar vermehrt über diese Kämpfe, hat aber noch keine Möglichkeit gefunden, sich einzumischen, bzw. geht oft nicht einmal hin. Das gewünschte Zusammenkommen findet bislang nur in den Diskussionen um den Begriff der Arbeit statt. Oder es wird wie beim »Organizing« eine alte gewerkschaftliche Strategie entdeckt und mit der Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen eine Vereinheitlichung von oben geschaffen.

Wir können die *Workers Center* in den USA bzw. die MigrantInnenbewegung als Aufforderung verstehen, wieder mehr auszuprobieren. Dabei sollten wir aber von den Möglichkeiten und Grenzen der aktuellen Kämpfe ausgehen und vor diesem Hintergrund die Frage nach den eigenen Initiativen neu stellen. ■

Im November hat Wildcat zusammen mit Devi aus Padua zwei Veranstaltungen zu Migration durchgeführt. In der Diskussion gab es mehrfach Kommunikationsprobleme, was vor allem auf die unterschiedliche Verwendung von Begriffen zurückzuführen ist. Deshalb haben wir versprochen, die Thesen schriftlich nachzuliefern.

Der Text von Devi ist so kompakt, dass wir uns kurzfristig entschlossen haben, ihn ins Heft zu nehmen. Ausgehend von den Veränderungen der Klassenzusammensetzung im Veneto versucht er, zu einer neuen kollektiven Sichtweise der Arbeit(erInnen) zu kommen. Wir sind uns noch unsicher, wie wir den von ihm verwendeten Begriff »lavoro migrante« übersetzen sollen. Im Text haben wir »migrantische Arbeit« geschrieben. »Wanderarbeit« geht nicht, weil ausdrücklich nicht allein die Arbeit, die von Migranten gemacht wird, gemeint ist, sondern die Zukunft der kapitalistischen Arbeit schlechthin. »Migrantische Arbeit« ist der politische Gegenbegriff zu »immaterieller Arbeit« und »Prekariat«.

Bitte beachtet, dass das alles noch work in progress ist!.



Migrantische Arbeit als neue Verallgemeinerung der kapitalistischen Arbeit

Das Wirtschaftsmodell des italienischen Nordostens (Stichwort Benetton), das auf Klein- und Mittelbetrieben und Industriedistrikten basiert, war eine Antwort des Kapitals auf die Arbeiterkämpfe. Es zerstreute die ArbeiterInnen im ländlichen Raum und ersetzte industrielle durch quasi familiäre Arbeitsbeziehungen.

Anders als oft behauptet, sind die Industriedistrikte im Veneto nicht Formen von verbreiteter und spontaner Unternehmerintelligenz, sondern im Gegenteil sehr hierarchische Kooperationsformen, denn die just in time-Ketten lassen sich anders gar nicht zum Funktionieren bringen. Das Abfeiern des Postfordismus und des individuellen Erfolgs in den letzten Jahren haben vor allem vernebelt, dass ein immer größerer Teil der Zeit unter fremdem Kommando steht. Die Regeln der Fabrik gelten inzwischen auch in der Gesellschaft und im Privatleben, besonders für Leute, die einer selbständigen Tätigkeit nachgehen. Die »vom Markt diktierten« Termine schränken die Verfügungsfreiheit über die eigene Freizeit und die privaten Beziehungen ein. Verschleiert von der Rhetorik der selbständigen Arbeit wächst eine allein am Geld orientierte Gesellschaft heran, die so hierarchisch strukturiert ist, dass die Starrheiten des Zyklus auf die weniger qualifizierten ArbeiterInnen oder ArbeiterInnen mit ausländischem Akzent abgewälzt werden können.

Da das Produktionssystem über Zulieferer und produktive Netzwerke strukturiert ist, lassen sich innerhalb derselben Verwertungskette absolute und relative Mehrwertproduktion kombinieren.

In den Großunternehmen tragen die Ausbreitung von Kontraktarbeit und eine internationale Zusammensetzung der Belegschaft zur Spaltung des ArbeiterInnenkollektivs bei. Die Vertrags- und Sprachunterschiede führen in den Betrieben zu einer an der Herkunft orientierten Gruppenbildung, die sich außerhalb der Betriebe oft reproduziert.

In kleineren Unternehmen setzen die Unternehmer eher auf neue Formen von Gemeinschaftlichkeit mit informellen und flexiblen Beziehungen. Dabei verstellt die persönliche Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse den Blick darauf, dass es sich um Unterordnungsverhältnisse handelt. Damit lässt sich eine eher kooperativ wirkende innere Führung durchsetzen, in der Arbeitsbeziehungen als Beziehungen zwischen Bekannten erscheinen.

Arbeiter zu sein ist heute die Bestätigung persönlicher Unfähigkeit

Die konkrete Arbeit ist heute unsichtbar. Im öffentlichen Diskurs taucht sie nicht auf, sondern sie ist privat, indem sie zu einer Angelegenheit des Einzelnen wird. Die Unsichtbarkeit der proletarischen Arbeit und Lebensverhältnisse verweist auf ihre zunehmende Delegitimierung. Arbeiter zu sein ist heute die Bestätigung von persönlicher Unfähigkeit. Verbreitet ist eine Ideologie von persönlichem Aufstieg und individueller Befreiung. Das drückt sich in zwei Positionen aus: die erste verherrlicht den Selbständigen (Arbeiter) – oder die sogenannte »kreative Klasse«; die zweite fordert ein garantiertes Einkommen, mit dem Argument, dass die Arbeitsbedingungen in den Betrieben nicht veränderbar seien (außer in extremen Fällen, die dann aber unter dem Aspekt ›Menschenrechte‹ thematisieren).

Die in den 60er und 70er Jahren entstandene antagonistische Subjektivität, die den politischen Raum auch auf Bereiche außerhalb der Betriebe ausgedehnt hatte, scheint verschwunden. Die politische Kommunikation zwischen den verschiedenen Arbeiterfiguren hat am Ende des 20. Jahrhunderts unter den Umstrukturierungen in der Industrie, der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und der Auslagerungspropaganda gelitten. In den Vordergrund wurde dafür die Figur des individuellen Produzenten gestellt.

Das Aufeinandertreffen von verschiedenen Nationalitäten ist meist eher ein Problem für die eingewanderten Arbeitskräfte als für die Unternehmer, die schon dafür sorgen, dass sie nicht zu viele AusländerInnen derselben Nationalität beschäftigen. Die zunehmende Mobilität – ob aus individuellen freien Stücken oder unter Zwang – zersplittert das Arbeiterkollektiv, so dass Reaktionen minimalistisch und individuell werden. So gut wie nie gelingt es ihnen, die hierarchische Ordnung und die Arbeitsorganisation aufzubrechen.

Die Widerständigkeit der ArbeiterInnen zeigt sich heute also nicht kollektiv, sondern in der Verweigerung der Fabrikarbeit und in gesteigerter Fluktuation. Wer kann, entflieht der engen Kennzeichnung als ›SchwerarbeitIn‹. Die Fabrik hat sich verändert. Insbesondere in den Großbetrieben hat die Handarbeit und mit ihr die Figur des Arbeiters abgenommen. Die proletarische Arbeit konzentriert sich immer mehr in kleinen und mittleren Betrieben, wo Dequalifizierung und Überqualifizierung Hand in Hand gehen. Aber vor allem im tertiären Sektor, in den personenbezogenen Dienstleistungen, entwickelt sich eine neue Arbeiterfigur, die »Dienstbotenarbeit« (»lavoro servile«), deren ungünstige Arbeitszeiten soziale Kontakte unmöglich machen und deren Arbeitsbedingungen kaum verhandelbar sind.

Trotzdem haben einige Teile der Arbeitskraft in den letzten Jahren weiterhin hartnäckig daran gearbeitet, wieder breiter politisch sichtbar zu werden. Die Mobilisierung der ArbeiterInnen setzt hinter einige nicht tot zu kriegende Mythen wie »wachsende Autonomie bei der Verfügung über die eigene Zeit«, »Befreiung der Zeit von der Arbeit« und »individueller Aufstieg« ein dickes Fragezeichen.

Die Wanderarbeiter als zentrales Element der Transformation

Die Angst vor dem Verlust des – egal wie relativen – erreichten Wohlstands senkt die Konfliktbereitschaft und führt zum Rückzug ins Private. Aber in den Großbetrieben stoßen die Befehle der Unternehmer an Grenzen, wenn sie zu Formen extremer Entwürdigung greifen; so hat in der Hausgerätefabrik *De Longhi* in Treviso der Versuch, die Benutzung der Toiletten während der Arbeit zu verbieten, unmittelbar eine Revolte mit spontanen Streiks ausgelöst, an denen auch MigrantInnen aus dem Süden und dem Ausland beteiligt waren.

Die ArbeitsmigrantInnen bilden ein zentrales Element in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen, und deshalb ziehen sich die Maschen der Einwanderungsgesetze auf und zu – je nach Lage der Wirtschaft, der sozialen Kämpfe und dem An- und Abschwellen von fremdenfeindlichen Bewegungen. Die nationalen Vorschriften zielen darauf ab, einige Kategorien von MigrantInnen mit bestimmen Qualifikationen oder bestimmten Nationalitäten zu begünstigen. Darüber hinaus haben die Einwanderungsländer regelrechte Personalbüros im Ausland zur Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften eingerichtet.

Die grenzüberschreitende Migrationspolitik in Italien orientiert sich nicht an Nordafrika, sondern hauptsächlich an Ostmitteleuropa. In dieser Einschränkung des Bewegungsraums scheint sich eine größere »präventive« Selektion der direkten EinwandererInnen nach Europa anzuzeigen, nicht nur eine laufende Sortierung derjenigen, die sich schon in Italien befinden. Mit dem Bossi-Fini-Gesetz von 2002 unternimmt der Staat viel stärker als früher eine politische Regulierung des Arbeitsmarktes. Er diszipliniert den Migranten als Werktätigen durch die Einrichtung von zwei unterschiedlichen Arbeitsregimes. Die MigrantInnen befinden sich so in einem anderen, minderwertigen Arbeitsmarkt, und ihre Einstufung in diesen Arbeitsmarkt ist die Voraussetzung für ihre Anwesenheit.

Siehe auch:

Das Ende einesModells? Italiens Nordosten in der Krise,
in: *wildcat* 74,
Sommer 2005

Migrantenstreiks in Italien Vom Gipfelsturm zum Streik,
in: *wildcat* Zirkular 64,
Juli 2002

Kerne kontrollierter Selbständigkeit Die Textil- und Bekleidungsindustrie im Veneto
in: *wildcat* Zirkular 36/37,
April 1997

Die anderen arbeitsvertraglichen Modalitäten, d.h. Formen des Kaufs und Verkaufs der Arbeitskraft, bedeuten für die zwei Millionen ImmigrantInnen eine unsichtbare Apartheid. Die verwaltungsmäßige Einstufung hat grundlegende Bedeutung für die Existenz des Immigranten, seine Arbeitsmöglichkeiten und seine Bewegungsfreiheit. Um seinen Aufenthalt zu legalisieren, muss er einen Unternehmer finden und manchmal sogar bezahlen. Ein menschenwürdiges und sorgenfreies Leben ist also nur möglich, wenn er sich der Hierarchie einer Fabrik oder einer Familie unterwirft.

Migrantische Arbeit als politische Kategorie

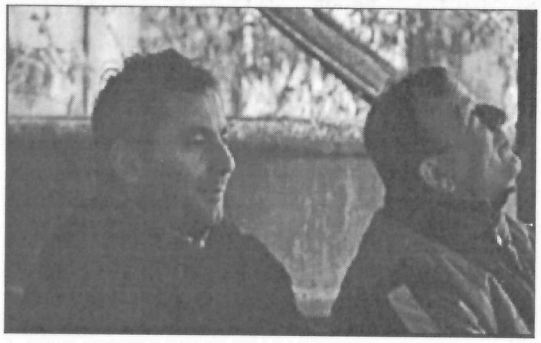
Von migrantischer Arbeit sprechen wir seit Ende der 90er Jahre. Der NATO-Krieg gegen Serbien und vorher noch die Zerstückelung Jugoslawiens haben ein riesiges Quantum an Arbeitskraft freigesetzt, das sich über die westeuropäischen Länder ergossen hat. Ein Kennzeichen der gegenwärtigen Migrationsbewegungen ist, dass sie nicht in boomende Volkswirtschaften mit Arbeitskräftemangel gehen, sondern in stagnierende Gesellschaften.

Die Migrationsfrage steht in Widerspruch zur Idee des Bürgerrechts, d.h. zur Logik des Rechts auf staatlicher Grundlage. Die Integration soll für getrennte Communities nach der Logik der ethnischen Arbeitsteilung gelten. In Wirklichkeit sieht es aber so aus, als würden an den Arbeitsplätzen Arbeiterkollektive entstehen, die in der Lage sind, ihr Arbeitstempo selber festzulegen, unabhängig von der und gegen die ethnische/nationale Spaltung.

Das Kapital möchte die Migration *just in time*; dann muss es sich weder um die indirekten Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft noch um ihre Integration kümmern. Der Arbeitsvertrag ist die wesentliche Bedingung für den dauerhaften Aufenthalt in Italien, so dass der Migrant an eine bestimmte Arbeit gefesselt ist. Der Migrant wird definiert über die reine Verausgabung von Arbeitskraft, diese Funktion verlangt man von ihm, diese Rolle, in die man ihn drängt, wird zum einzigen tragenden Element seines Lebens. Insbesondere für die MigrantInnen ist der Arbeitsmarkt kein Markt, denn es wird nicht verhandelt; er ist ein politisches Machtverhältnis.

Migrantische Arbeit ist eine politische Kategorie: sie bezeichnet nicht die Arbeit »der MigrantInnen«, sondern beschreibt eine objektive Bedingung und zeigt auf, wohin sich die Arbeit heute insgesamt entwickelt. Die MigrantInnen sind nicht das politische Subjekt, das die soziale und Arbeitsordnung umstürzt. Vielmehr zeigt uns die Figur des migrantischen Arbeiters eine Entwicklung, nämlich die Infragestellung der Formen von Kommando und Arbeitszwang. Die MigrantInnen sind nicht nur ihrer Rechte beraubt, sondern verlangen Freiheit. Anderseits stellen sie eine politische Kommunikation zwischen verschiedenen Bereichen sicher. Es geht darum, sich nicht in nationalen Konzepten oder ethnischen Communities einzuschließen. Die Forderungen der ArbeitsmigrantInnen werden lauter, während gleichzeitig der Prozess der Internationalisierung der Produktion und der Beschäftigungssysteme läuft. Die migrantische Arbeit ist die Bedingung, die die allgemeinen Bedingungen antizipiert, unter denen die Arbeit heute insgesamt geleistet wird. Die gesamte Arbeit entwickelt sich heute zu migrantischer Arbeit.

Mit dem Begriff der »migrantischen Arbeit« lassen sich die heutigen Ausbeutungsformen angehen, deren Bedingungen immer mehr denen der MigrantInnen ähneln. Der Begriff »migrantische Arbeit« bedeutet eine Wiederaneignung einer kollektiven Sichtweise, einer Klassensichtweise, die von der Erfahrung ausgeht – gegen die beständigen Versuche, diese wieder in den Halbschatten zurückzustoßen. ■



»Wir hatten die fixe Idee, dass wir keine Vertreter (sein) wollten«

Gianni Sbrogiò war seit 1967 Aktivist von *Potere Operaio* und des *Arbeiterkomitee Porto Marghera*, später der *Autonomen Versammlung Porto Marghera*. Er arbeitete von 1968 bis zu seiner Verhaftung 1980 in der Zinkfabrik *Ammi* in Porto Marghera als Buchhalter.

Ein weiterer Teil des Interviews ist im Booklet zur DVD. Dort findet Ihr im Glossar eine Erklärung der hier verwendeten Namen und Begriffe..

Organisationsformen

»Classe Operaia gründete die Potere Operaio-Gruppe von Porto Marghera im Sommer 1967«. Was heißt das? Hattet Ihr regelmäßige Treffen, einen festen Ort als Treffpunkt?

Die »Gründung« hieß, dass ein stabiler Kontakt zwischen den Intellektuellen von *Potop* und vielen anderen und den Arbeitern des Petrolchimico entstand. Die Arbeiter des Petrolchimico trafen sich mit den Intellektuellen zu Diskussionen. Das waren keine regelmäßigen Versammlungen, sondern wir haben uns getroffen, um zu diskutieren oder Dinge zu organisieren, z.B. um den Produktionszyklus zu analysieren oder darüber zu diskutieren, wie ein bestimmter Kampf zu führen war. Dazu haben wir Räume in der Nähe der Fabrik angemietet, die wir dann bis Anfang der 80er Jahre behalten haben.

Waren das Arbeiterkomitee von Porto Marghera und die Potop Gruppe von Porto Marghera das gleiche?

Die *Potop*-Gruppe waren wir: diejenigen, die den Kontakt zu den intellektuellen Operaisten von *Potere Operaio* aufgenommen hatten. Um die Linie von *Potop* in die Fabriken hineinzutragen, gründeten wir als weitere Gruppierung das *Arbeiterkomitee von Porto Marghera*. Da waren auch viele Arbeiter dabei, die niemals bei einem nationalen Treffen von *Potop* waren, aber wussten, dass sie zu einer Struktur gehörten, die irgendwie mit *Potop* zusammenhing. Die ersten Kontakte haben wir mit sieben, acht Arbeitern hergestellt. Dann wurde der organisatorische Kern – nennen wir ihn die »Aktivisten« – größer. Aber wir waren nie mehrere hundert Leute. Obwohl wir so wenige waren, ist es uns gelungen, ganze Abteilungen zu organisieren, und 1968 sogar die ganze Fabrik. In unseren Räumen haben wir uns im kleinen Kreis getroffen, um Entscheidungen zu fällen. Wir haben dort aber auch Abteilungsversammlungen abgehalten, wo wir z.B. die Arbeitszeitverkürzung oder den Kampf um die Qualifikationen organisiert haben. Das war kein geschlossenes Büro, sondern die Räume konnten von allen genutzt werden. Eingeladen haben wir über Mundpropaganda in den Abteilungen: »Heute Abend treffen wir uns, um über dieses oder jenes Problem zu reden, kommt!« Und die Versammlung bestand aus denen, die kamen. In jeder Fabrik gab es einen Verantwortlichen mit einem Schlüssel für die Tür, damit man Treffen oder Flugblätter machen konnte.

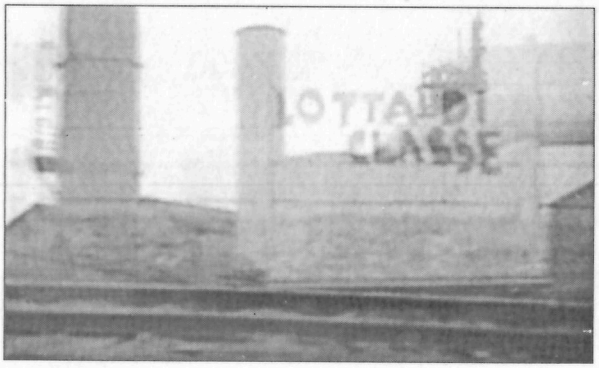
Wer hat die Flugblätter gemacht? Ihr selber? Oder haben die Intellektuellen aus Padua gesagt: »Das muss so und so geschrieben werden...«?

Ein Flugblatt wurde jeweils von demjenigen gemacht, der das übernommen hatte. So etwa 1967 sagte mein Bruder zu mir: »Dieses Flugblatt schreibst Du!« Es war eine Art, mir Verantwortung zu übertragen, es war mein erstes. Als ich fertig war, trafen wir uns, um es zu diskutieren. Am Ende haben sie es komplett geändert. So wie ich das Flugblatt geschrieben hatte, war es nicht gut. Am Anfang hatten manche das Lesen und Schreiben natürlich besser drauf, und die Texte wurden nach einer Diskussion in der Versammlung von den Intellektuellen geschrieben, von den Studenten aus Padua, natürlich mit den Informationen, die wir ihnen gaben. Je mehr Erfahrung wir bei *Ammi* hatten, desto mehr schrieben wir selber. Wir hatten eine Abzugsmaschine und lernten den Umgang damit. Wenn mehrere tausend Flugblätter gemacht werden mussten, kamen natürlich Leute zu Hilfe. Kaum Frauen, unsere »Engel der Abzugsmaschine«, wie man sie damals nannte, waren Männer. Denn in Porto Marghera haben damals in den Metall- und Chemiefabriken fast nur Männer gearbeitet, auch in den Büros, höchstens in der Kantine waren Frauen. Später hat sich das geändert.

Wie habt Ihr Euch auf nationaler Ebene organisiert?

Wir haben mehrere große Treffen organisiert, auch nationale. Auf denen waren auch Negri, Piperno

Interview mit Gianni Sbrogiò, Aktivist der Arbeiterautonomie Porto Marghera 1967-1980



und viele andere. Wir haben versucht, eine italienweit tragfähige Linie herauszudiskutieren. Das hatte jeder von uns im Kopf, auch wenn es nicht praktisch umsetzen ließ. Wir aus Marghera waren am Anfang typische Fabrikisten, die Mailänder hatten ihre ins Soziale ausgeweiteten Bewegungsthemen, die Turiner haben sich mit *Fiat* identifiziert, die Römer mit den Bauarbeitern und Studenten ... das war überhaupt nicht homogen. Wenn man die Zeitung *Potere Operaio* von damals liest, sieht man, dass es viele Linien gab und wir es nie geschafft haben, sie zu vereinheitlichen.

Welches Verhältnis bestand zwischen Euch und den Arbeiteraktionen? Habt Ihr bestimmte Aktionen vorbereitet? Habt Ihr darüber vorher oder hinterher diskutiert?

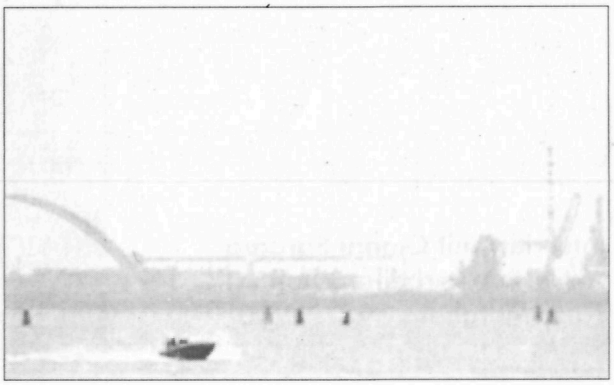
Sowohl als auch. Nehmen wir als konkretes Beispiel den Kampf um die 5000 Lire Produktionsprämie für alle 1968/69. Zur Vorbereitung hatten wir viele Treffen, um zu sehen, wie es besser funktioniert. Daran nahmen Arbeiter und die sogenannten Intellektuellen teil, Studenten und Professoren, eben alle, die damals dabei waren. Während des Kampfs um die 36-Stunden-Woche zum Beispiel war unser Büro nicht nur wie üblich ab 17 Uhr geöffnet, sondern auch um Mitternacht, um mit den Schichtarbeitern aus der Spätschicht von 14 bis 22 Uhr und aus der Nachtschicht diskutieren zu können.

Zu Anfang konnten im Komitee auch Intellektuelle von außen mitmachen?

Ja! Versteh mich richtig, wir hatten weder ein Statut noch Mitgliedsausweise. Es war sehr bewegungsmäßig damals. Wie weit sich jemand in die Gruppe einbrachte, hing von seinem eigenen Willen ab, von seiner Intelligenz, von seiner Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen. Dann gab es welche, die zwar bei den Kämpfen mitmachten, aber mit Organisierung nichts am Hut hatten. Am Ende waren wir immer wenige ... 15 Genossen oder ein paar mehr, die sich im Grunde für alles verantwortlich fühlten. Zu den Intellektuellen hatten wir immer Kontakt. Statt von »Intellektuellen« würde ich eher von »Internen« und »Externen« sprechen. »Intern« hieß, selbst in einer Kampfsituation zu sein, sei es in der Schule, der Fabrik oder im Stadtviertel, *autoriduzione* zu praktizieren, die Arbeitszeit zu verkürzen, für die 36-Stunden-Woche oder gegen die Gesundheitsschädlichkeit zu kämpfen. Die »Externen« waren Aktivisten bei *Potop* oder im *Arbeiterkomitee von Porto Marghera*, gingen aber einer anderen Arbeit nach, d.h. steckten im Moment nicht selbst in dieser Kampfsituation. Es gab natürlich ein Verhältnis von Geben und Nehmen, wo jeder auf seine Weise versuchte dazu beizutragen, die richtige Linie zu finden. So hat das funktioniert, egal ob der externe Genosse Arzt war oder auf verlorenem Posten in irgendeiner Klitsche arbeitete, wo er alleine nichts ausrichten konnte, oder ob das Negri war oder andere Intellektuelle aus Padua und sonstwo.

Wie entstand die Autonome Versammlung von Porto Marghera?

Die *Autonome Versammlung* entstand, als wir angefangen haben, zu anderen Fabrikgruppen Kontakt aufzunehmen, die nicht bei *Potop* waren. Das war 1972, als die Arbeiter des Petrolchimico die Annahme des Chemie-Tarifvertrags abgelehnt haben. Wir haben versucht, diese Unzufriedenheit zu organisieren und für die Ausweitung der Wut zu sorgen. Dazu haben wir auch Arbeiter von *Lotta Continua* und Unorganisierte angesprochen, die ihren Gewerkschaftsausweis zerrissen hatten. So ist die *Autonome Versammlung* entstanden. Autonom hieß für uns: autonom von politischen Gruppen, autonom von der Gewerkschaft, autonom von den Parteien, d.h. die Organisation sollte gleichzeitig Massenorganisation und politische Organisation sein. Wir haben damals nicht bei Null angefangen, sondern versucht, uns mit unseren Erfahrungen aus den vorherigen Kämpfen in dieser neuen Struktur neu zu organisieren – mit denen, die damals da wa-



ren. Die Räume von *Potop* wurden von der *Autonomen Versammlung* übernommen. Wir haben uns aber auch in den neuen sozialen Zentren in Marghera getroffen. Damals haben wir uns stark ausgeweitet. Es haben sich mehr Arbeiter beteiligt, weil auch viele dabei waren, die nicht in politischen Gruppen organisiert waren. Diese Organisationsstruktur haben wir geschaffen, als die ganzen politischen Gruppen in die Krise gekommen waren. Wir haben mit der Herausgabe unserer Zeitung *Lavoro Zero* [Null-Arbeit] angefangen, die wir von Wachsmatritzen abgezogen .

Habt Ihr auch mit der Untersuchung weiter gemacht?

Für uns hat sich immer alles um die Arbeiteruntersuchung gedreht, das war sozusagen die operaistische Grundanschauung. Wo wir hinkamen, war das unsere erste Sorge: in jeder Fabrik ging es erstmal darum, den Produktionszyklus kennenzulernen, Kontakt zu denen zu bekommen, die in diesem Zyklus etwas begriffen hatten, die etwas verändern wollten, die Forderungen hatten. So sind wir immer vorgegangen. Im Zentrum stand immer die Analyse des Arbeitsprozesses. Wir waren Operaisten von unserer Entstehung bis zum Ende.

Wie kam es zu dieser harten Haltung gegen Externe ab 1973? Gab es Linienkämpfe?

Das war die Zeit der Krise der politischen Gruppen. Wir von *Potop* waren 1973 nur die ersten, kurz danach kam auch die Krise von *Lotta Continua*. Bei *Potop* konnten wir die ständigen Versuche der Gruppe, organisatorische und politisch-inhaltliche Sprünge nach vorn zu machen, in der Fabrik einfach nicht mehr umsetzen. Deshalb entschieden wir, auf Distanz zu gehen, aber den politischen Dialog aufrechtzuerhalten.
Einer der Hauptgründe für das Ende der Gruppen ist meiner Ansicht nach die Diskussion über die Kampfformen gewesen, als die bewaffneten Aktionen losgingen. Wir hatten selbst überlegt, dass es einen Sprung im Kampf, in den Kampfformen, die wir organisierten, geben müsste, aber am Ende passierte genau das, was wir nie gewollt hatten und was auch *Potop* nicht gewollt hatte, nämlich die Entkopplung von ökonomischem und politischem Kampf. An einem bestimmten Punkt gab es einerseits den gewerkschaftlichen Kampf, und anderswo wurde eine politische Entscheidung getroffen, und zwar eine politisch-militärische. Deshalb hatten wir das Bedürfnis, Beziehungen zu anderen Fabrikgruppen außerhalb der Organisation aufzubauen. Wir nahmen Kontakt zu Arbeitern von *Alfa Romeo, Pirelli* und *Siemens* in Mailand auf, zu den *Volsci* in Rom und zu Arbeitern in anderen Städten. Das ging Ende 1972 los. Wir haben zusammen eine Zeitung gemacht, einen Kongress in Bologna organisiert, verschiedene Treffen veranstaltet. Und auch was Interne und Externe betrifft, haben wir versucht rigide zu sein. Wer als Delegierter zu den nationalen Treffen ging, musste in einer Fabrik arbeiten, also »Interner« in einer Kampfsituation sein. An diesem Punkt waren wir alle sehr streng geworden. Dieser Versuch ging zwei oder drei Jahre lang. Dann stellten sich wieder die gleichen Probleme. Ab 1975 haben wir nationale Treffen ausfallen lassen und nach und nach damit aufgehört. Das hatte auch mit inneren Krisen zu tun, vor allem aber damit, dass auf nationaler Ebene wieder dieselbe Logik der Zentralisierung, einer nationalen politischen Linie, losging. Diese Phase von Versammlungen und Koordinationen von autonomen Versammlungen ging über in eine Phase, in der von *Organisierter Arbeiterautonomie* die Rede war. Da machten wir nicht mit. Wir waren nicht für die Partei. Für uns war »Partei« die Struktur, mit der man den politischen Kampf und den Fabrikkampf zusammenbringen konnte, die Möglichkeit der Verallgemeinerung. Für uns war die Partei dieser Massenorganismus, der selbst die Dinge in die Hand nahm. Das hat nicht funktioniert, und deshalb waren wir nicht mehr dabei, als der Kampf auf eine höhere Ebene gehoben wurde. Sowohl damals bei *Potop* wie später bei der *Autonomia Operaia Organizzata* standen wir damit auf der Verliererseite.

»Autonom hieß für uns: autonom von politischen Gruppen, autonom von der Gewerkschaft, autonom von den Parteien.«

Wir galten als welche, die sich für etwas anderes entschieden hatten, nämlich dafür, lokal weiterzumachen. Dabei würde ich das gar nicht als Lokalismus sehen! Es war einfach eine andere Art sich zu organisieren, nicht wie vorher *Potop* und nachher die *Autonomia Operaia Organizzata*.

Intellektuelle – Arbeiter, Externe – Interne

Nochmal zum Verhältnis Intellektuelle – Arbeiter. Das war eine fruchtbare aber auch konfliktbeladene Beziehung. Wer hat mehr gelernt? Wie habt Ihr konkret zusammen gearbeitet?

Falls es niemand rausgerissen hat, müsste hier das Booklet **»Porto Marghera – die letzten Feuer«** kleben. Wenn Ihr die *Wildcat* abonniert habt, müsste auch die DVD dabei sein.

Potop bestand wie alle außerparlamentarischen Gruppen damals vor allem aus Studenten und Professoren. Sie alle und speziell die operaistischen Gruppen *Potere Operaio* und *Lotta Continua* haben es nicht geschafft, sich erfolgreich in der Fabrik zu verankern. Bei *Potop* gab es auch Arbeiter, aber nur wenige. Die größte Gruppe war in Marghera, dann gab es welche in Mailand, bei *Fiat* in Turin, bei *Fatme* in Rom und in anderen Betrieben. Die Arbeiter waren sicherlich nicht die vorherrschende soziale Gruppe bei *Potop*. Aber unser Problem war irgendwann gar nicht so sehr das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen, sondern das zwischen Leuten im Betrieb und Leuten von außerhalb.

Eine der interessantesten Sachen im Interview mit Augusto Finzi [der zweite Film auf der DVD] *ist Euer Versuch, Euch ohne politische Schicht zu organisieren ....*

Das war immer unsere fixe Idee. Eine Idee, die wir mit der *Autonomen Versammlung* umgesetzt haben. Wir hatten immer diese fixe Idee, dass wir keine Vertreter wollten. Wir wollten, dass die Arbeiter nicht die Verantwortung an andere übertragen, an die Gewerkschaft, an die politische Partei, an eine Struktur, die anders war als wir selbst. Das haben wir immer vertreten, und unser großer politischer Kummer sowohl als *Potop* als auch als *Arbeiterkomitee von Porto Marghera* oder als *Autonome Versammlung von Porto Marghera* war, dass die anderen Arbeiter letztlich an uns delegiert haben. Das hat uns immer in die Krise gebracht, weil wir keine Stellvertreterpolitik wollten, die Arbeiter sie uns letztlich aber antrugen. Wir wollten, dass diese Arbeiter, die ja mit einem gewissen Maß an Diskussionen und Forderungen einverstanden waren, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nahmen, von A bis Z, vom Kampf bis zum Aufstellen von politischen Forderungen.

Ihr wart Euch da aber nicht immer einig. Germano Mariti redet im Dokumentarfilm sehr positiv über die Abteilungsdelegierten und über den Fabrikrat. Er sieht beides als Errungenschaften der Arbeiter. Dagegen sieht Augusto Finzi, dass die Gewerkschaft über diesen Mechanismus wieder die Kontrolle über die Kämpfe zurückgewinnt.

Ja, da wohnten zwei Seelen in unserer Brust. Die Fabrikräte entstanden in Italien 1969, am Ende eines großen Kampfzyklus, und politisch waren sie auch der institutionelle Versuch der Gewerkschaft, den Deckel auf die Kämpfe außerhalb der Gewerkschaft entstandenen draufzumachen. Für viele in der Gewerkschaft organisierte Arbeiter waren sie eine Möglichkeit, demokratisch miteinander zu diskutieren. Entstanden sind die Fabrikräte aus einem Bedürfnis der Basis, aber dann brauchte sie die Führung, um irgendwie organisatorisch auf die Arbeiterkämpfe Einfluss zu nehmen. *Potop* war komplett dagegen, d.h. die Linie war, dass der Fabrikrat eine Struktur in der Hand der Gewerkschaft war und ihr nützte. In Marghera gab es eine große Debatte

über dieses Thema. Wir hatten einerseits die Einschätzung, dass die Fabrikräte entstanden waren, um die Fabrikkämpfe zu integrieren. Andererseits sahen wir, dass die Arbeiter sie benutzten, und deshalb akzeptierten wir – obwohl wir überhaupt nicht in den Fabrikrat wollten – dieses Organ, um das zu sagen, was wir zu sagen hatten. Mit anderen Worten: als wir in den Fabrikrat gewählt wurden (bei Ammi wurde Germano zum Abteilungsdelegierten gewählt und ich zum Vertreter der Angestellten), wussten wir, dass es drauf ankam, außerhalb des Fabrikrats organisiert zu sein, dass wir die außerhalb festgelegte sogenannte politische Linie, unsere eigenen Ziele in den Fabrikrat *hineintragen* mussten, damit er sie übernahm. Unser politisches Ziel war die Organisierung der Autonomie der Arbeiterklasse. Am Ende wurden die Fabrikräte, die als demokratische Möglichkeit, die Basisbedürfnisse der Arbeiter voranzubringen, entstanden waren, immer mehr zum Instrument des Gewerkschaftsapparates; anders als zu Anfang mussten sie zum Teil aus Gewerkschaftsmitgliedern bestehen. Seit dem Pakt zwischen den drei Gewerkschaftsverbänden kam dann eine noch restriktivere Phase, die die Fabrikräte weiter bürokratisierte. Der Fabrikratsvorstand, in dem letztlich die Entscheidungen gefällt wurden, setzte sich selten Ziele, die von der offiziellen Gewerkschaftslinie abwichen.

Krise und Grenze des Arbeiterkampfs

1973 stießen alle Arbeiterkämpfe an ihre Grenzen, innere Grenzen der Kämpfe, aber auch theoretische Grenzen. Dann begann der theoretische Niedergang mit dem »gesellschaftlichen Arbeiter«, der »immateriellen Arbeit«, dem »Ende des Wertgesetzes« usw., mit den politisch-militärischen Versuchen, die Spannung der Arbeiterkämpfe zu verlängern, mit all diesen Abkürzungen zur Revolution. Die Repression nach dem 7. April konnte dann die Reste abräumen...

Ich glaube, dass wir in der Zeit von 1968 bis 1973 eine gewisse Macht auf politischer und Forderungsebene hatten. Es ist uns gelungen, autonome Kämpfe zu organisieren, die sich vor allem um den Lohn und die Arbeitszeit drehten und allgemeiner um die materiellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse. Die Arbeiter haben mitgemacht und sich an den Kämpfen beteiligt. *Wir* hatten dabei auch die Vorstellung, die Revolution voranzubringen; *sie* sahen, dass sie sich organisieren und ihre Lebensbedingungen verbessern konnten. Diese Phase hat auch der Gewerkschaft genützt, weil sie ihr die Möglichkeit gab, sich zu verändern. Vorher war sie eine geschlossene Struktur, die als Transmissionsriemen der Kommunistischen Partei organisiert war. Über die von uns aufgestellten Ziele und Forderungen ist es ihr gelungen, sich den Bedürfnissen der Arbeiter anzunähern. Das kapitalistische System in Italien war in einer Boomphase. Wir haben Forderungen aufgestellt und meistens das bekommen, was wir verlangten. Ich glaube nicht, dass der Grund für die darauf folgende Krise darin zu suchen ist, dass *Potop* von der Phase der Lohnforderungen und Arbeitsverweigerung zur Phase des gesellschaftlichen Arbeiters übergegangen ist. Tatsächlich haben auch wir in Marghera über den gesellschaftlichen Arbeiter diskutiert, wir hielten das nicht für falsch, denn wir sahen ja, dass die Ausbeutung nicht nur in der Fabrik stattfand, sondern auch mitten in der Gesellschaft, damals ging es gerade los mit den prekären Arbeitsverhältnissen. Und deshalb dachten wir, dass es Fabrikismus und nicht Operaismus bedeutet hätte, wenn wir uns in der Fabrik eingeschlossen hätten. Dieser Übergang vom Massenarbeiter zum gesellschaftlichen Arbeiter entsprach meiner Ansicht nach den realen gesellschaftlichen Entwicklungen. Dass es uns nicht mehr gelang, auf die Fabrikkämpfe einzuwirken, lag daran, dass Kapital, Staat und die reformistischen Parteien dieselben Gedanken und Ziele verfolgten. In der Phase vorher sind uns im Guten wie im Schlechten immer mal wieder die Gewerkschaft und dann die Partei gefolgt, und wir waren häufig diejenigen, die eine Forderung aufstellten, d.h. wir nahmen die Forderung vorweg, die sie sich dann auf betrieblicher oder lokaler oder nationaler Ebene zu eigen

»Die Organisation sollte gleichzeitig Massenorganisation und politische Organisation sein«

machten. Zum Beispiel die Verkürzung der Arbeitszeit der Chemiearbeiter auf 36 Stunden, die von Porto Marghera ausgegangen war. In der anschließenden kapitalistischen Krise setzten sich in den reformistischen Parteien und in der Gewerkschaft aber diejenigen durch, die vollständig die kapitalistische Politik der Zugeständnisse akzeptierten.

Begann das mit der Krise 1973 oder mit der EUR-Linie?

Das begann mit der EUR-Politik. 1975/76 fingen sie an, alle automatischen Lohnerhöhungen zu kippen. Statt die Löhne um ein paar Prozent abzusenken, wurden die automatischen Lohnerhöhungen gekippt, die du erhalten hattest, ohne dafür kämpfen zu müssen. Dieser Mechanismus hatte es uns ermöglicht, für weitergehende Forderungen zu kämpfen. Für die Umverteilung der Produktivitätssteigerungen zum Beispiel. Während der Restrukturierung bei Ammi haben wir genau diese Diskussion geführt. Es klingt wie eine Provokation, aber wir sagten: Wenn wir vorher mit 650 Arbeitern 40 000 Tonnen Zink pro Jahr produziert haben und sie jetzt wollen, dass wir 60 000 Tonnen herstellen, dann müssen wir 1000 Arbeiter sein, die kürzer arbeiten. Nur so haben die Arbeiter etwas von der Restrukturierung, ansonsten bedeutet sie nur größere Ausbeutung, und zwar nicht nur für uns, sondern auch für die Fabrik nebenan und für die ganze Welt. Später hat dann die Linke die Logik akzeptiert, dass man zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Opfer bringen muss. Um wettbewerbsfähiger zu sein, müssen die Preise sinken, und das geht nur, wenn die Arbeitskosten sinken.

Diese automatische Lohnanpassung war ursprünglich eingeführt worden, um die Kämpfe auszubremsen...

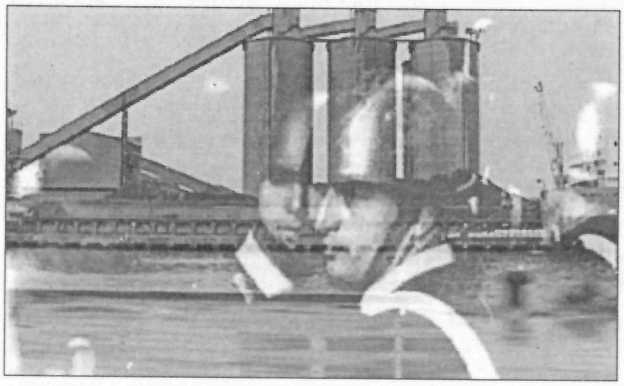
... aber dann konnten wir dank dieses Automatismus Kämpfe organisieren, um mehr zu kriegen. Das sind die zwei Seiten der Medaille. Wir haben im Betrieb genau so diskutiert: sie wollen die automatische Lohnanpassung abschaffen, um uns zu zwingen, für das zu kämpfen, was sie uns vorher automatisch gegeben hatten. Sie wollen nicht, dass wir unseren Kampf benutzen, um unsere Macht auszuweiten. Das war 1975/76. Der *Historische Kompromiss* war nicht nur ein Pakt auf institutioneller Ebene, um den *PCI* in die Regierung zu bringen, sondern er war gerade auch ein Kompromiss auf Kosten der Arbeiter. Uns war es damals gelungen, den Kampf in der Fabrik mit dem Kampf auf dem sozialen Terrain zu verbinden: für die *Autoriduzione*, für bessere und billigere Wohnungen, für die Niedrighaltung der Preise. Aber in der Fabrik konnten wir keine Kämpfe mehr wie bisher organisieren, denn wir hatten effektiv alle gegen uns. Auf einmal wurden Diskussionen geführt, die kurz zuvor nie durchgegangen wären, wie zum Beispiel, dass die Lohnanpassung der Grund für die Preiserhöhungen sei und nicht umgekehrt.

»Lohn-Preis-Spirale« hieß das bei uns...

Nach 1976 wurden wir zermalmt in einer Zange, was zur Folge hatte, dass sich die Autonomie, der autonome Kampf der Arbeiterklasse nicht mehr organisieren konnte. Wir haben nicht beschlossen, den Kampf in der Fabrik sein zu lassen und in die Stadtteile zu gehen, sondern wir haben überlegt, dass wir in der damaligen Situation mit dem Kampf im Stadtteil den Kampf in der Fabrik stärken könnten. Der Fabrikkampf wurde von allen boykottiert: von der Gewerkschaft und der reformistischen Partei, und wir haben es nicht geschafft, diese Zange zu zerbrechen.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre wart Ihr in der Lage, all diese Kämpfe ohne Gewerkschaft zu organisieren. Und jetzt sagst Du, dass die Gewerkschaft Euch 1975/76 boykottiert hat und Ihr deshalb nicht mehr in der Lage wart.... Da muss sich doch noch etwas anderes geändert haben...

Meiner Ansicht nach der kapitalistische Zyklus. In der Boomphase brauchte es wenig Kraft, wenig Organisation, um auch einen Kampf mit links-



radikalen Forderungen zu führen, außerhalb der Spielregeln und der gewerkschaftlichen Organisierung. Unsere eigenen Bedürfnisse waren unsere Ziele. Gewerkschaft und Partei nannten uns korporatistisch, weil wir die materiellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse vortrugen und nicht als »allgemeine Klasse« gelten wollten, die den Staat rettet. Aber offensichtlich waren wir damals in einer Boomphase und konnten das tun. Dann hat der Staat die Krise und die internationale Arbeitsteilung mit ihrer erbarmungslosen Konkurrenz benutzt, offensichtlich mit der politischen Hilfe und Zustimmung von Gewerkschaft und Partei.

Dann kam die Repression vom 7. April 1979...

Die Autonomie der Arbeiterklasse konnte sich nicht gegen die Politik der Zugeständnisse durchsetzen. In dieser blockierten Situation dachten einige linke Organisationen, der bewaffnete Angriff auf den Staat und die Institutionen könnte diese Lücke füllen und die Erstarrung der sozialen Bewegung und der Arbeiterbewegung überbrücken. Das Ergebnis war, dass sich der repressive Kreis schloss. Auf der einen Seite waren die Vertreter des bewaffneten Kampfes, auf der anderen Seite waren die Gewerkschaft und die Partei, die uns nicht erlaubten, für unsere Ziele zu kämpfen. Das sogenannte »Ermittlungsverfahren 7. April« ist genau aus dieser beschissenen Logik entstanden. Dahinter stand ein Staatsanwalt, der den Hass und das kaputte Hirn einiger Leute aus Gewerkschaft und Partei benutzte, um eine schweinische Anklage zu konstruieren, bei der alles in einen Topf geschmissen wurde: Negri als Chef der *Roten Brigaden*, wir als Organisatoren der Strukturen der *BR*, völlig an den Haaren herbeigezogene Geschichten. Unglaublich war die Haltung der Kommunistischen Partei, die nicht zugeben konnte, dass das alles Linke waren, die falsche und richtige Forderungen aufstellten oder militärische Aktionen machten. Stattdessen behauptete sie auf jede erdenkliche Weise, dass das Provokateure und Faschisten seien, die außer Kontrolle geratene Hand des Staates, Geheimdienste...

Als die Repression des 7. April losging, wart Ihr in einer tiefen inneren Krise... Augusto Finzi hatte die Fabrik bereits verlassen ...

Das ist richtig. Und die Ermittlungen hatten nichts mit dem zu tun, was wir gerade machten, die Vorwürfe gegen uns aus Marghera stammten aus den Jahren 1973/74. In der Fabrik war wenig übrig geblieben. Ich spreche von Marghera. Es war alles sehr hart. Bei *Ammi* haben wir damals gegen die Senkung der Produktionsprämien gekämpft, die von einer automatischen prozentualen in eine feste Summe umgewandelt worden war. Mit ein paar Berechnungen konnten wir zeigen, dass wir innerhalb von zwei, drei Jahren soviel verloren, dass wir das nicht mal durch die Forderung im Folgejahr und den nationalen Tarifvertrag ausgleichen konnten. Das war 1978. Wir haben Flugblätter und Wandzeitungen gemacht, um diesen Mechanismus aufzuzeigen. Der Fabrikrat und der Vorstand des Fabrikrats konnten sich nicht hinter unsere Forderung stellen, da ja schon auf höchster Ebene im EUR politische Vereinbarungen geschlossen worden waren, und wir haben unsere Forderung mit einer Anzeige beim Arbeitsgericht geltend gemacht – da zeigt sich schon, dass wir nicht mehr die Kraft hatten, die Leute sofort zum Streik zu bringen. Gegen die erklärte Linie der Gewerkschaft haben sich auch viele Gewerkschaftsmitglieder dieser Klage angeschlossen. Wir haben das Verfahren gewonnen, und der Unternehmer musste uns das Geld nachzahlen. Das Urteil wurde gefällt, als ich schon im Knast war – und die Genossen haben mir das Geld in den Knast gebracht. Am Ende musste die Gewerkschaft sogar einen Abschluss machen, der auch den Arbeitern, die nicht geklagt hatten, das gleiche Geld zugestand. Doch danach wurde die Produktionsprämie als Festbetrag gezahlt.

Padua, Oktober 2006

Wilde Streiks der Briefträger bei der Polnischen Post

Zwischen dem 10. und dem 27. November 2006 fegte eine Welle von wilden Streiks durch die Poczta Polska (Polnische Post). Sie begann mit einer spontanen Aktion in einem einzelnen Postamt in Danzig und weitete sich innerhalb von wenigen Tagen zu einem Flächenbrand aus. Auf dem Höhepunkt waren weit über die Hälfte der 25 000 polnischen Briefträger im Streik.

Die Streiks waren in mehrerer Hinsicht »wild«: Zum einen waren sie illegal, denn sie spielten sich außerhalb der – ähnlich wie in der BRD – streng geregelten Tarifverhandlungsrituale ab. Zum anderen waren sie uneinheitlich: in Dynamik, Forderungen und Kampfformen. Über die Proteste entschieden jeweils die 10 oder 20 Briefträger auf dem einzelnen Postamt. Als in einigen Städten die Streiks schon wieder beendet oder unterbrochen waren, gingen sie anderswo gerade erst los. In den meisten Ämtern streikten nur die Briefträger, in einigen aber auch die ArbeiterInnen in der Briefsortierung und an den Schaltern. Die Formen des Kampfs reichten von reinen Solidaritätserklärungen über Dienst nach Vorschrift bis zum Streik oder zur teilweisen oder völligen Blockade der Postämter. Die Gewerkschaften wurden zumindest in den ersten Tagen des Streiks umgangen. Seit Ende November haben sie die Initiative wieder zurückgewonnen und langwierige Verhandlungen mit der Postdirektion begonnen. Seit dem 28. November ist der Streik ausgesetzt. Im Moment (10.12.) ist unklar, ob und, falls ja, mit welcher Dynamik der Streik wieder aufgenommen wird.

Die *Poczta Polska* mit ihren 100 000 Beschäftigten ist immer noch ein Staatsunternehmen, die Privatisierung gilt aber als beschlossene Sache. Die Briefträger sind fast ausschließlich männlich, viele junge Leute, viele von ihnen haben nach dem Abi oder der Uni in Ermangelung anderer Jobs bei der Post angefangen und hängen teilweise schon seit Jahren dort fest. Auch bei ihnen steigt die Arbeitsbelastung: Internet und Mobiltelefonie haben wegen der monatlichen Rechnungen eher noch zu einer Zunahme der Briefsendungen geführt. Renten und Stütze werden in Polen nicht aufs Konto überwiesen, sondern vom Briefträger bar an der Haustür ausgezahlt. Dazu kommen immer mehr Postwurfsendungen (»nicht adressierte Drucksachen«), an denen die Post gut verdient. Die Taschen der Zusteller wiegen bis zu 40 Kilo, dazu kommen Wägelchen, die bis zu 60 Kilo wiegen. Die Zusteller klagen, dass sich die Touren oft nicht mehr in acht Stunden schaffen lassen. Die Postdirektion hat die »aufgabenorientierte Arbeitszeit« eingeführt, womit schlicht gemeint ist, dass gearbeitet wird, bis die Post ausgetragen ist. Überstunden werden nicht bezahlt. Dabei sind die Löhne sowieso schon niedrig: im Schnitt liegen sie bei 1600 Zloty brutto. Bei üblicherweise einem Drittel Steuern und Sozialabgaben bleiben davon gut 1000 Zloty netto (weniger als 300 Euro). Allerdings haben sich in den letzten Jahren große regionale Unterschiede herausgebildet, nicht nur bei den Löhnen. In einigen Städten wurden sogar eigene Zustelldienste für Postwurfsendungen eingerichtet. Für diese »Halbtagsjobs« zu 500 Zloty netto im Monat finden sich aber kaum Bewerber, so dass am Ende doch die Briefträger ran müssen.

Seit Jahren hat es keine nennenswerten Lohnerhöhungen mehr gegeben. Aktuell stecken die Tarifverhandlungen seit Juni fest. Die Post bietet eine Lohnerhöhung von 33 Zloty brutto an, die über zehn verschiedenen bei der Post vertretenen Gewerkschaften fordern 100, 200 oder sogar 300 Zloty, unternehmen aber keine praktischen Schritte, um diese Forderungen durchzusetzen. Die Gewerkschaften gelten als korrupt und mit der Direktion verfilzt.

Spontaner Protest in Danzig

Freitag, 10.11.: Letzter Tag im Kommunalwahlkampf. Die Parteien lassen noch auf den letzten Drücker hunderttausende von Postwurfsendungen verteilen. Das bringt im kleinen Danziger Postamt Wrzeszcz das Fass zum Überlaufen. Nach kurzer Besprechung beschließen die Briefträger einstimmig, ohne Postwurfsendungen auf Tour zu gehen. Die Danziger Postdirektion bietet ihnen am Telefon die Zahlung von 15 Zloty netto für drei Überstunden an und droht mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen. Die Briefträger lassen sich nicht einschüchtern und ziehen ihren Protest durch.

Forderungskatalog der Danziger Briefträger 13.11. 2006

1. Lohnerhöhung für alle PostarbeiterInnen auf 2200 Zloty brutto bzw. 1700 Zloty brutto für alle Neueingestellten. (Am 17.11. geändert auf: 2500 Zloty brutto Grundlohn plus tariflich festgelegter Prämien für alle. 1700 Zloty Grundlohn brutto für alle Neueingestellten)

2. Festeinstellungsgarantie für Neueingestellte nach einem Jahr.

3. Briefträger tragen keine Postwurfsendungen mehr aus.

4. Einführung des Achtstundentags und von Stempelkarten.

5. Bezahlung von Überstunden im Einklang mit dem Arbeitszeitgesetz.

6. Verpflegung und Wasser auf den Ämtern.

7. Automatische Anpassung der Löhne an die Inflation.

8. Keine Repressionen gegen Teilnehmer am Protest

Montag, 13.11.: Erwartungsgemäß taucht morgens um 9 Uhr ein Vertreter der Direktion auf und bittet den vermeintlichen Rädelsführer zum Gespräch: »Mit Ihnen reden wir ganz anders.« Während des Gesprächs klingelt sein Handy. Es ist ein Freund, der als Briefträger bei der Hauptpost arbeitet und den er am Wochenende getroffen hat: »Wir haben hier gerade diskutiert. Du kannst denen ausrichten: Wenn sie irgendwas gegen dich unternehmen, dann streiken wir.« Noch bevor das Gespräch mit der Direktion zuende ist, ruft sein Freund wieder an: »Du kannst ihnen sagen, dass es egal ist. Wir streiken so oder so.« Das Gespräch mit der Direktion wird abgebrochen. Das Postamt Danzig-Wrzeszcz ruft jetzt ebenfalls den Streik aus. Nach Anrufen auf den anderen Danziger Postämtern schließen sich etwa 200 der 311 Danziger Briefträger dem Streik an. Um 12 Uhr versammeln sich Delegierte aus den streikenden Postämtern auf der Hauptpost. Dabei sind sowohl etablierte Gewerkschafter als auch verschiedenste unorganisierte Leute. Die Gewerkschaft *Solidarnosc*, die bei der Danziger Post die Mehrheit hat, will sich mit der Direktion auf ein paar schnell ausgearbeitete Forderungen einigen und den Streik beenden, bevor er richtig angefangen hat, wird aber von der Delegiertenversammlung zurückgepfiffen. Stattdessen konstituieren die Delegierten ein Protestkomitee, dem allerdings auch die Gewerkschaftsvertreter angehören. Das Komitee arbeitet einen Forderungskatalog aus, führt ergebnislose Gespräche mit der Direktion und informiert die Medien.

Flächenbrand in ganz Polen

Am **Dienstag, 14.11.** schließen sich die Briefträger in Danzigs Nachbarstädten Sopot und Gdynia dem Streik an. Die anarchistische *IP (Arbeiterinitiative)* verbreitet den Forderungskatalog der Danziger Briefträger im Internet und der überregionalen Presse und organisiert eine Solidaritätskundgebung vor der Hauptpost in Poznan. Am **15.11.** streiken die Briefträger einzelner Postämter in Poznan und Zielona Gora. Am **16.11.** streiken 200 Briefträger in Kielce und die Briefträger von rund 50 Postämtern in Warschau und Umland. Ein Briefträger aus dem Örtchen Karczew bei Warschau: »Am Dienstag habe ich zufällig im Radio vom Streik in Danzig gehört. Am Mittwoch habe ich bei der Arbeit davon erzählt und gemeint, wir müssen auch streiken, aber die Kollegen haben sich nicht getraut oder mir auch nicht richtig geglaubt. Dann hat meine Freundin die Infos aus dem Internet besorgt und ausgedruckt. Anscheinend macht Schriftliches mehr Eindruck, jedenfalls haben am Donnerstag alle einstimmig für Streik gestimmt.«

In Danzig wird der Streik am Donnerstag unterdessen ausgesetzt, um mit der Direktion in Warschau zu verhandeln. Am **Freitag, 17.11.** finden die Verhandlungen in Warschau statt, scheitern aber an der Lohnforderung. In Czestochowa verweigern Briefträger das Austragen der Postwurfsendungen, in Wroclaw machen etwa 200 Briefträger Dienst nach Vorschrift, bei dem nach Erledigung aller Formalitäten keine Zeit mehr bleibt, auf Tour zu gehen. In Lodz wird angeblich die Abfahrt der Post-LKWs blockiert. Aus anderen Städten kommen Nachrichten über Streikvorbereitungen und Solidaritätserklärungen.

Am **Montag, 20.11.** wird der Streik in Danzig wegen des Scheiterns der Gespräche der Danziger Delegation in Warschau wieder aufgenommen. Hier wie in anderen Städten schließen sich auch andere Abteilungen wie Schalterdienst und Briefsortierung dem Streik an. In Krakau sind nur 20 von über 400 Briefträgern auf Tour gegangen, in der Hauptpost sind alle Schalter geschlossen: der größte Poststreik seit 1981! In den Warschauer Postämtern bilden sich Schlangen, weil die Leute ihre Post abholen wollen. In Poznan, Szczecin, Bydgoszcz und vielen Kleinstädten im ganzen Land wird gestreikt. Dienst nach Vorschrift in Wroclaw, Bialystok, Torun und Krosno. Meist verhandeln die lokalen Direktionen mit den Protest- und Streikkomitees, teilweise verweigern sie Verhandlungen und drohen mit Entlassungen. Gleichzeitig beginnen in Warschau Spitzenverhandlungen zwischen Postdirektion und *Solidarnosc*. Die Gewerkschaft droht mit legalem »Generalstreik« bei der Post nach Ablauf der Friedenspflicht ab dem 1.12.

Dienstag, 21. und Mittwoch, 22.11.: Der Streik weitet sich aus und vertieft sich. Inzwischen streikt über die Hälfte der Briefträger in Polen. »In immer kleineren Postämtern gehen die Leute spontan zu Protestaktionen über,« sagt ein *Solidarnosc*-Vertreter der Presse. »Wir können nicht vorhersagen, wer sich wann dem Streik anschließen wird. Das entscheiden die Beschäftigten auf den Ämtern selber. Niemand führt sie.« In einigen Städten werden Renten und Arbeitslosengeld von Verwaltungsangestelltem ausgetragen, anderswo müssen sie auf dem Postamt abgeholt werden. In Krakau bleibt auf den bestreikten Postämtern jeweils ein Schalter für Renten und Arbeitslosengeld geöffnet. In Warschau lassen die Streikenden nur noch Rentner und Unterstützungsempfänger in die Postämter hinein.

In Krakau unterzeichnet das dortige Protestkomitee nach Gerüchten über einen Militäreinsatz am Mittwoch abend »zum Wohle der Kunden« eine Einigung und fordert die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit am Donnerstag auf. Die Geschäftsführung verspricht, von Repressionen gegen Arbeiter abzusehen, die am Donnerstag wieder zur Arbeit gehen. Die Streikzeit soll vom Urlaub abgezogen werden.

Donnerstag, 23. und Freitag, 24.11.: Obwohl wütende Krakauer Briefträger dem Komitee Kapitulantentum und Mandatsüberschreitung vorwerfen, wird der Streik nicht fortgesetzt. In Kielce, Czestochowa und Zielona Gora ist der Streik ebenfalls zuende, auch wenn es überall heißt, dass er fortgesetzt würde, falls bei den Warschauer Verhandlungen die Lohnforderungen nicht erfüllt würde. Am Montag, 27.11. wird fast überall wieder gearbeitet. Am Dienstag, 28.11. kehren auch die Danziger Briefträger wieder an die Arbeit zurück.

Verhandeln, verhandeln und nochmal verhandeln

Schon am **20.11.** sagt die Generaldirektion der Solidarnosc die Erfüllung aller Forderung außer der Lohnforderung und dem Verzicht auf Repressionen gegen »Rechtsbrecher« zu. Sie bietet die Anhebung der Mindestlöhne von 900 auf 1100 Zloty brutto an. Solidarnosc fordert 1500 und bricht die Verhandlungen ab. Am **21.11.** verhandelt die Post mit den anderen Gewerkschaften, ebenfalls erfolglos. Am **22.11.** verhandelt die Post mit einem gewerkschaftsübergreifenden Protestkomitee und bietet regional gestaffelte Erhöhungen des Mindestlohns auf 1000 bis 1300 Zloty, die Gewerkschaften fordern 1500. Am **24.11.** bietet die Direktion gestaffelte 1200 bis 1300, die Gewerkschaften fordern 1300 für alle. Außerdem bietet die Direktion 75 Zloty Lohnerhöhung für alle, die Gewerkschaften fordern 150. Am **26.11.** bietet die Direktion regional gestaffelt 1150 bis 1400 Zloty Mindestlohn und 109 Zloty für alle, die Gewerkschaften fordern einheitliche 1300 und 120 für alle. Am **27.11.** wird ein Schlichter eingeschaltet, am **29.11.** wird die Schlichtung abgebrochen und am **1.12.** wieder aufgenommen. Am **4. 12.** bricht *Solidarnosc* die Verhandlungen ab und kündigt eine Urabstimmung über Streik an. Seit dem **5.12.** läuft die Urabstimmung: für die Forderungen des gewerkschaftsübergreifenden Protestkomitees. Am **6.12.** tritt Solidarnosc aus dem Komitee aus, die Urabstimmung läuft aber weiter. Nach neuesten Angaben von *Solidarnosc* könnte legal ab dem **18.12.** gestreikt werden. Der Verkehrsminister schaltet sich in die Verhandlungen ein und fordert beide Seiten zur Annäherung auf.

Die Briefträger sind jetzt in einer schwierigen Lage: Wenn vor dem 18.12. ein Abschluss unterschrieben wird, wird es schwer, danach noch einmal die Mobilisierung loszutreten. Vielleicht wird ab dem 18.12. wirklich gestreikt. Aber wer hat Lust, für 20 Zloty zu streiken? Andererseits wäre es schwer, gegen einen Streik aufzutreten.

Diese Fragen wurden auch am 9.12. in Poznan diskutiert, wo erstmals Poststreik-Aktivisten aus verschiedenen Landesteilen zu einem überregionalen Treffen zusammengekommen sind. Ein auf dem Treffen gegründetes landesweites Komitee soll weitere Aktionen koordinieren und öffentlich bekannt machen, dass die Briefträger immer noch für die ursprünglichen Forderungen von Danzig kämpfen.

Abstimmung mit den Füßen

Egal, wie dieser Streik weiter geht: dass er so überhaupt stattfinden konnte, hat auch etwas mit dem veränderten Klima im Land zu tun. Die Massenauswanderung v.a. junger Leute nach Großbritannien und Irland in den letzten zwei Jahren hat den Arbeitsmarkt leergefegt. Jeder in Polen hat mindestens einen Kumpel, Schwager oder Cousine in Manchester oder Dublin. Die offizielle Arbeitslosigkeit ist von 20 auf 14 Prozent gesunken. Die *Gazeta Wyborcza* vom 9.12. berichtet von Problemen des Arbeitsamts in Slupsk, wo die Arbeitslosigkeit im Landkreis 28 Prozent beträgt: Das Arbeitsamt müsse zu immer härteren Maßnahmen gegen Drückeberger greifen, und die örtlichen Fischfabriken und *Lidl*-Märkte fänden keine Leute.

»Früher hieß es immer: ›Draußen stehen zehn Leute und warten auf deinen Job.‹ Jetzt wollen wir, dass mehr Leute eingestellt werden, aber sie finden keine,« erzählt ein Briefträger. In Wroclaw haben allein in den letzten drei Monaten 53 Briefträger (von 435) gekündigt. Im gleichen Zeitraum wurden 57 neue eingestellt, aber jeden Tag kommen neue Kündigungen. Viele Neue kündigen schon nach ein paar Tagen wieder. Die private Konkurrenzfirma *InPost* wartet auf die von der EU verordnete vollständige Öffnung des Postmarkts 2008 und unterhält schon in 71 polnischen Städten Niederlassungen. Sie bietet Neueingestellten 1500 Zloty netto und sucht dringend erfahrene Briefträger.

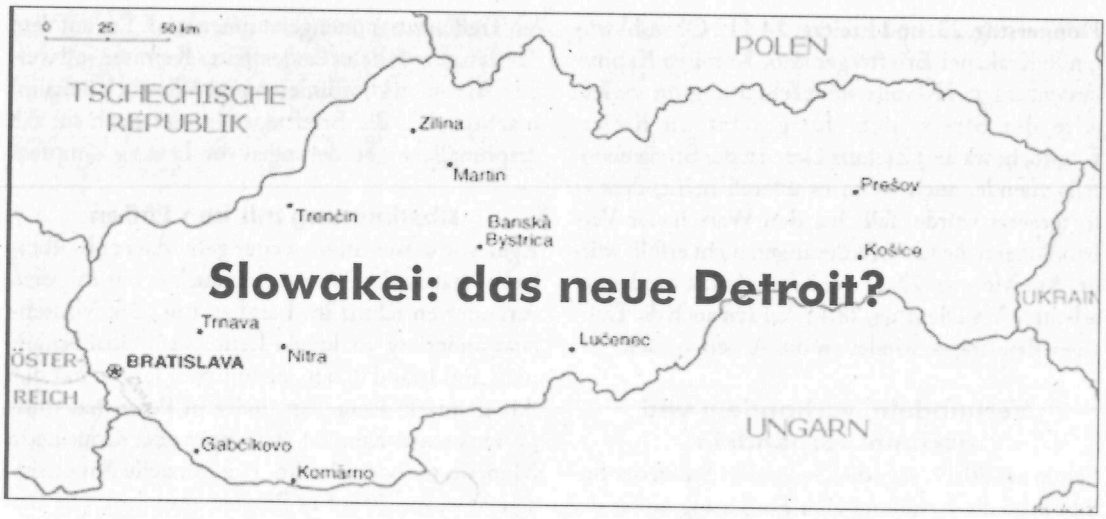
Ähnlich sieht es in den anderen neuen EU-Staaten aus: Die tschechische Autoindustrie rekrutiert in der Slowakei und verstärkt in Polen und der Ukraine – mit mäßigem Erfolg: Erst vor zwei Monaten kehrten Polen, die über das Arbeitsamt im südostpolnischen Rzeszow als Leiharbeiter für *Skoda* angeworben worden waren, protestierend nach Polen zurück und legten beim Arbeitsamt schriftliche Beschwerden über die Arbeits- und Wohnbedingungen ein (*Gazeta Wyborcza* vom 20.10.2006).

Im Moment sind die Löhne in Polen noch jämmerlich niedrig. Aber sie steigen schon jetzt, und sie werden umso schneller steigen, je weniger die ArbeiterInnen sich gefallen lassen. Der Traum des westeuropäischen Kapitals, direkt vor der Haustür zu technischen Bedingungen wie in Westeuropa, aber niedrigeren Löhnen zu produzieren, scheint schon in dem Moment zu platzen, in dem die Investitionen in dieser Region gerade richtig in Gang kommen. ■

Vgl. *Wildcat* 77: *Polen: Arbeitskräftemangel und Lohndruck*

Vgl. *Wildcat* 76: *Die Autoindustrie in Tschechien als Motor der Kapitalakkumulation – und der Klassenkämpfe«?*

Vgl. den Artikel über die Slowakei auf den folgenden Seiten in dieser *Wildcat*



Falls alle geplanten Investitionen umgesetzt werden, wird die Slowakei Belgien als Land mit der höchsten Pro-Kopf-Autoproduktion der Welt ablösen. Damit wäre sie (neben Polen und Tschechien) dritter Standort eines seit 1995 Schritt für Schritt entstehenden »neuen Detroit«. Für die deutschen Automobilkonzerne ist die Region östlich von Deutschland inzwischen wichtiger als Spanien.

Dabei ist die Produktion in der Slowakei in den meisten Werken wie *Kia, PSA* und bei vielen Zulieferern gerade erst oder noch gar nicht angelaufen. Nur im Fall von *VW* stammt die Investition nicht aus dem »Post-Meciar-Boom«, sondern aus den frühen 90er Jahren. Zwölf Jahre lang war es das einzige Autowerk in der Slowakei. In dieser Zeit hat *VW* etwa 1,2 Milliarden Euro investiert. 2004 wurden Autos im Wert von 174 Milliarden Kronen produziert. Neben Bratislava hat *VW* noch ein Werk in Martin in der Nordslowakei. In Bratislava werden hauptsächlich Oberklassenfahrzeuge (*Audi Q7, Touareg, Porsche Cayenne*) überwiegend für den amerikanischen Markt produziert, außerdem der *VW* Polo für den europäischen Markt. *VW* beschäftigt 8400 Festangestellte in drei Schichten. Der Standort Slowakei wirft mit die höchsten Gewinne unter allen 42 *VW*-Standorten weltweit ab, hauptsächlich wegen der niedrigen Löhne und der fehlenden Klassenaktivität.

Der Lohn bei VW lag 2004 bei etwa 26.000 slowakischen Kronen [ca. 730 Euro], der Durchschnittslohn in der Slowakei lag bei etwa 15.000 Kronen [ca. 420 Euro]. Die Lohnkosten pro Stunde betragen etwa 13 Prozent

Etwa 70 Prozent der ArbeiterInnen sind gewerkschaftlich organisiert. Offene Konflikte gibt es kaum. Dem Vernehmen nach arbeiten die slowakischen Gewerkschaften ausgezeichnet mit dem Management zusammen. Die Gewerkschaften behaupten, dass man problemlos innerhalb eines Tages eine Sonderschicht zusammenstellen kann. Die ArbeiterInnen selbst sind mit den Gewerkschaften nicht so zufrieden wie die Geschäftsführung. Sie klagen über das hohe Arbeitstempo und die Bedingungen insgesamt. Ihnen ist bewusst, dass sie sich die Dinge, die sie herstellen, selbst nicht leisten können. Gewerkschaftsboss Jankovic meint: »Die Leute klagen, aber sie kündigen nicht, denn wenn sie sich umschauen, sehen sie die Ukraine und haben Angst um ihren Job.«

2003 wurden während eines Arbeitskampfs bei *Seat* in Spanien 10 Prozent der Produktion des *Seat Ibiza* nach Bratislava verlagert. Als die spanischen ArbeiterInnen nachgaben, ging die Produktion ein Jahr später wieder zurück nach Spanien. Eine ähnliche Situation gab es im Frühling 2006 mit der Fabrik in Navarra, die den *VW Polo* produziert.

In Trnava wurden schon vor 1989 LKWs und Busse gebaut. Für das *PSA*-Werk, das im Sommer 2006 den Betrieb dort aufgenommen hat, wurden aber komplett neue Werkhallen errichtet, in denen gegenwärtig 3300 Beschäftigte knapp 50 000 Fahrzeuge pro Jahr produzieren sollen. 2007 soll mit 3500 Beschäftigten die volle Kapazität von 240 000 Autos pro Jahr erreicht werden. In das Werk wurden bisher insgesamt etwa 1,1 Milliarden Euro investiert. Ende 2006 sollen dort 125 Manager, 545 Spezialisten und mittlere Manager, 1400 »qualifizierte« ArbeiterInnen und 1760 ProduktionsarbeiterInnen arbeiten.

Das neue *Kia*-Werk in Zilina soll etwa 1,3 Milliarden Dollar kosten. Etwa 3400 ArbeiterInnen sollen dort 300 000 Billigautos pro Jahr produzieren (die Zahlen ähneln denen der neuen Werke in Tschechien: *TPCA* in Kolin und *Hyundai* in Nosovice). Die volle Kapazität soll 2009 erreicht werden. Während des Baus der neuen Werkhallen hatte *Kia* großen Ärger, weil einige Hallen auf Grundstücken errichtet wurden, die noch nicht gekauft waren. *Kia* drohte mit Investitionsstopp und einer Klage gegen den slowakischen Staat. Dieser löste das Problem radikal – die Grundstücke wurden enteignet.

Ein neues Detroit?

Zwischen 1998 und 2004 hat sich das Produktionsvolumen der Autoindustrie in der Slowakei mehr als verdoppelt und ist damit anderthalb mal schneller gewachsen als die Industrieproduktion insgesamt. Seit 1999 wurden insgesamt 167,3 Milliarden slowakische Kronen [ca. 4,7 Milliarden Euro] in diesem Sektor investiert (davon 40 Milliarden Kronen [ca. 1,1 Mrd. Euro] allein 2005). Der Anteil der Autoindustrie an der industriellen Gesamtproduktion ist von 14 Prozent im Jahr 1998 auf über 25 Prozent im Jahr 2005 gestiegen. Ihr Anteil an den Exporten beträgt 30 Prozent (wovon allein zwei Drittel auf *VW* entfallen!). 90 Prozent der Produktion gehen in den Export.

Was die Slowakei attraktiv für das Kapital macht, sind neben niedrigen Steuern und umfangreichen Investitionsanreizen vor allem die niedrigen Arbeitskosten und (relativ!) viele qualifizierte ArbeiterInnen. Laut dem Gelsenkirchener Center for Automotive Research sind die Arbeitskosten in den Zulieferfirmen mit 3,30 Euro pro Stunde zwar höher als in Rumänien (1,70 Euro), aber die niedrigsten in der ganzen EU. In Tschechien liegen sie bei 4,20, in Ungarn bei 4,70 und in Polen bei 5,40 Euro. In Ostdeutschland liegen sie bei 16,50 und in Westdeutschland bei 25,80 Euro. 2005 sind die Arbeitskosten pro Stunde gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent gestiegen (in Tschechien sogar um 11 und in Polen um 15 Prozent). Die Reallöhne in der Industrie sind 2005 um 4,8 Prozent gestiegen (gegenüber 2,6 Prozent 2004 und einem Rückgang um 1 Prozent 2003).

Arbeitskräftemangel?

Auch die qualifizierte Arbeitskraft zieht das Kapital in die Slowakei. Bisher kommen die Neueingestellten der entstehenden Autofabriken nicht vom Land, sondern sind qualifizierte ArbeiterInnen mit Erfahrung in der Industrieproduktion.

Zur Zeit arbeiten in der Autoindustrie mehr als 28 000 ArbeiterInnen (11 Prozent aller IndustriearbeiterInnen). Diese Zahl soll bis 2008 kontinuierlich auf 85 000 bis 100 000 ArbeiterInnen steigen, davon 16 000 bei *VW*, *PSA* und *Kia* selbst. Aber wie in der Tschechischen Republik oder in Polen fehlen dem Kapital in der Slowakei zunehmend »qualifizierte« ArbeiterInnen, besonders in der Westslowakei, wo sich die Autoindustrie konzentriert.

Vor 1989 war die Slowakei eine Hochburg der Rüstungsindustrie. Ihr Niedergang setzte große Zahlen von ArbeiterInnen frei. Sehr viele von ihnen arbeiten bereits in der Autoindustrie in Tschechien, die inzwischen stark von ihnen abhängt. Zu Hause warten aber schon die neuen Autofabriken und Zulieferer auf sie. *Kia* z.B. weist ausdrücklich darauf hin, dass Teile seiner Belegschaft schon Erfahrungen aus der tschechischen Autoindustrie haben. In einigen Regionen Tschechiens ist jetzt schon zu spüren, dass der Zustrom von slowakischen ArbeiterInnen zurückgeht.

Während Tschechien zunehmend ausländische ArbeiterInnen rekrutiert, ist eine solche Entwicklung in der Slowakei bisher nicht erkennbar. Um den Arbeitskräftenachschub zu sichern, sollen die Oberschulen und Universitäten in den Autoregionen in die Produktionskette einbezogen und ihre Lehrpläne auf die Bedürfnisse der Autofabriken zugeschnitten werden. Aber ähnlich wie in Tschechien scheinen die Jugendlichen nicht allzu scharf darauf zu sein, sich an den Berufsschulen auf die Maloche am Band vorzubereiten, gleichzeitig gehen die Schülerzahlen zurück.

Auch die Wohnungsfrage ist nach wie vor ungelöst. In den Zentren der Autoproduktion sind die Mieten viel höher als in anderen Regionen. Trotz der langen Tradition der Arbeitsmigration gibt es daher kaum eine Binnenmigration. Nur 16 Prozent aller *VW*-Beschäftigten in Bratislava kommen von weiter als 100 km her, obwohl *VW* den zugezogenen ArbeiterInnen eine Unterkunft anbietet. Von 41 000 BewerberInnen bei *PSA* in Trnava kamen nur 15 Prozent aus den besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen in der Zentral- und Ostslowakei. Nur *Kia* konnte ohne Probleme ArbeiterInnen aus weit entfernten Gegenden rekrutieren; abgesehen von der Region Zilina selbst kommen die größten Gruppen aus Kosice und Michalovce in der Ostslowakei. In der Regel gehen migrationswillige ArbeiterInnen aber wohl lieber ins Ausland (vor allem nach Tschechien und Großbritannien), wo sie besser verdienen.

Auch der verglichen mit den Nachbarländern rigide »aktivierende« Sozialstaat hat offensichtlich nicht genügend gefügige Arbeitssuchende produziert.

Die Zulieferer

Die Zulieferer stellen – wiederum ähnlich wie in Tschechien – den wichtigsten Teil der Autoindustrie in der Slowakei dar. Auf jeden in der direkten Automobilproduktion Beschäftigten kommen fünf ArbeiterInnen bei Zulieferern. Dieser Teil der Branche wächst auch am allerschnellsten – von 53 Milliarden Kronen Umsatz 2002 auf 140 Milliarden 2004.

Da viele Zulieferer räumlich eng an die Autowerke gebunden sind, konzentrieren sie sich in der West- und Zentralslowakei – in Zahori (*VW*), entlang der Vah (*PSA*) und im Raum Kysuce (*Kia*). Die unmittelbar um *Kia* in Zilina herum angesiedelten Zulieferer sollen etwa 4000 Jobs schaffen –

gegenüber 2400 Arbeitsplätzen im *Kia*-Werk selbst. Insgesamt hängen schätzungsweise 11 000 Arbeitsplätze in der Slowakei an *VW*. Viele Zulieferer produzieren aber nicht nur für einen Konzern, sondern gleich für mehrere. *Visteon* in Nitra etwa, wo 400 ArbeiterInnen Innenausstattungen und Klimaanlagen herstellen, beliefert sowohl *Kia* als auch *PSA*. *INA-Schaeffler*, in dessen Werken in Kysucke Nove Mesto und Skalice (in der Nähe von *VW*) 6000 Menschen Motorteile herstellen, beliefert auch *Daimler-Chrysler, General Motors, Toyota* und *BMW*.

Viele Zulieferer produzieren auch für Autofabriken im Ausland. So wird *Getrag Ford* mit 3000 Beschäftigten im ostslowakischen Kechnec bei Kosice Getriebe und Motoren für *Ford* in ganz Europa produzieren. *Ford* will hier – in seinem ersten Produktionsbetrieb in Mitteleuropa – 200 000 Motoren und Getriebe pro Jahr herstellen. Beim japanisch-amerikanischen *Ford*-Zulieferer *Yazaki* produzieren 3000 ArbeiterInnen in zwei Werken in der Ostslowakei Kabelbäume.

Die Firma *Matador* sitzt in der nordwestslowakischen Kleinstadt Puchov, wo es auch eine Reifenfabrik von *Continental* gibt. *Matador* war hier schon vor 1989 ansässig. Die Gründung der dortigen chemisch-technischen Universität war stark auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet. *Matador* investiert auch im Ausland – mit bestehenden Werken in Russland und Äthiopien und geplanten in China und Indien. Neben Reifen produziert *Matador* inzwischen auch andere Komponenten. In Dubnica nad Vahom werden gemeinsam mit der koreanischen Firma *Dong Won* Autotüren für den slowakischen *Kia* hergestellt. Insgesamt beschäftigt *Matador* in der Slowakei 3850 ArbeiterInnen.

Delphi mit seinem 2300 ArbeiterInnen im westslowakischen Senica ist eine der wenigen Zulieferfirmen, bei denen von größeren Konflikten zu hören war. Im Zuge eines vor allem gegen die ArbeiterInnen in den USA gerichteten konzernweiten Einsparprogramms versuchte das Management Ende 2005, die Löhne im slowakischen und den tschechischen Werken zu senken. Als daraufhin die Gewerkschaften über ein gemeinsames Vorgehen berieten und mit Streik drohten, wurden die geplanten Lohnsenkungen zurückgenommen.

Johnson Controls gehört zu den wenigen Firmen, die in der Slowakei nicht nur einen bloßen Produktionsbetrieb, sondern ein Forschungs- und Entwicklungszentrum baut. Die amerikanische Firma beschäftigt in Trencin gut 500 ArbeiterInnen in der Sitzeproduktion.

Produktionsorganisation

Da bei der vorherrschenden *Just-in-Time*-Produktion jedes einzelne Teil genau rechtzeitig ankommen muss, ist die ganze Produktion sehr anfällig, z.B. wenn der Verkehr lahmgelegt ist oder ein Montageband steht. Hier liegt die größte potentielle Macht der ArbeiterInnen in der Autoindustrie.

Das Autobahnnetz in der Slowakei ist bislang nur minimal ausgebaut. Es gibt z.B. noch keine Anbindung des *Kia*-Werk in Zilina an das *Hyundai*-Werk im tschechischen Ostrava-Nosovice, mit dem es eng kooperieren soll. Die Autobahnen in der Ostslowakei sollen neue Investoren anziehen, die den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Westslowakei beklagen. Bisher verbindet ein gut ausgebautes Eisenbahnnetz alle Zentren der Autoindustrie in der Slowakei und Ostrava in Tschechien miteinander – was wiederum die EisenbahnarbeiterInnen in eine wichtige Rolle für zukünftige Konflikte rückt.

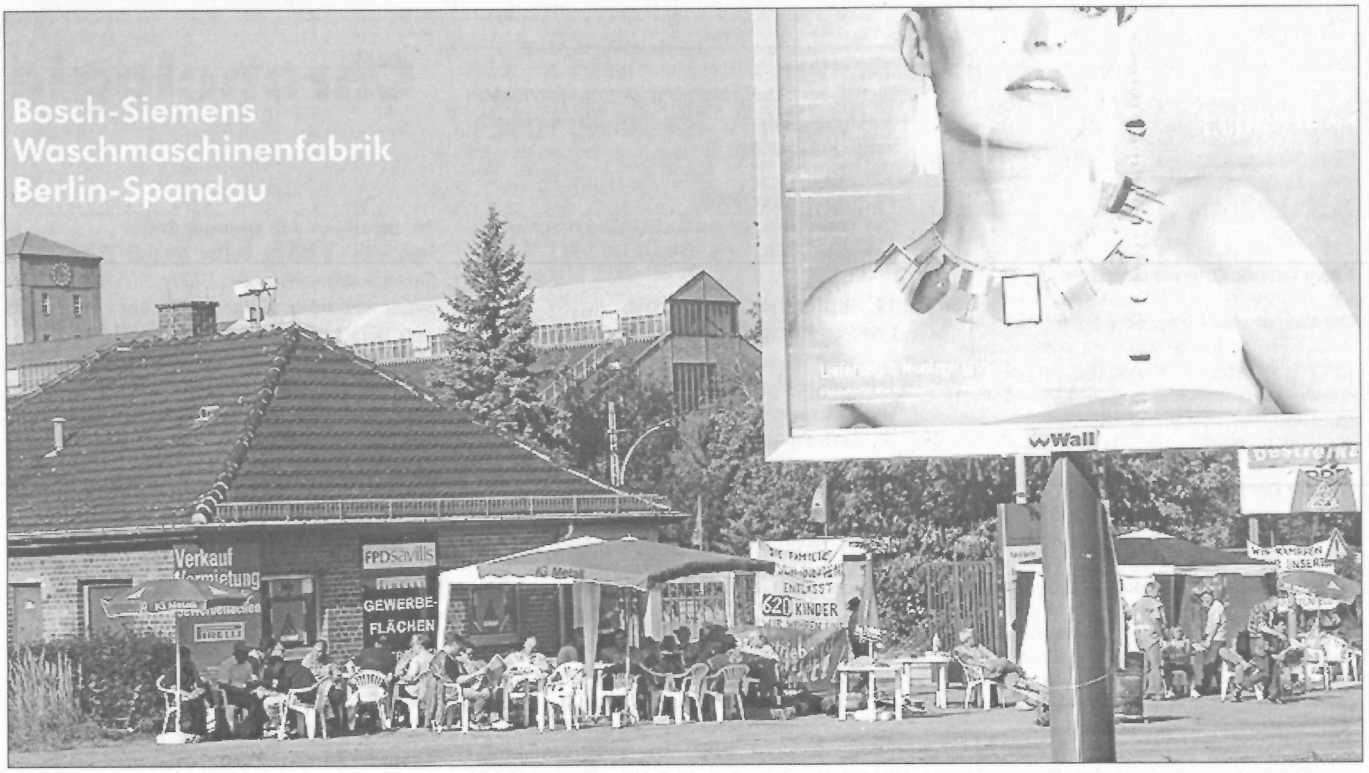
Mangels offener Klassenkämpfe und persönlicher Kontakte können wir aus diesem Material nur sehr begrenzte Schlussfolgerungen ziehen:

Die Autoindustrie, einer der wichtigsten Sektoren für die Kapitalakkumulation, gewinnt in der Slowakei immer größere Bedeutung. Die wichtigste Grenze für ihr weiteres Wachstum scheint (ebenso wie in Polen und Tschechien) der Mangel an qualifizierten ArbeiterInnen zu sein. Das macht dem Kapital Sorgen und uns Hoffnung auf größere ArbeiterInnenmacht in möglichen Kämpfen. Die Abhängigkeit der Autoindustrie von der *Just-in-Time*-Produktion führt zu einer Vereinheitlichung der ArbeiterInnenerfahrung und zu lokalen und internationalen Verbindungen zwischen den ArbeiterInnen.

Das Kapital äußert bereits Befürchtungen, dass der aktuell entstehende Arbeitskräftemangel in der Branche einen Lohndruck auslösen könnte.

Der Prozess der technischen Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse ist noch keineswegs abgeschlossen. Vielleicht ist das der Hauptgrund dafür, dass die Klasse bisher keine politischen Antworten im Klassenkampf gefunden hat. Dabei fragen wir uns, ob den ArbeiterInnen eigentlich bewusst ist, in welcher außergewöhnlich günstigen Position sie sich angesichts der Wachstumspläne und des absehbaren Mangels an »qualifizierten« Arbeitskräften gegenüber den Arbeitgebern befinden.

GenosseInnen aus Tschechien



»Wir wollten Geschichte schreiben«

Vorgeschichte

Am 29. Juni 2006 berichtet die *Berliner Zeitung* unter der Überschrift **BSH baut weiter Hausgeräte in Berlin – Geplante Schließung zum Jahresende ist vom Tisch:** »Die BSH-Geschäftsführung einigte sich mit dem Betriebsrat und der IG Metall darauf, über ein neues Standortkonzept zu verhandeln. ›Es sieht vor, dass wir Teile der Produktion fortführen›, sagte der Betriebsleiter des BSH Günther Meier ... Im Gegenzug würden ›erhebliche kostenwirksame Zugeständnisse‹ der Mitarbeiter erwartet... Arno Hager sagte: ›Ich glaube, wir werden eine Lösung finden, um dauerhaft in Berlin zu fertigen.› Zu den Zugeständnissen der Mitarbeiter wollte sich Hager vorerst nicht äußern. Meier sagte, er erwarte ‹eine Kostensenkung im deutlichen Millionenbereich›.«

Anfang Juli lehnt der BSH-Betriebsrat das ab. Wer *Wildcat* 74 (»Das einzige, was sie von uns erwarten können ist ein Arschtritt«) und *Wildcat* 75 gelesen hat, versteht warum: »Der Betriebsrat kam mit Sprüchen wie: ›Wir haben keine Tabuthemen!‹ – da haben einige ArbeiterInnen ganz klar geantwortet: ›Aber wir!‹« Die Leute wollen hohe Abfindungen, auf keinen Fall aber eine Verschlechterung der bisherigen Bedingungen. Sie wissen, dass ihr Kampf zum Bezugspunkt geworden ist: »Jetzt sind wir überall die Helden« (*Wildcat* 75)

Am 25. Juli verkündet *BSH* die Stilllegung der Produktion für Anfang 2007; Forschung und Entwicklung seien davon nicht betroffen. Nun verhandeln *IG Metall* und Betriebsrat über einen Sozialplan für die betroffenen 570 der insgesamt 1050 Beschäftigten. Als diese Verhandlungen scheitern, setzt man im August eine Streikleitung ein und blockiert ab dem 6. September die Produktion durch eine kontinuierliche »außerordentliche Betriebsversammlung«. Am 17. September sind in Berlin Wahlen, da kann der *SPD-IG Metall*-Filz nach den Betriebsschließungen bei *Samsung, JVC, CNH* keine weitere öffentliche Diskussion um die Bedingungen der ArbeiterInnen in der Hauptstadt brauchen!

Am 18. Oktober 2006 schließen *IG Metall* und *BSH* folgenden Sozialtarifvertrag ab:

- Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für 400 gewerbliche Beschäftigte bis zum 31. Juli 2010 (270 Arbeitsplätze in der Fertigung, 60 in der Wäschepflege, 40 in der Logistik, 30 werden in andere Betriebe im BSH-Konzern versetzt)
- 2007 gibt es keine Tariferhöhungen
- die tariflichen Leistungszulagen werden um durchschnittlich 100 Euro pro Kopf gekürzt (betrifft 500 Beschäftigte)
- für alle außerhalb der Fertigung wird die Arbeitszeit unbezahlt auf 40 Stunden erhöht
- alle müssen eine Stunde pro Woche länger arbeiten (»Qualifizierungszeit«)
- die betriebliche Jahreszahlung (»Dividende«) fällt weg; das waren ca. 1500 Euro zur Jahresmitte
- 20 Prozent von Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden gestrichen
- die halben Tage Urlaub am 24. und 31.12. werden gestrichen
- 216 Leute werden entlassen

Mit Lohneinbußen von bis zu 300 Euro (bei 1500 netto) und dem Abbau von 216 Arbeitsplätzen mit Abfindungen in der Größenordnung von 1,5 Monatslöhnen entspricht dieser Scheißabschluss zu 90 Prozent dem, was Meier und Hager Ende Juni angepeilt hatten. **Aber zwischen den beiden Terminen liegt der wichtigste Streik in der BRD im Jahr 2006!** Aus ihm können wir lernen, wie die ArbeiterInnen in einem scheinbar aussichtslosen und schlecht vorbereiteten Kampf zwischenzeitlich in die Offensive kamen. Und aus ihm *müssen* wir lernen, warum es trotz einer eindrucksvollen Revolte vieler Streikender nicht gelang, den Kampf über den Verrat der *IG Metall* hinweg fortzusetzen.

Auf den nächsten drei Seiten kommt eine Chronologie, die wir aus unterschiedlichen Berichten zusammengebastelt haben; dann geht es mit dem Artikel weiter; dann kommen Interviews – diese sind aus mehreren Gesprächen zusammengesetzt, um die Leute zu schützen.

Chronologie

Personen und Orte der Handlung

Die Streikenden – Insgesamt haben etwa 470 Leute gestreikt, die allermeisten gehörten zu den 620 »Gewerblichen«. Die Angestellten aus Forschung und Entwicklung (insgesamt 400 Beschäftigte) haben sich bis auf wenige Ausnahmen nicht am Streik beteiligt.

Güngör Demirci – BR-Vorsitzender im *BSH* Spandau, seit 1981 freigestellter Betriebsrat.

Luis Sergio – *IG Metall*-Sekretär; zuständig für Betriebsbetreuung Spandau. Offizieller Streikleiter.

Arno Hager – 1. Bevollmächtigter der *IG Metall* Verwaltungsstelle Berlin; zuständig u.a. für Struktur- und Industriepolitik, Krisenfrühwarnsystem für Betriebe; Hartz-IV-Verfechter; Miteigentümer der Transfergesellschaft *ABZ*, welche die KollegInnen von *JVC* und dem *Siemens-Dynamo-Werk* abwickelte; nach einem Skandal Anfang 2006 wird nun die Transfergesellschaft *weitblick* die rausgeschmissenen BSH-KollegInnen abwickeln; sie »betreut« bereits die gekündigten *CNH*-Leute

Olivier Höbel – seit Juli 2004 Bezirksleiter der *IG Metall* Berlin-Brandenburg-Sachsen

Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der *IG Metall*, früher *KABD* – Vorgängerorganisation der *MLPD*. (die Renegaten sind die schlimmsten!) Zitat: »Weiße Ware hat in Deutschland keine Zukunft – dafür ruiniere ich keine Tarifverträge.«

Meier, Günther – Werksleiter des *BSH* in Spandau

Osram – gemeint ist das ca. 750 m entfernte Werk; gehört zum Siemenskonzern. Berlin ist Osrams größter Standort in Deutschland, 1900 Beschäftigte fertigen Speziallampen für Kraftfahrzeuge, Film und Schaufensterbeleuchtung.

BMW – gemeint ist das Motorradwerk des *BMW*-Konzerns; es ist ca. 2 km entfernt. Hier bauen ca. 2200 Beschäftigte im Jahr ca. 92 000 Motorräder, bis zu 540 am Tag; ein Siebtel der Produktion sind Autokomponenten.

CNH (ehemals *Orenstein & Koppel*), ebenfalls in Spandau, 6 km vom *BSH* entfernt. Nach 102 Tagen Streik, dem längsten in der Geschichte der Berliner Metallindustrie, schloss die *IG Metall* (dieselbe Truppe wie beim *BSH*) am 1. Juni einen Sozialtarifvertrag ab: »Die Schließung wird um vier Monate auf den 30. November 2006 hinausgeschoben, die von Kündigung Betroffenen kommen für zwölf Monate in eine Beschäftigungsgesellschaft.« Nach dem Skandal Anfang 2006 allerdings nicht mehr in die Transfergesellschaft *ABZ*, sondern in eine namens *Weitblick*, die ebenfalls dem *DGB* gehört. www.weitblick-personalpartner.de/ Sie werden sich auch um die rausgeschmissenen KollegInnen vom BSH kümmern. Am 100. Streiktag sprachen übrigens Olivier Höbel und Wowereit zu den Streikenden, die Totengräber der Arbeiterkämpfe in Berlin, beide SPD.

Vom **6. bis 22. September** wird die Produktion durch »außerordentliche Betriebsversammlungen« blockiert.

15. September 2006
Der Unternehmer versucht, Maschinen abzutransportieren – das wird verhindert.

19. September 2006
Urabstimmung: 95 Prozent für Streik.

1. Streiktag – 25. September 2006
Um 3 Uhr wird das Tor dicht gemacht. Um 12.30 Uhr findet eine Streikversammlung statt.

2. Streiktag – 26. September 2006
Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Bosch-Siemens-Werke aus München besucht das Streikzelt. Ein weiterer Besucher ist Arno Hager.

3. Streiktag – 27. September 2006
Vor der Fabrik auf der Bernauer Straße wird die Streikzeitung verteilt. Um 11 Uhr besuchen die Azubis der Bautechnikschule Spandau zusammen mit ihrem Lehrer das Streikzelt. Um 12.30 kommt eine Delegation von 3 KollegInnen der Firma *Siemens-Messgeräte (PTB)*. Bei der Streikversammlung werden Grußbotschaften des Konzernbetriebsrats Siemens und der Gewerkschafter von der *AEG* verlesen.

4. Streiktag – 28. September 2006
Vormittags besuchen Schulklassen das Streikzelt. Klaus Ernst, *WASG* hält eine Rede; er zieht Parallelen zum langen Marsch der Kugellagerindustrie von Schweinfurt in den 90er Jahren nach Bonn während seiner Zeit als Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Schweinfurt. Er verspricht, den Marsch nach München mitzuorganisieren und Kontakte zu Verwaltungsstellen in Bayern zu knüpfen. Der zweite Redner des Tages, Olivier Höbel, bemängelt die fehlende Mitbestimmung in den Betrieben.

5. Streiktag – 29. September 2006
Die GL versucht, den BR-Mitgliedern den Zutritt zum Firmengelände zu verwehren. Eine Gruppe von 20-25 Streikenden kehrt von einem spontanen Besuch im Werk Nauen zurück. Mehrere Schulklassen mit ihren Lehrern kommen vorbei. Höhepunkt des Tages ist um 11 Uhr der Auftritt von Gysi. Gegen Mittag kommt noch Momper unangemeldet vorbei.

7. Streiktag – Sonntag, 1. Oktober 2006
Ruhiger Tag, die Streikenden, ihre Familien und die Unterstützer essen gemeinsam, trinken, klönen, diskutieren...

8. Streiktag – 2. Oktober 2006
Vormittags kommt die Presse: *Welt, Berliner Morgenpost, ZDF, WDR* und *Spiegel TV*.

Petra Pau von der *Linkspartei* kommt vorbei, Klaus Lederer übermittelt die Solidarität des letzten Parteitags, eine Unterschriftenliste und 400 Euro. Die Montagsdemo endet im Streikzelt, wenig Beteiligung, kaum Arbeiter, die Diskussion im Zelt ist *MLPD*-dominiert.

10. Streiktag – 4. Oktober 2006
Heute keine Gäste außer *Spiegel TV* und den Gewerkschaftlern von BMW. Auf der Streikversammlung sind der Streikleiter Luis Sergio und Güngör Demirci fast alleine.

Nachmittags findet ein *Waschtag* am Breitscheidplatz statt. Wäsche wird von Hand gewaschen, um die Zukunft Berlins ohne *BSH* symbolisch darzustellen. Die Teilnahme hätte besser sein können, aber trotz des Regens erwecken die KollegInnen viel Aufmerksamkeit.

11. Streiktag – 5. Oktober 2006
Der *Marsch der Solidarität* geht um 9 Uhr mit einer Kundgebung los, an der Delegationen von *BMW, Daimler, Otis* und *Siemens* teilnehmen. Neben *DGB*-Chef Michael Sommer und Olivier Höbel sprechen Wowereit (*SPD*) und Wirtschaftssenator Harald Wolf (*Linkspartei*). Die anschließende Demo zieht sich bis 12 Uhr und legt ganz Spandau lahm. Danach steigen die Leute am Rathaus Spandau in die acht Busse, wobei sie von Gysi begrüßt und verabschiedet werden.

Erstes Ziel ist *BSH-Nauen*. Der verdatterte Dorfpolizist ist verzweifelt: »Aber die *IG Metall* hatte uns eine ungehinderte LKW-Zufahrt zugesichert!« Antwort: »Das mag sein, aber wir wollen das nicht, wir sind hier, um zu blockieren!« Was auch effektiv umgesetzt wird, wenn 250 Leute entschlossen auftreten, geht nichts mehr.

Die Belegschaft in Nauen besteht nach dem Eindruck vom Schichtwechsel aus jungen 17-30 jährigen Ostdeutschen, darunter sehr viele Leiharbeiter. Kaum Solidarität, einer zückt nen Zwanni für die Soli-Kasse. Die ›Spandauer‹ machen sich nen Spaß draus, die ›Nauener‹ durch ein langgezogenes Spalier fahren zu lassen. Allzu Coole, Griesgrämige, Kurzgeschorene haben eine besonders langgezogene Ausfahrt. Gewerkschaftler und Betriebsräte des Nauener Werks zeigen an der Aktion kein Interesse. Ein einziger Betriebsrat solidarisiert sich mit dem Kampf. Erst später nimmt der BR-Vorsitzende die Forderungen der Streikenden halbherzig auf.

12. Streiktag – 6. Oktober 2006
Bei regnerischem Wetter sind fast alle im Streikzelt. Sechs Betriebsräte und die *VKL*-Leiter des ehemaligen *Ford*-Werkes kommen. Um 12.30 Uhr fängt die Streikversammlung an. Luis Sergio und die Streikleitung: ›Die Aktion von gestern war ein voller Erfolg. Wir waren gleich am ersten Tag in der Tagesschau. Unsere KollegInnen haben heute in Eisenhüttenstadt eine sehr gute Aktion durchgeführt. Jetzt beginnt eine neue Phase des Kampfes. Wir müssen alle Kräfte einsetzen. Deshalb sollen morgen alle nach Leipzig fahren, da der bekannte Pastor der Nikolaikirche, Christian Führer, sich bereit erklärt hat, für uns, für die Streikenden, um 14 Uhr eine Ansprache zu halten.‹

des Streiks

13. Streiktag – 7. Oktober 2006
Busse mit über 200 Streikenden fahren nach Leipzig. Dort sammeln sie sich am Bahnhofsplatz und marschieren, Flugblätter verteilend, in Richtung Nikolai-Kirche, wo zu dieser Zeit eine Podiumsdiskussion zum Thema Sozialabbau und Gesundheitsreform stattfindet.

14. Streiktag – Sonntag, 8. Oktober 2006
Ausruhen, Klönens und Nachdenken.

15. Streiktag – 9. Oktober 2006
Die Haltung der Medien ist seit Beginn des Marsches überraschend positiv: *Spiegel TV (RTL)* hat am Sonntagabend (8.10.06) eine objektive Darstellung gegeben und als Grund des Konflikts bei *BSH* die Profitgier des Unternehmens genannt. Der *RBB* will am Montagabend um 20.15 Uhr einen Bericht über den unbefristeten Streik senden.

16. Streiktag – 10. Oktober 2006
Der Marsch der Solidarität kommt bei Miele in Bielefeld vorbei. Die Streikaktivisten berichten, dass sich die *IG Metall* vom Marsch total zurückzieht, dass sie dort, wo sie hinkommen, von der Gewerkschaft keinerlei Unterstützung, Kontakte o.ä. kriegen.

17. Streiktag – 11. Oktober 2006
Eine Delegation des Siemens-Dynamowerks kommt zu Besuch. Solidaritätsadressen von der *IG Metall* Nürnberg, der *GEW* und der *IG Metall* Rosenheim werden verlesen. Kollege Artur Fischer, Erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Rosenheim, hat sich mit einem Brief an Jürgen Peters und B. Huber gewandt und sie gebeten, dass eine gemeinsame Strategie in Bezug auf den *BSH*-Streik entwickelt und alle Arbeitnehmer-Vertreter der *BSH*-Werke in Deutschland geschlossen am 19.10.06 an der Demo teilnehmen sollten.

18. Streiktag – 12. Oktober 2006
Gute Nachrichten vom Bus aus Nürnberg.

19. Streiktag – 13. Oktober 2006
Außer den Streikposten sind nur eine Handvoll Menschen auf dem Streikgelände, 6 Busse sind zu *BenQ* nach Kamp-Lintfort gefahren. Gegen Mittag kommt eine Delegation von *Osram* in Begleitung des VKL-Leiters zu einem langen Gespräch mit der Streikleitung. Gegen 16 Uhr melden sich die Kollegen aus Kamp-Lintfort. Die Stimmung steigt!

20. Streiktag – 14. Oktober 2006
Auf dem Streikgelände ist es so lebhaft wie noch nie. Die Gewerkschaftler der Firma *Osram* und von *ICom* (ehemals *Herlitz*) informieren sich schon in den frühen Morgenstunden. Anschließend berichtet Güngör Demirci über den Prozess beim Arbeitsgericht: Es wurde kein Urteil gefällt, aber auf Wunsch von *BSH* wurde ein Vergleich geschlossen: eine Gasse von drei Metern Breite muss gebildet werden. Olivier Höbel sagt danach: Hohe Anerkennung für diese motivierte Belegschaft. Das übersteigt alle Erwartungen. Ihr solltet so lange nicht aufhören, bis die Anerkennung der anderen Seite da ist. Ein *ZDF*-Team kommt.

Podiumsdiskussion mit Gewerkschaftlern aus Polen/Türkei/Spanien (Hasan Aslan von *DISK*, Todeos Felizinski von *Solidarnosc* und die Dolmetscherin Gesine Traub im Auftrag der spanischen Gewerkschaftler)

Hasan Aslan: Seit 1997 produziert *BSH* Weiße Ware in der Türkei, in der Größenordnung von 3,5 Millionen Produkten jährlich. *BSH* hat seinen Gewinn im Jahre 2005 um 57 Prozent auf 55 Mio. netto steigern können. Die Arbeiter verdienen 2,13 Euro in der Stunde, das sind 680 Euro brutto monatlich. Das gilt aber nur für die Stammbelegschaft, die ein Drittel der Beschäftigten ausmacht. Die meisten sind Leiharbeiter und verdienen den Mindestlohn von 284 Euro brutto im Monat.

Todeos Felizinski, Regionalvorstand aus Lodz, überbrachte Solidaritätsgrüße der Belegschaft von *BSH Lodz*; offizielle Vertreter habe er nicht erreichen können. Er schildert die desolate Situation in seiner Gewerkschaft, die in den letzten zehn Jahren 90 Prozent ihrer Mitglieder verloren hat. Die Beschäftigten könnten nicht auf die Unterstützung der Gewerkschaften zählen, die Löhne betragen zwischen 300 und 400 Euro; Arbeitsverhältnisse seien grundsätzlich nur befristet. Es gäbe 3,5 Millionen Arbeitslose, das entspräche einer Quote von 15 Prozent. Obwohl die Arbeitslosenzahlen gegenüber dem letzten Jahr um 5 Prozent gesunken sind, seien nicht mehr Leute in Lohn und Brot gekommen, sondern viele sind ins Ausland gegangen, insbesondere nach Großbritannien und Irland.

21. Streiktag – Sonntag, 15. Oktober 2006
Tag der Familien. Es wird gemeinsam gegessen und getrunken. Der *Offene Kanal* macht Aufnahmen und Interviews.

22. Streiktag – 16. Oktober 2006
Keine Streikgasse! Bereits um 6.30 Uhr hat sich eine große Menschenmenge, u. a. Arbeiter von *Osram, BMW* und *Siemens-Messtechnik*, vor den Werkstoren versammelt. Die *SPD* hat dort von 6-18 Uhr eine Kundgebung angemeldet, um die Streikenden bei ihrem Vorhaben zu unterstützen. Die Reden sind doof wie immer: Lucy Redler von der *WASG* ruft alle zur *DGB*-Demo am 21.10. auf... Aber zum ersten Mal bringen sich alle ein, eine andere, kämpferische Stimmung macht sich breit. Weder Arbeitgeber noch Streikbrecher lassen sich blicken. Laut inoffizieller Erklärung der Arbeitgeber wollen sie weder heute noch morgen versuchen, ins Werk zu gelangen. Luis Sergio mutmaßt, dass im Siemensvorstand z.Zt. der kompromissbereite Flügel gegenüber den Hardlinern das Sagen habe. Morgen um 8 Uhr soll auf Initiative des Arbeitgebers vor dem Landesarbeitsgericht ein Einigungsversuch unternommen werden. Viele äußern große Bedenken dagegen.

Die KollegInnen von *BMW* halten ihre BR-Sitzung im Streikzelt ab. Es gehen wieder zahlreiche Solidaritätsadressen, u. a. aus der Schweiz und Österreich, ein. Die KollegInnen von *Miele* in Bielefeld teilen mit, dass sie mit 2 Bussen nach München kommen werden.

23. Streiktag – 17. Oktober 2006
Die Delegation vom Landesarbeitsgericht kommt ins Streikzeit, RA Thomas Berger fasst den Prozess im Namen der Streikleitung zusammen: Er habe den Eindruck, dass *BSH* das Werk Berlin erhalten wolle. *BSH* wolle sich nicht als Schließer der Nation vorstellen und keinen *AEG*-Effekt. Luis Sergio sagt, dass die Streikleitung bis zum 22. November Teilfortführungskonzepte erstellen müsse. Das wäre für die Streikenden eine Ruhezeit, um sich richtig vorzubereiten. Er gehe davon aus, dass bis Weihnachten kein Ergebnis in Bezug auf Schließung oder Kündigungen fallen könne.

Güngör Demirci ergreift das Wort: Von überall kämen Erfolgsmeldungen. Heute hätten die KollegInnen vom *BSH* in *Dillingen* die Produktion lahm gelegt... Schon die Bereitschaft der Arbeitgeber zu Gesprächen könne als positives Signal bewertet werden. Man werde die Verhandlungen aufnehmen und die bekannten Forderungen nochmal wiederholen.

Am Freitag, den 20. Oktober soll ab 18 Uhr ein Streikfest stattfinden. Alle Streikenden und Unterstützer mit ihren Familien und Freunden werden zusammen essen, Musik hören und einen Film über den Streik ansehen.

24. Streiktag – 18. Oktober 2006
In den frühen Morgenstunden wird den Streikenden der Kompromiss, der zwischen *BSH, IG Metall* und dem Betriebsrat in der Nacht geschlossen worden ist, präsentiert: Von den derzeit 616 Beschäftigten sollen 370 unter deutlich schlechteren Bedingungen bleiben; 30 sollen bei den Muttergesellschaften in Berlin untergebracht werden. 216 werden entlassen. Bis zum 31.7.2010 soll es keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Gleichzeitig haben die Verhandlungsführer der *IG Metall* unterschrieben, dass sie es ab sofort unterlassen werden, Protestaktionen gegen *BSH* außerhalb Berlins durchzuführen. Das offizielle Streikende wurde auf den 20.10.2006, 24 Uhr festgeschrieben.

Während der Ausführungen von Höbel werfen die Streikenden spontan ihre Streikwesten und Sticker auf die Bühne. Den ganzen Tag über finden sehr kontroverse Diskussionen statt. Die Belegschaft fühlt sich von den Verhandlungsführern und von der Streikleitung belogen. Die Wellen schlagen hoch, als Luis Sergio vorgibt, man habe die Zahlen der Demonstrierenden in der Streikzeitung zugunsten der Streikenden manipuliert.

Nachmittags herrscht ohnmächtige Wut, manchmal Rachefantasien oder Hoffnung auf Fortsetzung des Kampfes, andere reden sich das Ergebnis schön. Überwältigend aber der

Eindruck der Niederlage in den Augen selbst der Arbeiterinnen, die morgen mit Nein stimmen werden. Selbst die Wütenden sind absolut ratlos, was sie machen sollen, wenn die Abstimmung zu ihren Gunsten ausgeht, was zudem unwahrscheinlich ist.

Später begreife ich, dass in den diskutierenden Gruppen häufig ein Gewerkschafter (Verhandler, Betriebsrat, Gesandter) in der Mitte und Rede und Antwort steht. Ein bisschen Blitzableiter, Tröster, Beschwichtiger in einem. Darunter auch der BR-Vorsitzende von *CNH* und eine Kollegin von *CNH*, die Leute neben dem Tisch, an dem ich sitze, bespaßt: »Ich werde auch entlassen, aber ich bin mit unserem Ergebnis zufrieden. Mehr war nicht drin. Die Leute waren müde vom Streik. Einige hatten frisch gebaut und konnten sich den Streik nicht mehr leisten...« (Aber die Lohnkürzung oder Arbeitslosigkeit!)

25. Streiktag – 19. Oktober 2006

Die Streikenden sind mit der Einigung nicht einverstanden und machen ihrer Wut in einer heftigen Diskussion in der Streikversammlung Luft. Unter Applaus melden sich unerwartet viele zu Wort. Sie sind besonders zornig darüber, dass die Streikleitung und die *IG Metall* Hand in Hand die geplante Kundgebung in München vor der *BSH*-Zentrale abgesagt haben. Ein Arbeiter springt auf, reißt das Mikro an sich und erklärt, der Abschluss sei schlechter als das letzte Angebot von *BSH*, diesen faulen Kompromiss könne man nicht hinnehmen, es müsse weiter gestreikt werden. Vor allem könne ohne Vereinbarungstexte keine geheime Abstimmung stattfinden. Stehende Ovationen von 95 Prozent der Anwesenden. Nachdem Sergio erläutert, dass geheim abgestimmt werden müsse, er aber großzügigerweise die Abstimmung weiter nach hinten verschiebe und eine anschließende Versammlung zur Erläuterung der Vereinbarung zugesteht, beruhigt sich die Situation kurzzeitig. Eine Arbeiterin ranzt den Betriebsrat Demirci an, er habe gesagt, er würde mit dem Meier nie an einem Tisch sitzen, nun hätten aber beide unterschrieben. Demirci fühlt sich immer mehr fehl am Platz und wird immer mehr in die Ecke gedrückt. Die Situation eskaliert ein weiteres mal, als ein Arbeiter ihm an dem Kopf schmeißt, er sei nun selber ein Streikbrecher und müsse von der Abstimmung ausgeschlossen werden. Da rastet der Betriebsratvorsitzende aus, brüllt wie ein Elch los und erläutert seinen Werdegang: seitdem er 18 war, habe er gegen das Großkapital gekämpft, keiner könne ihm Streikbruch vorwerfen.

Dann gibt es eine Pause.

Danach wird die Vereinbarung Punkt für Punkt diskutiert. An Punkt 9 (»keine Protestkundgebungen außerhalb Berlins«) eskaliert die Situation endgültig: alle ArbeiterInnen im Zelt stehen auf und skandieren: »Arbeit für alle – Solidarität«, sie klatschen rhythmisch. Das Podium verliert zunehmend die Kontrolle, Höbel und Hager flüchten in die letzte Reihe. Mehrfach nach Redebeiträgen stehende Ovationen, »Wir wollen kämpfen« Sprechchöre, auf dem Podium wird ein »Sagt Nein«-Transparent aufgehängt und ein paar Minuten bejubelt. Die *Solidarnosc*-Fahne hängt wohl schon länger, fällt mir aber erst jetzt auf. Die ganze Steigerung aber merkwürdig zerrissen und etappenweise...

Die ArbeiterInnen fordern eine öffentliche, nicht geheime Abstimmung; die Gewerkschaft besteht auf ihren Statuten, aber schlussendlich sagt ein Gewerkschafter, das sei wohl ein eindeutiges Votum, den Streik nicht abzubrechen. Ein Redner, der auf dem Marsch dabei war, fragt zum Abschluss seines Beitrags, er habe noch eine Frage: wer ist für Fortführung des Streiks? Woraufhin sehr viele (nicht alle) die Hand heben, während sich keiner auf die Gegenfrage hin meldet. Noch später erklärt Güngör Demirci in der letzten von einem halben Dutzend persönlicher Erklärungen, dass der Betriebsrat durch Widerruf des arbeitsgerichtlichen Vergleichs über die in die Einigung eingefügte Klausel die ganze Einigung kippen könne, dass für ihn Mehrheit 50 Prozent +x heiße und er selbstverständlich auf der Seite der Belegschaft stehe. Am Ende der Versammlung steht er mit erhobener Faust auf der Bühne, während die Gewerkschafter betröppelt in der Gegend umherschauen. Demircis Erklärung wird von fast allen Teilnehmern der Versammlung mit stehendem Beifall begrüßt und akzeptiert. Das ganze Zelt bebt. Dann geht's in die Urabstimmung.

26. Streiktag – 20. Oktober 2006

Um 12 Uhr werden die Wahlurnen geschlossen. Die öffentliche Auszählung beginnt. Gegen 13.15 Uhr gibt Sergio das Wahlergebnis bekannt. Als er die Streikenden mit ›liebe KollegInnen‹ anredet, brüllen diese: Wir sind nicht die Kollegen von Streikbrechern! Er wiederholt seine Anrede nicht und teilt mit, dass Kranke, Urlauber und Streikbrecher nicht an der Wahl teilnehmen dürfen, sie aber laut Satzung automatisch als Stimme für das Tarifergebnis gezählt würden. Daraufhin bricht ein Tumult aus, Buh-Rufe... Laut Streikleitung gab es 539 Stimmberechtigte, davon stimmten 513 ab, was einem Prozentsatz von 95,8 Prozent entspricht. Davon waren 167 Ja-Stimmen (32,5 Prozent) und 344 Nein-Stimmen (67,5 Prozent). Zwei Stimmen waren ungültig.

Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses will Olivier Höbel etwas sagen. Als er auf die Aufforderung doch abzuhauen, sinngemäß antwortet »Ich gehe nicht«, ruft jemand: »Dann gehen wir!« – wenn irgendwas noch eine kleine Chance gerettet hat, dann war es diese Aktion mit dem Auszug. Mein Eindruck ist, dass die Wut zwar groß ist, die Ideen aber schwer zu finden sind. Die Idee mit dem »dann gehen wir« illustriert das: Aus dem Spruch von Höbel folgt die Umkehrung, folgt die Aktion. Mit einem anderen Spruch von Höbel hätte es ganz anders ausgehen können. Diesen poetischen Ideengenerationsprozess finde ich großartig, aber ohne ihn hätte es keine Idee im Saal gegeben, wie nun weiter. Das Zelt leert sich, *IG-Metall*-Funktionäre und Streikleitung bleiben mit der Presse alleine. Die Leute rufen im Hinausgehen: Wir streiken weiter! Solidarität! Kurz danach taucht eine Polizeistreife auf. Irgendjemand (mutmaßlich die *IG Metall*) muss sie gerufen haben.

Draußen wird überlegt, wie es jetzt weitergeht. Später schließt sich der BR-Vorsitzende der Menge an und gibt bekannt, dass er alles tun werde, damit der Streik fortgesetzt werden kann. Trotz des Ergebnisses werde er bei der Verwaltungsstelle und beim *IG Metall*-Vorstand durchzusetzen versuchen, dass politisch weitergestreikt wird. Er werde die drei Hauptforderungen der Belegschaft. kein Personalabbau, höhere Abfindungen und bessere Konditionen bei der Vorruhestandsregelung vortragen. Per Akklamation votieren die versammelten Streikenden ohne Gegenstimme dafür. Die Wahl einer neuen Streikleitung wird angekündigt, aber nicht durchgeführt. – **Danach ist Pause!** Es ist völlig unklar, wie es nun weitergeht. Dass Luis Sergio (und irgendwie auch Güngör Demirci, der zumindest nach jedem schriftlichen Verrat einen verbalen Widerruf leistet) nach all dem Bisherigen immer noch auf dem Podium stehen kann, spricht Bände. Die Pause direkt nach einer Entscheidung, die doch Klärungsbedarf hervorrufen müsste, ebenfalls.

IG-Metall-Sprecher Bernd Kruppa betont, dass die Vereinbarungen nach *IG-Metall*-Satzung akzeptiert seien. Die Beschäftigten von *BSH* wollen das nicht akzeptieren, ein Betriebsratsmitglied erklärt: Wenn die *IG Metall* uns nicht mehr unterstützt, werden wir den Kampf allein weiterführen.

Gegen Abend kommt die Nachricht, dass sich das höchste Gremium der *IG Metall* weigert, auf die Forderungen der Streikenden einzugehen. Wut und Hoffnungslosigkeit machen sich breit, viele fordern die Fortsetzung des Streiks ohne die *IG Metall*.

Wie aus dem Nichts tauchen nacheinander Wowereit, Gysi und Harald Wolf auf, um zu den Streikenden zu sprechen und sie zu beschwichtigen. Auch die Lieder von Dieter Dehm können die Belegschaft nicht beruhigen; er muss abbrechen, bevor ihm die Leute an den Kragen gehen.

21. Oktober – Die *BSH*-ArbeiterInnen gehen als Gruppe auf die *DGB*-Demo mit einem Transparent: »Wir wollen weiterkämpfen. Wo ist die IG Metall?« Sie dürfen auf dem Podium nicht reden.

24. Oktober

BSH eröffnet in Nauen eine neue Fertigungslinie für Waschmaschinen.

25. Oktober – Wiederaufnahme der Arbeit nach zwei arbeitsfreien Tagen.

Wildcat 74, Sommer 2005: »Sie fangen Mitte 2006 in Nauen an, in der Regel haben sie sechs bis zwölf Monate Probleme mit einem neuen Produkt. Deshalb sagte ich ja: vielleicht finden sie den ‚Kompromiss', hier noch etwas länger als bis Ende 2006 zu produzieren.« □

Thesen zum Streik

Erstens. Alle Kämpfe der Gewerkschaft enden mit einem Sieg – nur die Basis erlebt es anders.

Auch diesen Kampf hatte die *IG Metall* so angelegt (»gegen die Plattmacher«), dass sie den Abschluss als Erfolg würde verkaufen können: *BSH* hatte nie gesagt, sie wollten den Standort schließen! F&E sollte in Berlin bleiben; und bereits Ende Juni hatte man sich auf eine Teilfortführung der Produktion geeinigt. – Dass aber zwei Monate nach Streikende noch keine offizielle *IG Metall*-Dokumentation den Sieg verkündet, zeigt, dass irgendwas nicht planmäßig gelaufen ist.

Zweitens. Wie gegen Betriebsschließungen kämpfen? Was tun, wenn der Streik *an sich* dem Unternehmer nicht mehr weh tut?

Die ArbeiterInnen haben sich mit dem »Marsch der Solidarität« aus dieser Schlinge gezogen. Die Marke *Siemens* schlecht zu machen, zielt auf eine empfindliche Stelle: Firmen, die mit Produktionsverlagerung ins Ausland drohen und Konsumprodukte herstellen (vor zwei Jahren *Opel*, Anfang des Jahres *AEG*, nun Siemens...) sind auf den Absatzmarkt *BRD* angewiesen. Siemens hatte sehr aufmerksam den »*AEG*-Effekt« (zweistelliger Absatzrückgang nach dem Streik in Nürnberg) registriert, die eigene Marke hatte schließlich davon profitiert.

Drittens. Die ArbeiterInnen sind sozusagen hinter ihrem Rücken in die Offensive gekommen.

Die *IG Metall* hatte sie nach Kamp-Lintfort geschickt – dort kam es zur spontanen Verbrüderung auf der Straße. Ein Funke ans Pulverfass: die Mischung aus Arbeitsplatzabbau und Lohnsenkungen einerseits, Korruption und Selbstbedienungsmentalität in den Vorstandsetagen andererseits ist explosiv. Der Marsch der *BSH*-ArbeiterInnen hatten begonnen, betroffene Belegschaften an der Basis zusammenzuführen; eine gemeinsame Arbeiteraktion in München hätte eine gewaltige Signalwirkung gehabt.

Viertens. In denselben Tagen hatten die Streikenden endlich begonnen, den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen.

In Berlin hatten sie sich geweigert, eine Streikgasse freizumachen. Im Bus hatten sie die Gewerkschaftsroute verlassen und eine *Kreativgruppe* gebildet. Vor dem Hintergrund der Solidarisierungsdynamik Richtung »München« hat »das bißchen« ausgereicht, um aus dem scheinbar aussichtslosen Kampf eine Bedrohung zu machen.

Zu »dem bisschen« ist übrigens jede gegen Schließung kämpfende Belegschaft in der Lage: ein paar tausend Euro und 40 Leute, die bereit sind, eine Woche im Bus zu anderen Betrieben zu fahren.

Fünftens. Als am 31. Mai 2005 die ArbeiterInnen von *BSH* mit zwölf Bussen nach München fuhren, ließen die Manager vor Angst die Bilanzpressekonferenz ausfallen. 2006 war *Siemens* noch viel mehr unter Druck: Korruptionsaffäre, *BenQ*, 30-prozentige Erhöhung der Vorstandsgehälter... Und nun stand ihnen eine *gemeinsame* Demo ins Haus! Wie es einer in der Streikversammlung ausdrückte: »wir waren dabei, die Hand an die Gurgel des *Siemens*-Konzerns zu legen. Und die Gewerkschaft hat uns auf die Finger gehauen.« Es ist die politische Funktion von Gewerkschaften, direkte Konfrontationen zwischen ArbeiterInnen und Unternehmern abzufangen. Das macht man mit Statuten und geheimen Wahlen, notfalls mit Erpressung und Fakten schaffen: Noch in der Verhandlungsnacht wurde Punkt 9 der Vereinbarung umgesetzt, »München« abgesagt und der Bus zurückbeordert.

Auch für die Gewerkschaften selber war »München« brisant, weil es unmittelbar vor den bundesweiten *DGB*-Demos am 21.10. eine Kampflinie vorgegeben hätte. Kämpfende Belegschaften, die ihre Aktionen spontan verbinden, lösen eine Dynamik aus, die schwer zu kontrollieren ist.

Sechstens. Sobald der Kampf Stärke gewinnt, tritt der Unternehmer in Verhandlungen. Damit spaltet er die Streikenden (»höchstens 30 Prozent würden [zum Erhalt des Arbeitsplatzes] schlechtere Bedingungen akzeptieren« *Wildcat* 74 – diese 30 Prozent haben die Urabstimmung »gewonnen«!). Solange er jede Verhandlung ablehnte, hatte er die ArbeiterInnen vereinigt und man konnte die Abfindungsforderungen hochschrauben. Für den Kampf musste eine *bewusste* Einheit hergestellt werden. Das ging nur über die Forderung »keine Kündigung!« Das Üble am Kampf gegen Betriebsschließungen: ein Meister hat mehr Interesse, seinen Arbeitsplatz zu erhalten, als ein Bandarbeiter.

BSH Bosch Siemens Hausgeräte beschäftigt in der BRD noch rund 14 000 Menschen, größtenteils an den sieben Fertigungsstandorten in Traunreut, Dillingen, Giengen, Bretten, Bad Neustadt/ Saale, Berlin und Nauen. Weltweit hat der Konzern mehr als 37 000 Beschäftigte in 40 Ländern.

BSH Spandau/Berlin – 2006 noch 1024 Beschäftigte. In der Fabrik (*fbw* - fabrik waschen berlin) werden seit 1953 Waschmaschinen hergestellt, 2006 arbeiteten dort noch 566 ArbeiterInnen. Außerdem befindet sich auf dem Gelände die Abteilung *pw* (Entwicklung, Controlling, Qualitätsmanagement, Einkauf und Informationstechnologie) mit 345 Angestellten, sowie das Regionallager Nord für Fertiggeräte und ein Lieferzentrum zum weltweiten Versand mit 55 ArbeiterInnen.

BSH Hausgerätewerk Nauen GmbH – 35 km vom *fbw* entfernt. Der Fertigungsstandort Nauen wurde in den 90er Jahren mit gewaltigen Subventionen hochgezogen; rechtlich gehört er nicht zum Konzern BSH, so dass dort keine Tariflöhne bezahlt werden müssen. Er umfasst zwei Fabriken, die seit 1994 Waschmaschinen und Wäschetrockner herstellen. Langfristig ist er wohl eher als logistischer Standort wichtig.

BSH Fabrik Dillingen (FDG) (im Nordwesten Bayerns), ca. 900 Beschäftigte
1960 wurde der Standort von Bosch gegründet. Weltweit verantwortliches Entwicklungs- und Kompetenzzentrum für Geschirrspülmaschinen.

BSH Fabrik Giengen (FGK), ca. 2200 Beschäftigte
Die Fabrik in Giengen wurde 1944 gegründet. Die Produktion von Kühl- und Gefriergeräten begann 1949. Alle Entwicklungs- und Forschungsaktivitäten für die Kältegeräte der *BSH* werden von hier aus weltweit koordiniert und betreut.

BSH Bad Neustadt (Nordbayern) – Die Fabrik wurde 1937 gegründet und gehört seit 1996 zu *BSH*. Bad Neustadt ist das größte Staubsaugerwerk Deutschlands. Am Standort befindet sich auch das Kompetenzzentrum Bodenpflege, das weltweit für Entwicklung, Innovation und Qualität verantwortlich ist.

Werk in Polen: Łòdz (2005)

Werke in der Türkei: Istanbul und Çercezköy (1995)

Siebtens. Wie kann man auf die Idee kommen, den Kampf für »keine Kündigung und keine Verschlechterung der Bedingungen« an die *IG Metall* zu delegieren? Sie hat doch immer Arbeitsplatzabbau *und* Verschlechterung der Bedingungen moderiert (*BenQ*). Weil es im *BSH* so gut wie keine unabhängigen Arbeiterstrukturen mehr gibt! Die Aktiven waren damit ausgelastet, den Streik zu stabilisieren und hatten keine Kraft, sich um Flugis, Streikzeitung, Demos ... zu kümmern.

Die Gewerkschaft findet da ihre Existenzberechtigung: Schwache ArbeiterInnen zu beschützen (Sergio im Streikzelt: »wir haben die Zahlen nach oben frisiert«). Und umgekehrt sieht sie in der Unabhängigkeit der ArbeiterInnen eine Existenzbedrohung (Olivier Höbel: »Wenn Ihr nicht zu streiken aufhört, werden wir nie wieder von Schließung bedrohte Belegschaften zum Streik aufrufen!«).

Achtens. Die ArbeiterInnen haben im Kampf sehr viel gelernt. [Deshalb beschränken wir uns auf diese Thesen und geben ihnen gleich das Wort.] Aber diese Erfahrungen lassen sich nicht bündeln, wenn jetzt vor allem die aktive Generation das Werk verlässt. Die Hoffnung, die einer im Gespräch ausdrückt: »sie werden irgendwann woanders anfangen und dann ihre Erfahrungen einbringen«, würde ja nur stimmen, wenn sie in nächster Zeit wieder im Kampf stünden.
Die Aussichten darauf haben sich allerdings – rein statistisch gesehen – deutlich verbessert (die Anzahl der Streiks hat deutlich zugenommen).

Neuntens. Wie bei den Streiks im Frühjahr im Öffentlichen Dienst, so auch jetzt: Die ArbeiterInnen blockieren siebeneinhalb Wochen lang die Produktion und stehen fast vier Wochen davon vorm Tor – und fast niemand kommt – weder aus anderen Betrieben, noch aus der linksradikalen Berliner Szene... (Kämpfe um) die Bedingungen der Verausgabung von Arbeitskraft werden nicht als etwas Politisches verstanden. Streiks müssten diesen Raum erst wieder öffnen. Nur ein »Arbeiterkampf«, der weder die »allgemeinen Interessen vertritt« noch in ein paternalistisches Betreuungsschema passt, kann das heutige Politikverständnis aufbrechen. Nur ein offensiver, »egoistischer« Kampf für die eigenen Interessen trägt das Potenzial in sich, die Isolierung der Kämpfe voneinander zu überwinden und die Welt zu verändern.

Zehntens. Die Phase der »außerordentlichen Betriebsversammlung« und die ersten zehn Tage im Streik wurden verschenkt. Es wurden weder Kontakte zu anderen Betrieben aufgebaut, noch eine Außenwirkung auf mögliche UnterstützerInnen. *IG Metall*-Klamotten und -Flugis wie auch die selber gemalten Transpis (»wir wollen arbeiten!«) haben Leute eher frustriert, die nach Spandau gefahren waren, um zu unterstützen. Das tapfere Aufbäumen gegen den Abschluss kam zu spät - man hätte sich monatelang vorbereiten müssen, Bündnispartner aufbauen, Kontakte knüpfen...

Elftens. Ein paar einfache Regeln – die immer wieder vergessen werden: Keine Einzelpersonen zu Verhandlungen schicken. Keine Urabstimmung, bevor man verloren hat. Entscheidungen gemeinsam fällen. Kontakte selber herstellen. Transparente selber malen. Flugis selber schreiben... *Wer erstellt eine Streikfibel:* »Das 1x1 für Streikanfänger«?

Zwölftens. Was können *wir* bei einem solchen Streik von außen tun?
Hingehen und mit den Leuten reden. Hilfe anbieten. Ideen aufnehmen und daraus z.B. ein Flugi machen (den Leuten eine Stimme geben). Gespräche haben auch ganz banal die Funktion, den Streikenden ein Spiegel zu sein.

Wer mehr tun will, kann Plakatieren gehen, Spuckis auf Siemens-Geräte in Verkaufsräumen kleben, Flugis vor JobCentern, auf Wochenmärkten, in Öffentlichen Verkehrsmitteln verteilen. Man kann sich auch als »Kollege« einbringen; Studierende und Profs können z.B. (nachts) Seminare zur Unterstützung (der Nachtwache) vor dem Fabriktor abhalten; SchülerInnen können an ihren Schulen Flugis verteilen und aufrufen, zum Tor zu gehen und sich an den Demos zu beteiligen. Leute in anderen Betrieben können Kontakte herstellen und ihre KollegInnen mit zum Tor schleppen... ■

Gespräch mit einem Kollegen aus dem BSH

Der Streik

Am 6. September haben wir mit »Betriebsversammlungen« angefangen und damit die Produktion lahmgelegt, am 25. September haben wir das Tor besetzt, damit hat der Streik offiziell angefangen. Es war nicht geplant, drei Wochen lang Betriebsversammlung zu machen, wir hatten gedacht, nach drei Tagen gehen uns die Themen aus. Der BR-Vorsitzende hat fast jeden Tag 45 Minuten bis eine Stunde geredet, zwei Berater vom Betriebsrat auch jeweils eine halbe bis dreiviertel Stunde. Der Betriebsrat hat etliche BR-Vorsitzende von anderen Werken eingeladen, Politiker, Hartz IV-Berater, Steuerberater ...

... der auseinandergenommen hat, wieviel von der Abfindung bleibt...

Der wollte was über Abfindung und Steuern machen. Um wochenlang jeden Tag eine achtstündige Betriebsversammlung rumzukriegen, war uns alles recht, selbst Steuerberater... Und dann hat er so einen Mist erzählt und den Leuten Angst gemacht – war ja nicht alles falsch, von 80 000 Abfindung gehen 20 000 auf jeden Fall weg!

Eigentlich sollte der Streik am 18. September. Als er dann endlich anfing, waren schon alle Themen dreimal diskutiert worden. In den ersten Streiktagen hatten wir nix mehr zu diskutieren, da haben wir Filme gezeigt, jeden Tag Streikfilme.

Aber auf den Betriebsversammlungen hattet Ihr doch auch schon Filme gezeigt?

Ja! *Infineon*-Streik, *AEG*-Streik, diesen *Interconti*-Streik, wo sie drei Jahre lang in Mexiko gestreikt haben... Wir haben auch die Leute von der *Charité* eingeladen, die haben auch zwei, drei Stunden gesprochen.

Hat das was gebracht? Sind die dann auch gekommen, als Ihr gestreikt habt?

Wir wollten mit der *Charité* und den Eisenbahnern zusammen eine gemeinsame Betriebsversammlung vorm Brandenburger Tor machen. Dann wurde der *Charité*-Streik abgesagt, und die Eisenbahner sind irgendwie untergetaucht... Als wir gestreikt haben, sind die Charitéler nicht gekommen. Trotzdem hat es was gebracht, denn Leute, die noch nie gestreikt haben, auf einen Streik vorzubereiten, ist nicht so leicht. Je mehr Leute von außen kamen, desto mutiger wurden unsere Kollegen: ›wir sind nicht allein! wir können es schaffen!‹

Ihr habt wenig Unterstützung gekriegt...

Von den meisten Betrieben sind nur Delegationen, nur Vertreter gekommen. Wenige Arbeiter aus anderen Werken, eigentlich nur von *CNH*, von denen waren vier, fünf Leute oft da. Ein Betriebsrat von *BMW* war fast ständig da. Aber z.B. von *Osram* waren nur zweimal zwei Betriebsräte da! Insgesamt hatten wir mehr erwartet. Wir haben von den Betrieben sehr wenig Unterstützung gekriegt.

Warum war das so?

Ich glaube, das ist die allgemeine Stimmung: Jeder stirbt für sich. Wenn *BMW* gestreikt hätte, wären vielleicht von uns auch nur fünf hingegangen. Als sie bei *CNH* gestreikt haben, sind aus unserem Betrieb auch nicht mehr als zehn Leute hingegangen. Wenn jetzt irgendwo gestreikt wird, würden von *BSH* vielleicht 30 bis 40 Leute hingehen und das unterstützen. Aber das sind Erfahrungen, die während des Kampfs entstehen, dass man auch selber Hilfe braucht und anderen helfen soll. So wie die von *CNH* zu uns gekommen sind; vorher wusste ich nicht mal, dass es diese Fabrik gibt, die hat man nie bei Mobilisierungen gesehen! Viele sind durch den Streik schon ein bisschen politisiert worden. Die wissen jetzt, wo sie stehen und wo das Kapital steht und wie die Zusammenhänge sind. Einige haben die ersten Tage richtig Schiss gehabt, ›okay, ich möchte streiken, aber der Arbeitgeber soll mich nicht dabei sehen‹. Diese Hemmung war später weg, und dieselben Leute waren in der zweiten Woche, als Streikbrecher kamen, ganz vorne. Andere haben sich geschämt, als sie zum ersten Mal in ihrem Leben Flugblätter verteilt haben – und auf einmal war's ganz logisch, dass man Flugblätter verteilt. Solche praktischen Sachen, das sitzt jetzt bei den Leuten.

Wo kamen die Ideen her? Sind alle Aktionen von der Streikleitung ausgegangen?

Ja, das hat die Streikleitung organisiert. Nauen zu blockieren usw. Manchmal sind auch Sachen einfach so passiert. Zum Beispiel sind KollegInnen zu *Osram* gegangen; das haben sie vorher abgesprochen. Zweimal wurden auch in Nauen Flugis verteilt, ohne die Streikleitung zu fragen...

Habt Ihr durch die Flugis und die Blockade-Aktion nun endlich Kontakte in Nauen gekriegt?

Nachdem sie in Nauen 600 Leute rausgeschmissen haben, sind jetzt mehr als 50 Prozent über Sklavenhändler im Betrieb, denen geht das alles am Arsch vorbei. Der Rest sind Angestellte, oder Leute, die irgendeine Position haben. Nein, wir haben keine Kontakte dorthin.

Eure Streikleitung war eher durch Zufall entstanden...?

Im August, als 70 Prozent der Leute im Urlaub waren, musste eine Streikleitung gebildet werden, um Forderungen aufzustellen. Die *IG Metall* hat eine Mitgliederversammlung gemacht, zu der kamen nur 38 Leute. Von denen haben sich 15 zur Wahl gestellt und sind alle gewählt worden. Das ging eher nach Quote: ein Pole, zwei Frauen, eine Angestellte, eine Gewerbliche usw..

Gab es neben der Streikleitung andere Gruppen? Haben sich z.B. die Polen untereinander abgesprochen? Die Vietnamesen?

Nö. Teilweise haben Leute Vorschläge eingebracht. Die deutschen Facharbeiter haben z.B. vorgeschlagen, eine Musikgruppe zu bilden, die auf dem Kudamm spielt, um auf uns aufmerksam zu machen. Aber das wurde nicht umgesetzt. Alle haben irgendwie mitgemacht, aber nicht so eigeninitiativ. Teilweise ist das BSH-Tradition: wenn man sie aufruft, machen sie mit! Das ist bisschen komisch, wenn man das mit anderen Fabriken vergleicht.

Warum haben die Leute, die auf der Betriebsversammlung geredet haben, dann am Anfang im Streikzelt wieder den Mund gehalten?

Vielleicht war ihr Ziel *Streiken* – mit dem Streik war das Ziel erstmal erfüllt, und alle waren happy. Es gab ja erstmal keine weiteren politischen Ziele. Den Leuten ging es gut, sie hatten zu essen, gutes Wetter... Du hast es ja mitbekommen: am Anfang war keine so richtig kämpferische Stimmung. Das kam erst in den letzten Tagen, da haben dann viele gesprochen. Vorher wurde der Streik so geführt wie eine Betriebsversammlung. Politiker kamen vorbei, wurden beklatscht, »Kollegen, seid schön brav! die könnten uns vielleicht helfen« (lacht)

Was habt Ihr außer Streikzeitung, Website und Marsch der Solidarität noch gemacht? Wie viele Leute haben bei solchen Aktionen mitgemacht?

Vor dem Streik hatten wir bereits einen Autokorso und eine Kundgebung vor der Siemenszentrale gemacht. Während des Streiks haben wir Wäsche gewaschen auf dem Kudamm und zweimal vor Elektroläden Flugblätter verteilt, in ganz Berlin, *Saturn*, *MediaMarkt*, *Karstadt* usw. In Siemensstadt haben wir morgens in den U-Bahnen an die Leute auf dem Weg zur Arbeit Flugblätter verteilt. Und an der Ampel vorm Tor haben wir natürlich jeden Tag sehr viele Flugblätter verteilt. Wir haben gesagt: »wer macht mit? 30-40 Leute brauchen wir.« Dann haben sich 30-40 gemeldet. Es war nicht so, dass die Leute nach Aktionen geschrien haben! Manchmal kamen für eine Aktion nur zehn Leute zusammen.

Waren das immer dieselben?

Flugis verteilen gegangen sind eher Facharbeiter, Elektriker, Schlosser – von denen wir eigentlich gedacht hatten, ›vielleicht streiken die gar nicht mit‹ oder so – und Montierer. Am Waschtag waren zwei Betriebsräte, Montierer, zwei, drei Facharbeiter und einige Frauen... Eine andere Zusammensetzung als beim Flugblattverteilen.

Wie viele Leute haben überhaupt gestreikt?

470 von insgesamt 1000 haben Streikgeld bekommen. Die erste Woche war schlimm, viele haben einfach nach Möglichkeiten gesucht abzuhauen! Der Streik, das Postenstehen usw. blieb an 150 Leuten hängen. Einmal waren 100 Leute als anwesend eingetragen, und nur 20 Leute waren da. Nachmittags kamen wir mal von einer Aktion zurück, und es waren nur zehn Leute da. Viele hatten bis dahin den politischen Sinn des Streiks überhaupt nicht verstanden. ›Hauptsache, ich hab unterschrieben und krieg mein Geld; der Rest interessiert mich nicht.‹ Dann wurde eingeführt, dass man beim Kommen und beim Gehen beim Gruppenführer unterschreiben muss.

Was war die positive Überraschung beim Streik?

Dass viele, von denen man nicht erwartet hatte, dass sie überhaupt beim Streik teilnehmen, sehr aktiv waren! nie in ihrem Leben an einer Demo teilgenommen oder Flugblätter verteilt! Dass sich die Facharbeiter eingebracht haben, war wichtig. Die hatten vorher noch nie in ihrem Leben an einer Demo teilgenommen oder Flugblätter verteilt. Außerdem die Polen; sie haben ein deutliches Klassenbewusstsein, sind nicht unbedingt Linke, aber sie können die Klassen auseinanderhalten. Von vielleicht 100 Polen im Betrieb waren 80 richtig aktiv im Streik.

Haben auch Leute gestreikt, die nicht in der IG Metall sind?

Ein paar. Viele Nicht-Mitglieder haben sich krank schreiben lassen, sehr wenige haben mitgemacht. Die Angestellten haben entweder gearbeitet oder ihre ganzen Urlaubsansprüche verbraucht. In Nauen haben sie glaub ich nur 120 oder 150 Leuten Arbeit anbieten können.

Wie lief es mit der Streikzeitung? Das war doch ne Idee von der IG Metall?

Ja, das ist jetzt Standard bei Streiks. Aber die *IG Metall* hat sie von Anfang an sehr oft zensiert. Einer hat z.B. mal im Streikzelt auf die Frage, wie lange wir streiken würden, geantwortet: ›Ich hab schon einen Tannenbaum bestellt, keine Angst!‹ Das hatten die auch so in die Streikzeitung geschrieben, mussten es aber rausnehmen.

Die IG Metall hat das Geld gegeben, die üblichen Streikklamotten und Fahnen angeschleppt...

Ja, am ersten Tag haben sie alles hingestellt. Sergio war jeden Tag da, die anderen kamen nur zwei- oder dreimal, um im Streikzelt zu reden. Auf den Streikversammlungen konnte jede/r reden, ob jetzt die *MLPD* mit ihrer Montagsdemo kam oder sonst wer.

Es hat aber eine andere Außenwirkung, ob du überall die IG Metall-Fahnen hinstellst, IG Metall-T-Shirts trägst, die üblichen »Arbeit-Arbeit-Arbeit!« malst oder ob du das selber in die Hand nimmst!

Diese T-Shirts haben sie drucken lassen, wollten dann aber 10 Euro pro Stück haben. Dann haben wir sie genommen und gesagt, wir zahlen dafür nix, haben sie aber für 5 Euro verkauft und das Geld in die Streikkasse getan.

Für viele Leute war wichtig, dass die *IG Metall* zum Streik aufruft, weil du dann keine Angst hast, ob du am Monatsende deinen Lohn bekommst oder nicht – die Gewerkschaft war dein Arbeitgeber. Und viele, die überwiegende Mehrheit, haben gesagt: ohne die schaffen wir es sowieso nicht.

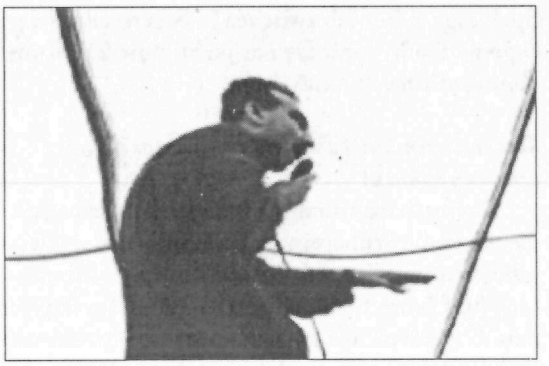
Was hat der Streik diesbezüglich bewirkt? Haben ein paar Leute gemerkt, dass 500 Leute mehr erreichen können?

Ein paar der aktiven KollegInnen sagen: Die wollten nicht, es war viel möglich, aber die *IG Metall* wollte nicht.

Das Ende

Wann habt Ihr mitgekriegt, dass verhandelt wird?

Schon am Freitag! Die haben nicht gesagt, *was* sie tun, aber sie haben gesagt, es gäbe ›Gesprächssignale‹, höchstwahrscheinlich werde Dienstag abgeschlossen, aber keiner sollte das erfahren, es könn-



te ja scheitern. Eine Woche vorher war in Berlin Siemens-Aufsichtsratssitzung; dort sitzt auch Huber drin. Ich glaube, damals wurden bereits die Eckpunkte einer Einigung festgehalten. Es war ja auch komisch, dass der Arbeitgeber erst so spät einen gerichtlichen Antrag auf eine Streikgasse gestellt hat. Die hätten sie in drei Tagen durchhaben können, sie haben es aber zwei Wochen lang laufen lassen und erst in der dritten Woche vor Gericht den Antrag gestellt.

Trotzdem habt Ihr Euch nicht auf den Verrat vorbereitet!

Am Montag hat einer von uns auf der Versammlung im Streikzelt öffentlich gesagt: ›Leute, morgen wird verhandelt.‹ Da haben die Leute sofort gefragt: ›Was ist mit München??!‹ Und *IG Metall* und BR haben versichert: ›egal, was für einen Abschluss es gibt, wir fahren auf jeden Fall nach München! Wenn die Arbeitsplätze gerettet werden, fahren wir hin, um uns zu bedanken‹ oder solchen Quatsch. Am nächsten Tag haben sie es abgesagt. Das war einer der Hauptkritikpunkte von den Leuten: ›Ihr habt uns belogen!‹

Die Streikleitung hatte 9:6 für das Ende des Streiks gestimmt...

Ja. Der BR-Vorsitzende ist drin, sein Stellvertreter. Ein Meister, zwei deutsche Frauen, die unbedingt arbeiten möchten. Vor allem Leute, die die Kündigung sowieso nicht trifft und Leute, die Interesse dran haben, dass es das Werk weiterhin gibt, egal unter welchen Bedingungen. Denen war egal, ob 216 gehen müssen.

Durften bei der Abstimmung Streikbrecher teilnehmen?

32 Prozent haben »ja« gesagt, es war keine Manipulation. Mit diesen 3 Prozent Streikbrechern sind sie auf 35 Prozent gekommen. Die Ja-Sager haben meistens am Freitag abgestimmt. Viele, die im Zelt geschrien haben, haben trotzdem mit »Ja« gestimmt und nachher mehr geschrien als die anderen, um nicht aufzufallen. Es war auch teilweise nicht möglich, offen zu sagen: ›Ich stimme mit Ja.‹ Das ist immer noch so. Es gibt immer noch eine

Spaltung im Betrieb zwischen Ja-Sagern und Nein-Sagern. ›Du hast mit Deiner Ja-Stimme 216 Kündigungen zugestimmt!‹.

Was wäre ein Streikziel gewesen, das Ihr hättet erreichen können?

Dass es keine Kündigungen gibt! Das haben die Leute von vornherein gesagt. Und keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Mindestens fünf Jahre Standortsicherung mit Investitionen. Das haben alle gesagt: ›wenn sie nicht investieren, kommen sie nach zwei Jahren wieder und wollen dicht machen.‹ Deshalb war allgemein im Streik die Einschätzung: ›diesmal sind wir stark, diesmal müssen wir alles durchziehen‹.

Nach dem Streik

Wie sieht es im Moment im Werk aus?

Der Krankenstand pendelt zwischen 30 und fast 40 Prozent.

Laut Vereinbarung muss die Einigungsstelle am 15. Dezember fertig sein, schaffen sie das?

Der Druck der Arbeitgeber und der *IG Metall* ist sehr groß, das durchzuziehen. So einen Mist könnten sie nirgends mehr durchsetzen, wenn sie das hier nicht durchkriegen. Bis zum 31.1. muss alles geklärt sein.

Die Gewerkschaft war mindestens eine Woche lang damit beschäftigt, den Streik abzuwürgen. Olivier Höbel hat am Ende sogar gedroht: ›Wenn Ihr nicht aufhört zu streiken, werden wir nie wieder von Schließung bedrohte Belegschaften zum Streik aufrufen!‹ Das war keine leere Drohung, eine Gewerkschaft, die zum Streik aufruft, muss garantieren können, dass sie ihn auch beenden kann.

Die *IG Metall* hatte gemerkt, dass der Streik ihrer Kontrolle entgleiten könnte und hat ihn auch deshalb beendet. Die hatten unterschätzt, dass im Streik alles sehr anders wurde als vor dem Streik. Dabei waren zwei Sachen wichtig: die große Solidarisierung in Kamp-Lintfort und dass wir keine Streikgasse bilden wollten. Da hat die *IG Metall* Schiss gekriegt! Wir haben im Streikzelt gesagt: ›Wir bilden keine Gasse!‹ Bei jedem Verstoß sollten sie 25 000 Euro zahlen oder so, da haben wir gesagt: ›Das interessiert uns nicht! Wir lassen keinen rein.‹ Da hat die *IG Metall* schon kalte Füße bekommen. Ab montags um 6 Uhr haben wir alles dicht gemacht. Es ist aber keiner gekommen von den Arbeitgebern, das hat uns sehr gewundert. Später hab ich gehört, dass es da schon fest stand, dass am Dienstag verhandelt wird. Die *IG Metall* hatte wohl mit dem Arbeitgeber abgesprochen, dass sie nicht provozieren sollten, indem sie die Gasse durchzusetzen versuchen.

Schon vier Tage vorher hatte ihnen die spontane Verbrüderung in Kamp-Lintfort gezeigt, dass da was aus dem Ruder zu laufen drohte...

Es war ja nicht so, dass wir nicht gewarnt worden wären! Vor *AEG* kamen Arbeiter zu uns: ‹Die werden Euch verarschen! Passt auf!‹ Leute von *CNH* haben uns das gleiche erzählt. Aber man kämpft mit der *IG Metall* nicht auf gleicher Augenhöhe, es war unser erster Streik, und das war deren hundertster Verrat, die wissen, wie man das macht. Hätten wir vielleicht 20 Leute unter uns gehabt, die wie bei *AEG* von der *IG Metall* verarscht worden sind, wäre die Sache anders ausgegangen. Ein zweites Mal würden wir uns wahrscheinlich nicht verarschen lassen.

Ihr kriegt keine zweite Chance, das ist die Scheiße! Die bei AEG würden sich auch kein zweitens Mal verarschen lassen...

Aber unser Problem war: wenn die *IG Metall* nicht zum Streik aufruft, hätten wir uns den Arsch aufreißen können – hätten die Leute gestreikt? Nein! Das haben wir nicht hinbekommen. Wenn wir selber stark genug wären, hätten wir die sowieso nicht gebraucht. Wir haben den Streik nur zustande bekommen, weil sie legal dazu aufrufen konnten.

Es ist immer sehr schwierig, gegen Betriebsschließungen zu kämpfen. Normalerweise liegt die Macht darin, dass man streikt...

Wir sind in modernen Zeiten: vor dem Fabriktor gewinnst du keinen Streik! *Öffentlichkeit* reißt auch nix rum; Autokorsos oder Demos zum Roten Rathaus haben kaum was gebracht. Sie haben vor allem Schiss, wenn man zu anderen Betrieben geht, und noch mehr, wenn man konzernweit was auf die Beine stellt. Z.B. *Siemens*, konzernweit, oder mit *BenQ* zusammen, da haben beide Seiten Riesenschiss, *IG Metall* und Arbeitgeber, dass sie das nicht mehr kontrollieren können. Zu 500 Leuten können sie sagen, ›Ihr könnt uns am Arsch lecken, der Streik ist zuende, geht arbeiten!‹ Aber bei 10 000 wäre das nicht möglich.

Zuweilen hatte man auch das Gefühl, dass der Glaube an die Führer in diesem Streik wieder viel stärker bestimmend war als in den letzten Jahren. Diese Riesenwut: ›die haben uns verraten!‹ ist ja auch die andere Seite davon, dass man vorher ganz viel erhofft hat von diesen Führern.

Am Anfang war der Glaube an den Betriebsrat und die *IG Metall* sehr groß. Dieses Vertrauen ist jetzt weg. Es war für die *IG Metall* unerwartet schwierig, unseren Streik auszulöschen, aber sie ha-

ben es trotzdem hinbekommen. Der Kontrollmechanismus über die Klasse funktioniert noch sehr gut, egal, ob er von örtlichen Betriebsräten ausgeübt wird oder von Gewerkschaften. *Mit Worten* konnten wir das Vertrauen der Leute in die *IG Metall* nicht brechen. Aber die *IG Metall* tut das mit Taten, das ist auch ein Mittel zur Politisierung.

Der ganze Mist ist vor dem Streik passiert

Die Gewerkschaft hatte einen Sozialtarif gefordert; damit kann man einen legalen Streik führen. Ein Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze lässt sich so aber nicht führen, da ein Sozialtarif zwangsläufig die Frage von Abfindungsregelungen behandelt.

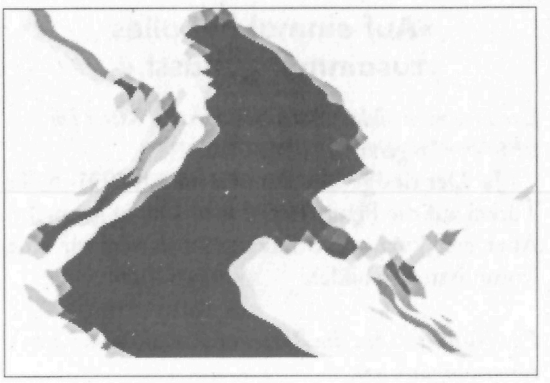
In den Verhandlungen vor dem Streik bis zum Juni oder August hat man dem Unternehmer nach und nach den ganzen Tarif zum Geschenk angeboten. Damals haben sie immer behauptet: ›die werden sowieso dicht machen, wir müssen alles anbieten, damit wir in der Öffentlichkeit gut da stehen.‹ Und deshalb haben sie auch die Unterhosen angeboten. Der ganze Mist ist vor dem Streik passiert! Der Unternehmer wusste von vornherein, was er kriegt, sobald er sich an den Tisch setzt. 40-Stunden-Woche, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld ... war ja alles schon angeboten!

Du hast am Ende vom Streik mal gesagt: die letzten Tage waren so schön, da hat sich die ganze Plackerei gelohnt. 20 Jahre geschuftet, dass ich das erleben durfte...

Gelohnt in dem Sinne, dass die Leute alles selber bestimmt haben und auf keinen gehört haben, ob das jetzt ein Betriebsrat, der Vorsitzende vom BR, oder die *IG Metall* war, sie haben immer dagegen gehalten und die Geschichte selber bestimmt. Die *IG Metall* hat *Schluss* gesagt, und die Leute haben sich widersetzt.

Gibt es jetzt mehr Vertrauen in sich selber?

Früher war ein Streik eine Illusion, jetzt ist er zu einer normalen Sache geworden. In dem Sinne, ja! Das Ergebnis, das jetzt da ist, hätten vielleicht vor dem Kampf viele akzeptiert. Aber im Streik hat sich eine Eigendynamik entwickelt, viele sind aus sich rausgegangen. Ich hab mal mit zwei, drei Älteren gesprochen, die haben mir gesagt: wenn man mir vor zwei Jahren gesagt hätte: Du stehst vorm Werk und blockierst das Tor, hätte ich den ausgelacht. Was doch noch möglich ist im Leben! (lacht) Der eine hatte noch nie an einem Warnstreik teilgenommen – aber jetzt im Streik hat er mit uns zusammen das Tor blockiert. Die Leute sehen, dass es was Tolles ist, wenn man gemeinsam was macht. Zum Beispiel hat die Nationalitätenfrage während des Streiks überhaupt keine Rolle gespielt. Auf



Arbeit ist das anders, da sitzen die Kurden, Türken, Deutschen, Vietnamesen oder Polen getrennt in ihren Pausenecken. Wenn es keine Kündigungen gäbe, könnte man jetzt nach dem Streik sehr schön was aufbauen. Man hat neue Leute kennengelernt, weiß, wer was kann. Es wäre ein sehr fruchtbarer Boden, in den man was pflanzen könnte... Aber diese 500 Leute bleiben ja nicht lebenslang arbeitslos, die werden irgendwo anfangen. Darum geht es jetzt.: wie bringen sie ihren Kampf weiter voran, und erzählen woanders davon?

Wie geht's weiter?

Nach jedem Streik gibt es eine Diskussionen, was man hätte besser machen können; wie kann man für die Zukunft lernen. Das Problem ist, dass kein Austausch stattfindet. Zum Beispiel wird es vielleicht irgendwann mal *VW* treffen, aber jetzt haben die *VW*-Leute kein Interesse, sich unsere Erfahrungen aus dem Streik und wie wir verraten wurden, reinzuziehen. Damit das in Zukunft nicht nochmal passiert.

Wir müssen den Streik jetzt politisch auswerten: Was haben wir erreicht? was haben wir verpennt? Ich finde, der Marsch der Solidarität ist eine neue Kampfform. Wie kann man das ausweiten? Es muss ja nicht immer mit einem Bus sein, aber eher Aktionen außerhalb, nicht direkt vorm Tor, welche Kampfformen kann man da anwenden? Wie kann man's besser machen? Wenn man mit dem Bus irgendwo hinkommt, dann sollte man dort bleiben, Leute zu einer Diskussionsrunde einladen. Dann kann man politisch diskutieren und weitere Schritte absprechen. Nicht: einmal vor dem *AEG*-Werk auflaufen, klatsch-klatsch, und dann tschüss! Man muss unbedingt in der Stadt was veranstalten: mittags Kundgebung, abends Diskussionen oder so ähnlich. Sonst kommst du selber ja gar nicht mit den Leuten in Kontakt! Dann bleibt alles auf der Ebene der *IG Metall* oder einer anderen... Zweitens: wir sind ja spontan, durch die Bergarbeiter, auf diese Aktionsform gekommen. Vielleicht gibt es andere Kampfformen aus anderen Streiks, an die wir jetzt nicht denken, die man in Deutschland einführen kann. ■

»Auf einmal hat alles zusammengepasst.«

Die Idee zum »Marsch der Solidarität« hattet Ihr schon vor längerem...

Ja. Der riesige Bergarbeitermarsch 1991 in der Türkei auf die Hauptstadt hat uns drauf gebracht. Aber erst kurz vor Streikbeginn hatten wir eine Kommission gebildet.

Die IG Metall hat die Busse bezahlt, die Übernachtungen organisiert...

Ja. Eigentlich hatten wir tatsächlich laufen wollen. Immer 30 Leute, nach drei Tagen abwechseln. Um in vier Wochen nach München zu kommen, hätten wir am Tag durchschnittlich 30-40 km gehen müssen. Das kam uns dann doch zu lang vor. Warum sollten wir nicht Gegenden, wo nichts los ist, mit dem Bus durchqueren? Mit dieser Idee sind wir zur *IG Metall* gegangen, und da haben sie gleich gesagt: ‹da geben wir Euch einen Bus›. Wir haben erst angefangen darüber zu reden, *wie* wir das machen wollen, als der Marsch bereits angefangen hatte! Die Auswahl der Leute war auch ungeschickt. Einige fanden es lustig, durch Deutschland zu fahren. Andere haben gedacht, statt Posten zu stehen, gehst du umsonst reisen. Vielleicht 15 Leute waren davon überzeugt, was sie tun. Das waren eher die Polen, einige Türken, zwei, drei deutsche Kollegen. Allen anderen war die Bedeutung der Busfahrt eigentlich unklar.

Warum habt Ihr die IG Metall gebraucht für den Bus?

Der Bus hat 1800 Euro am Tag gekostet, das konnten wir nicht aufbringen. Und dazu kamen die Übernachtungen, eine Übernachtung für 40 Leute mit Frühstück kostet 700 Euro! Für die logistische und finanzielle Unterstützung haben wir die *IG Metall* gebraucht. Außerdem wussten wir nicht, wie wir Kontakte machen sollten. Hätten wir z.B. selber Kontakt zu *VW* gehabt, hätten wir auch selber bestimmen können, wo wir hinfahren. Nachdem der Marsch losgegangen ist, hat die *IG Metall* alles in der Hand gehabt, auch die Kontakte, sie haben die Route vorgegeben.

Da war irgendwie so ein Vertrauen, die IG Metall macht das schon...?

Nein, gar nicht! Die *IG Metall* hat das schlecht organisiert, das haben alle gemerkt. Aber für uns war die Frage ›sind wir in der Lage, sowohl die Werksbesetzung wie den Marsch der Solidarität gleichzeitig zu organisieren?‹

Sobald das mit dem Bus klar war, hattet Ihr die Idee, dass man ja auch in Eisenhüttenstadt, in Kamp-Lintfort usw. vorbeifahren kann...

Kamp-Lintfort war nicht von vornherein unser Ziel. Das war eher so ein *IG Metall-Ding*. Wir wollten durch ein paar ostdeutsche Städte laufen, unser Ziel war vor allem Wolfsburg – da wollten wir ein paar Tage Quartier nehmen.

Warum? Wolfsburg liegt ja überhaupt nicht auf der Strecke...

Großes Werk!

Ihr wolltet irgendwohin fahren, wo es zigtausend Arbeiter gibt??

Ja genau, das war unser Ziel! Dann hat aber die *IG Metall* gesagt, Wolfsburg macht jetzt gerade eine Standortvereinbarung, die wollen uns nicht haben, wir würden vielleicht die Verhandlungen schädigen.

Witzig finde ich, dass Kamp-Lintfort die Idee der IG Metall war! Ich hätte eher gedacht, da haben sie Schiss, dass zwei ganz ähnliche Kämpfe zusammenkommen.

Genau so ist es ja auch passiert: die ganze Stadt war auf den Beinen, sie haben zugesagt, nach München zu kommen, es war der Höhepunkt des Marschs! Und das hat der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber Angst gemacht. Die *IG Metall* hatte vielleicht gedacht, wenn wir vorbeikommen, gehen 20, 30 *BenQ*ler hin – wir haben erst in Kamp-Lintfort erfahren, dass die Leute seit zwei Wochen nicht mehr gearbeitet haben! Sie kamen nicht aus dem Werk raus, sondern sind extra wegen der Demo gekommen, viele sind Pendler. Wenn das klein geblieben wäre, wären wir vielleicht nach München gekommen. Aber sie haben die Verbrüderung dort gesehen. Nachher haben wir erfahren, dass 600 Leute allein aus Kamp-Lintfort nach München gekommen wären: vorher hatte *EKO-Stahl* schon gesagt, dass sie kommen, *Miele* wollte kommen, von *Bosch* wollten sie kommen... Auf einmal hat alles zusammengepasst.

Erzähl mal kurz chronologisch! Der Bus fuhr am Donnerstag, den 5. Oktober erst mal zu EKO in Eisenhüttenstadt, das lief sehr gut...

Von Eisenhüttenstadt waren wir begeistert; der Besuch bei *EKO* war keine Zeremonie wie an anderen Orten. Die kamen raus und haben direkt mit uns geredet: ›Lasst Euch nicht vorschreiben, was Ihr zu tun habt! Wir haben auch selber entschieden. Es geht um Euren Arsch, deshalb müsst Ihr auch selber entscheiden, was Ihr tut! Nicht vorschreiben lassen, welche Aktionen man macht!‹ Sie haben die Autobahn und die Treuhand besetzt, haben sie erzählt. Sie haben angeboten, wenn wir nach München fahren, dass sie in der Zeit bei uns Wache halten. Zudem wollten sie einen Bus als solidarische Geste nach München schicken.

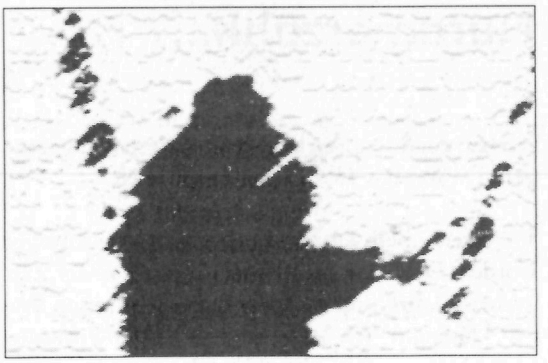
Danach kam dann Leipzig?

Der Bus war kurz vor Leipzig, dann hieß es, da sei eine *DGB*-Kundgebung gegen Gesundheitsreform, und wir sind mit drei zusätzlichen Bussen hin. Die Leipziger haben uns und unsere Flugblätter komisch angeguckt; wir waren nicht beliebt. Wir waren viele Schwarzköpfige, wir aus der Türkei und eine vietnamesische Gruppe. Danach waren wir in der Nikolaikirche, der Pfarrer Führer hat zu uns geredet. Dann Sonntag Frauenkirche in Dresden war auch Scheiße, Montag, den 9. Oktober fuhren wir zu *Bosch-Buderus* in Zwickau; da kamen nicht einmal zehn Leute raus, davon drei Betriebsräte und der Bürgermeister. Im Osten war eigentlich nur *EKO-Stahl* gut, in der Woche hat es im Bus ziemlich gekriselt, viele waren so deprimiert, dass sie raus wollten... Am Dienstag, den 10. war der Bus dann bei *Miele*, da mussten wir kilometerweit durch Felder laufen; dabei wollten wir in die Innenstadt! Am 11. in Nürnberg sind wieder mehrere Busse aus Spandau dazu gekommen. Das war wieder viel besser, die Leute sind selber gekommen, um ein Flugblatt zu nehmen, das hat mich sehr gewundert! Wir sind ja fast eine Stunde durch die Innenstadt zum Werk gelaufen... Autos haben angehalten usw. – das war ganz anders in Nürnberg als sonst! Vor *AEG* war's komisch: du bist seit einer Woche unterwegs, die Kollegen legen die Arbeit nieder und kommen raus, eine Stunde redet der BR-Vorsitzende, der Verwaltungsstellentyp und eine von uns. Dann ›alles war schön, tschüss!‹ Gar kein Kontakt, was wir von denen wollen o.ä.

Auf dem Weg nach Kamp-Lintfort haben wir unsere Probleme diskutiert. Wir sind spontan in Duisburg vorbei, Flugblätter verteilen. Das war ziemlich gut – und Kamp-Lintfort (Donnerstag 12.10.) war *sehr* gut!. Danach war der Bus in Bad Neustadt. Erst am Wochenende in Stuttgart fingen wir an, unsere eigenen Plakate zu malen, haben ein eigenes Flugblatt gemacht und eine Kreativgruppe gebildet. Am 17. Oktober in Dillingen...

... Auch Dillingen war doch überraschend positiv, damit konnte man ja nicht rechnen, dass die eine Stunde die Arbeit niederlegen und rauskommen.

Ja, die haben eigentlich keine solche Tradition. In Giengen ist es am selben Tag nicht so gut gelaufen; da hatten sie vor zwei Jahren eine Standortvereinbarung abgeschlossen, 36 Stundenwoche weg, Jahreszahlung weg, Akkordverdichtung usw. An den BR-Wahlen ein Jahr später haben sich nur 45 Prozent beteiligt. Da war klar, dass nicht viele rauskommen, wenn die *IG Metall* aufruft, weil sie sehr sauer auf die *IG Metall* sind. Aber dass in Dillingen 300-400 Leute rauskamen und mit uns diskutiert haben, das fanden wir sehr gut. In der Nacht danach hat dann die *IG Metall* drei Leute aus dem



Bus nach Berlin zurückgeflogen, und diese haben den Ausschlag gegeben bei der Abstimmung in der Streikleitung, die mit 9:6 gegen den Streik endete.

Sergio hat ja am Ende im Zelt behauptet, der Marsch hätte wenig bewirkt, alle wüssten doch, dass in der Streikzeitung die Zahlen frisiert worden wären.

Der hat auch behauptet, es würden weniger Leute als erwartet nach München kommen, höchstens 1000! Da hatte er allerdings teilweise recht, weil seine Organisation, die *IG Metall*, schon eine Woche vor München damit begonnen hatte zu demobilisieren!

Eure Idee war zu Beginn ja eher, den Arbeitgeber öffentlich schlecht zu machen. Dann bekam das eine ganz andere Dynamik: Die Busfahrt fing an, die von Schließung bedrohten Belegschaften zusammenzubringen. Daran hatte weder die IG Metall noch die Arbeitgeber noch die Politiker ein Interesse. Deswegen wurde der Bus zurückgerufen.

... zu vereinigen! Die von Schließung bedrohten Leute und die Stimmung, ›es muss Schluss damit sein! Wir kämpfen gemeinsam.‹ – Der Bus hat viel zu diesem Scheißvertrag beigetragen. Ohne den Bus wäre vielleicht gar kein Abschluss zustande gekommen. Wir hatten damit gedroht, dass wir vor der Siemens-Zentrale Zelte aufschlagen und kampieren würden und von da aus am 21. zu dieser *DGB*-Demo in Stuttgart fahren. *Siemens* wollte das vor der Zentrale auf jeden Fall verhindern! Sie hatten ja gleichzeitig die *BenQ*-Geschichte am Hals. Die heißere Geschichte war unser Streik, den mussten sie erst mal wegkriegen. Dass sich auf einmal Belegschaften direkt zusammenschließen, diese Dimension hatte die *IG Metall* unterschätzt. Der Vorstand der *IG Metall* war sehr besorgt deswegen, die sahen schon die politische Wirkung. Es ist nie deren Ziel, dass Belegschaften zusammen kämpfen.

Im Gegenteil, es ist immer ihr Ziel, Belegschaften getrennt zu halten!

Stimmt! Und dann finanzieren sie den Bus mit dem Aufruf, dass man zusammen kämpfen soll! (lacht) ■

Nuran erzählt...

Ich hab vor 23 Jahren bei Bosch-Siemens angefangen. Da war ich 15, offiziell 19 Jahre alt.

Vor zweieinhalb Jahren sind viele Leute gekündigt worden. Darunter drei Kolleginnen, die zu der Zeit zwanzig Jahre und mehr im Betrieb gewesen waren. Und natürlich hat der Betriebsrat unterschrieben! Leute, die seit acht, zehn oder zwölf Jahren da waren, konnten bleiben. Die Begründung war, dass die Gekündigten diesen Arbeitsplatz nicht können. Das ist doch Schwachsinn! Wir haben da gelernt, wir sind nicht dumm, wir können das doch schnell lernen. Das ist kein Computerspiel, das sind einfach Waschmaschinen. – Natürlich war die Lohngruppe ein Problem! Als unsere Linie abgebaut wurde, haben wir uns im Labor beworben; da hieß es, da sei kein Platz. Sechs Monate später wurde ein weiteres Band abgebaut, da haben sie Plätze gehabt für Leute, die seit acht oder zehn Jahren im Werk waren. Damals wurden vier Leute, die ich sehr gut kenne, die schon 20 Jahre oder länger im Betrieb waren, rausgeschmissen. Ein Mann hatte keine Kinder und deswegen wenig Punkte gehabt, zwei Frauen waren Alleinerziehende, unverheiratet sind acht Punkte weniger, und eine war ledig, ohne Kind. Nach Sozialplan haben sie wenig Punkte, obwohl sie schon so lange im Betrieb waren. Die kriegen jetzt Hartz IV. Eine Kollegin hat erzählt, dass sie in der ersten Zeit jedesmal, wenn sie auf dem Arbeitsamt war, geheult hat. Man hat sie komisch behandelt und ihr unterstellt, freiwillig gegangen zu sein. Sie sagte: »Es ist so schlimm draußen, das kannst du dir nicht vorstellen!« Und das wird für die 216 Leute genauso sein.

Wir haben immer wieder Betriebsversammlungen gemacht, im September mit einer mehrwöchigen Betriebsversammlung die Produktion lahmgelegt. Und dann haben wir diskutiert: wann fangen wir endlich zu streiken an? Es hat sehr lange gedauert, weil die *IG Metall* den Streik lange nicht wollte.

Als der Streik endlich anfing, hatte der Unternehmer schon alles planen können. Der Betriebsrat hat immer gesagt: ohne die *IG Metall* schaffen wir es nicht! Wir brauchen eine Gewerkschaft hinter uns. Das haben sie uns, dem Kindergarten immer gesagt. Sie wollten unsere Erzieher sein.

Beim Streik war ich jeden Tag dabei. Mein Sohn war zu der Zeit krank, ich habe ihm alles vorbereitet und bin jeden Tag zum Streik gegangen, zehn Stunden, zwölf Stunden. Ich wollte auch nach München fahren, meine Schwester sollte ihn solange versorgen.

Ich war oft draußen, hab Flugblätter in der U-Bahn, im Bus usw. verteilt, viele Fahrer haben uns das erlaubt. Wir waren auch zwei Stunden vor *Osram*, ich habe immer versucht, mit den Leuten auch zu reden, die haben zwar die Flugblätter genommen, hatten aber kein Interesse. Bei *Osram* wurden an dem Tag die Lohngruppen abgesenkt, und da waren die schlecht gelaunt. Aber obwohl sie auch Probleme hatten und ich jeden ins Zelt eingeladen hatte, ist keiner gekommen – außer ein paar Betriebsräten.

Dienstags sind wir vom Streik gekommen und haben abends nach sieben noch eingekauft für die Busfahrt, so kleine Trinkflaschen und so was. Dienstag abends hab ich zum ersten Mal gesagt: langsam glaub ich an Demirci, das hab ich zum ersten Mal gesagt! Ich glaub, wir erreichen noch was. Und dann guck ich Mittwoch früh auf mein Handy, und da waren zwei Anrufe da, von einem Kollegen, der mich eigentlich kaum anruft. Ich hab ihn zurückgerufen, und er meinte ›Bitte komm, sag den anderen Bescheid, weißt Du, sie haben uns verkauft. Demirci hat unterschrieben.‹ Ich war fassungslos. Ich habe nie geglaubt, dass ich weinen werde, aber ich hatte ganz ganz schlimme Gefühle im Streikzelt. Wir waren um halb elf da, alle waren da, alle waren entsetzt, viele am Heulen. Der Mittwoch war ganz schlimm, es war ganz voll, alle waren benachrichtigt worden. Demirci hatte ein ganz komisches Gesicht. Olivier Höbel von der *IG Metall* mit Krawatte natürlich, Luis Sergio... war ganz schlimm! Dann wollten sie nochmal Urabstimmung machen, 25 Prozent für die, 75 für uns – wir haben es nicht erreicht, 67 Prozent haben wir gehabt! Leider. Ich hab gleich gesagt, wenn wir mit der Urabstimmung anfangen, haben wir verloren. Wenn wir Luis und Olivier vertrauen, haben wir verloren.

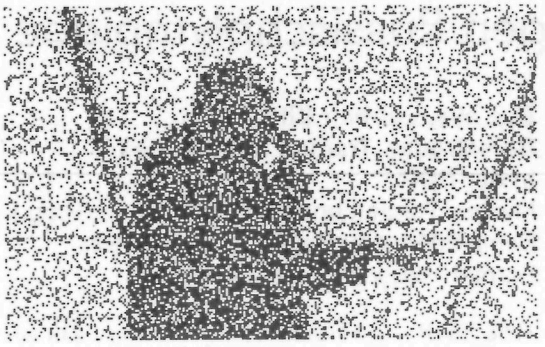
Wir wollten nach München, die Leute hatten große Wut und Hass. Ich war auch sehr laut und habe gerufen ›*IG Metall* raus, *IG Metall* raus!‹ Aber vor allem war unser BR-Vorsitzender schuld, der hat unterschrieben! Nach der Urabstimmung habe ich Rot gesehen. Ich hatte auch gerufen ›*IG Metall*

raus!‹ wir wollten nicht mehr mit der *IG Metall* weiter machen, wir wollten besetzen und selber streiken. Einfach so, illegal. Wir hatten ja auch davor vieles illegal gemacht. Wir haben die Pforte besetzt und die Leute nicht reingelassen, das war auch schon illegal.

Wir haben gut gekämpft, aber wir haben an vielen Stellen nicht vernünftig gehandelt, weil wir keine Erfahrung hatten. Wir hatten davor nur Warnstreik gehabt. Ich kenne mich nicht so gut aus, aber ich habe viel mit anderen Leuten gesprochen, Leuten in der Türkei geschrieben. Die haben uns berichtet, Unsere Kontakte in der Türkei haben uns genauso wie der Gewerkschaftler aus Polen berichtet: Überall müssen die Leute ohne Streikunterstützung kämpfen. Im März war ein Gewerkschafter aus der Türkei da, da haben 800 Leute acht Monate lang gestreikt, ohne einen Cent Streikunterstützung. – Ich würde auch auf ein oder zwei Monatsgehälter verzichten, wenn es für den Kampf nötig ist! Aber es gibt auch viele Leute, die reden radikal, aber ohne Streikgeld von der Gewerkschaft machen die nichts.

Nach dem Streik wieder zur Arbeit zu gehen, war sehr schlimm. Es war ein Mittwoch, ich bin da vorbeigegangen, ich hab gar nicht in die Richtung geguckt, wo das Zelt war, das hat so richtig weh getan, als ich da vorbeigegangen bin. In den ersten drei Tagen hab ich keinen Akkord gearbeitet; ich hab jetzt meine Abrechnung mit Abzügen gekriegt, ich konnte es einfach nicht schaffen! Ich wollte es auch nicht schaffen. Den ersten Tag hab ich mit einem Kollegen gearbeitet, der den Akkord auch nicht geschafft hat. Dann hab ich von anderen Kollegen erfahren, die es auch nicht schaffen wollten. Wir haben sehr viel miteinander gesprochen. Ich hab nur etwas über zwei Drittel von meinem Akkord gemacht! Der Einrichter ist normalerweise sehr arbeitsgierig, aber die erste Woche war er auch schlapp, dem ging's auch ganz schlimm. Inzwischen arbeitet er aber genauso wie früher. Und viele Leute waren natürlich krank, eine Woche, zwei Wochen. Die waren seelisch fertig. Viele haben sich auch im Streik übernommen und sind krank geworden, manche sind 24 Stunden Posten gestanden oder auf den Beinen gewesen.

Ich weiß noch nicht, ob ich bleiben werde. Ich würde noch ein, zwei Jahre bleiben, bis mein Mann mit seiner Arbeit keine Probleme mehr hat. Ich habe ungefähr so gerechnet, dass ich 70- bis 80 000 Euro Abfindung kriegen würde. Mein Mann hat jetzt einen Arbeitsplatz; wenn ich morgen nicht mehr arbeite, verdient zumindest er was. Aber nach 22 Jahren will ich nicht so einfach gehen! Das wird



auch schrecklich weh tun. Ich habe als Kind dort zu arbeiten angefangen. Und ich habe natürlich auch gelitten. Ich war lange Zeit alleinerziehend, mein Mann war in der Türkei. Als mein Kind sechs Monate alt war, habe ich wieder zu arbeiten angefangen, das war nicht einfach. Ich habe am Band geweint, ich hatte immer schlechte Gefühle, dass ich mein Baby alleine lasse. Wenn ich mir das jetzt überlege, hätte ich das nie gemacht! Aber ich musste arbeiten. Das war kein schönes Leben, das war eine harte Zeit. Meine Jugendzeit hab ich da verbracht. Wenn ich meine Tochter sehe, die sich noch wie ein kleines Mädchen verhält... ich hab diese Chance nicht gehabt.

Ich weiß nicht, was am 15. Dezember rauskommt. Danach wird man dann erfahren, wer gekündigt wird. Ich weiß nicht, ob ich bei denen bin, die gehen müssen. Aber es geht nicht um mich! Das hab ich immer wieder versucht, den Leuten zu erklären. Manche Leute machen sich kaputt, weil sie Angst um ihre Arbeitsplätze haben, natürlich haben sie damit auch recht, ich hab auch Angst um meinen Arbeitsplatz, aber ich finde, in erster Reihe war der Abschluss ungerecht, wir sind in die Falle gelaufen, die haben mit uns gespielt. Wir haben mitgemacht, was die von uns verlangt haben, obwohl wir uns während des Streiks immer wieder gesagt hatten: die verarschen uns!

Unter den Bedingungen, die sie jetzt durchsetzen wollen, will ich natürlich auch nicht arbeiten: 23 Prozent weniger Lohn, Wegfall des 13. Monatsgehalts, des Urlaubsgelds, bis zu 42 Stunden arbeiten... Vielleicht werde ich nicht bis 2010 bleiben. Und wer weiß, ob es das Werk bis 2010 überhaupt noch gibt. ■

Kunden gegen Russischolympiade

Bye bye, Lübben City.
Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR.
Michael Rauhut und Thomas Kochan (Hrsg.), Berlin 2004. 470 Seiten, etwa 200 Abb. Format 16,5 x 23,5 cm, 24,90 Euro.

»Ich gewähre Ihnen verlängerten Ausgang wegen Ihrer disziplinarischen Fortschritte in den letzten Wochen, so hatte Heimleiter Cords gesprochen und seiner Montagsgnade Mahnung angefügt: Nach Konzertschluss kehren Sie unverzüglich ins Internat zurück...
Der Lehrling, der ich war, versprach['s] und lief in den Abend hinaus, an die Chaussee, der großen Freude entgegen. Ich wollte trampen. Niemand hielt. Es waren nur drei Kilometer bis Brand-Erbisdorf im Erzgebirge, wo am 1. April 1974 im ‚Brander Hof' mein herrlichstes DDR-Konzert stattgefunden hat. Es spielte die *Stern Combo Meißen*, für junge Pathetiker damals das Nonplusultra diesseits der Elbe. Meine jenseitige Lieblingsplatte, von Omi eingeschmuggelt, war Yes' *Tales from Topographic Oceans*, ein Doppelalbum mit vier ganzseitigen Weltall-Erde-Mensch-Oratorien. *Yes* brachten *Stern Meißen* an jenem ekstatischen Abend nicht, aber Jethro Tulls *Living in the Past* und *People on the Beach* von meinen englischen Brass-Rock-Favoriten lf. Köstlich soulte Reinhard Fißler den Temptations-Heuler *Papa Was a Rolling Stone*. Der Orgel-Magier Kurzhals flog durch Brian Augers *Freedom Jazz Dance* und türmte Emersons-Mussorgskis *Great Gates of Kiev* auf. Dann die Krönung: *Lighthouse* von The Flock, im Original die Reverenznummer eines kleinwüchsigen US-Gitarristen namens Fred Glickstein, dessen hünenhafter DDR-Wiedergänger Werner Kunze hieß und ein Solo abfackelte, das auch den Hörer zum Helden machte. Niemand tanzte. Die Leute klumpten vor der Bühne und soffen Musik. Und dann Emersons *Iconoclast Mass*, und John McLaughlins *Dance of Maya*, und es war zu Ende. Schweissnass hinaus in die Nacht. Heim unterm Mond, unbesiegbar, königlich allein.«

»Die DDR – ein Funky-Haus. Was sagst Du zur Ostalgie, ey? Alles lustig gewesen in der Zone! Selbst im Zuchthaus. War doch alles so schön in der DDR!« stichelt Willi, Jahrgang 1945, Mitbegründer einer rebellischen Subkultur am Bahnhof Lichtenberg, 1977 in die BRD ausgewiesen. Drei alte Freunde von damals haben sich nach ewiger Zeit zum Gespräch getroffen. Rowinne, Jahrgang 1948, heute Totalaussteiger in Werneuchen, pflichtet bei: »Was schlecht war in der Zone, wird ja gar nicht mehr erwähnt. Dass es wirklich einen richtigen Widerstand gegeben hat, der auch breiteste Bevölkerungskreise betroffen hat, davon redet keiner mehr.« Dabei hat sich im Osten das Rebellische der Langhaarigen, der Mythos um »Woodstock« und etwa der Kult um den US-Film »Blutige Erdbeeren« viel länger gehalten als im Westen. Auch im Westen waren die Reaktionen der Gesellschaft auf »Gammler« zwischen 1965 und 1973 repressiv – danach wurden Hippies aber zu einem Stück Folklore, nicht so in der DDR. Willi: »Die Bürgerrechtsbewegung hatte es leicht, da war ja schon alles vorbereitet. Aber wir hätten damals noch an die Wand gestellt werden können!« (Zitate auf S. 94 und 95 im vorliegenden Buch in dem Beitrag *Unterm Asphalt – Die Kunden vom Lichtenberger Tunnel* von Thomas P. Funk). Musik hatte in den Subkulturen in der DDR bis zum Ende durchgängig eine viel größere Bedeutung als in der BRD – davon ist der Dritte in der Runde ein prägnantes Beispiel: Speiche, Jahrgang 1946, der über 20 Jahre lang bei *Monokel* Bass spielte. Nachdem die DDR-Satirezeitschrift *Eulenspiegel* gegen die »Haarlekine von Lichtenberg« gehetzt hatte, wurde er von der Bühne runter verhaftet und saß zwei Jahre wegen versuchter Republikflucht im Gefängnis; Willi erwischte es nur drei Monate, weil man ihm nichts nachweisen konnte.
»Kurioserweise endete das exzessive Rock-Interesse vieler Ostler im Augenblick der Traumerfüllung, als verlöre die Musik Aura und Eros im selben Maß, wie sie überall zu kaufen war. So ähnlich ging's ja mit dem versunkenen Leseland DDR.« (*Küche, Kammer, weite Welt – Mythen der Erinnerung*; Christoph Dieckmann, S. 22. Der Titel bezieht sich auf den Puhdys-Vers »Küche, Kammer, enge Welt – so entsteht kein Held«)

Die Subkulturen der DDR blieben stärker von (Jung-)Arbeitern geprägt, das war im Westen nur zu Beginn der 70er Jahre so. Ihr Umgang mit Alkohol (»Drucksaufen«) war für Westbegriffe daneben und spießig; dort war eher das »bewusste« Umgehen mit Drogen angesagt. Der ungebrochene Alkohol- und Schweinefleischkonsum erklärt vielleicht die starke Verbreitung von *hardcore/straight edge* und *vegan* in den 90er Jahren im Osten.

Das Buch versucht, mit 36 Beiträgen einen weiten Bogen zu spannen von den ersten Rebellen über die ländlich geprägte Bluesszene im Süden der DDR bis zu den Bluesmessen, die das Ende der DDR einläuteten. Es behandelt regelmäßige Treffpunkte wie den Karneval von Wasungen und einmalige Höhepunkte der Rebellion wie den Krawall auf dem Erfurter Pressefest 1978. Die meisten der angesagten Bands werden behandelt oder kommen selbst zur Sprache (wer also nicht weiß, was *Monokel* war, wird es nach diesem Buch tun!). Die Beiträge wechseln in ihrem Zuschnitt von soziologischem Fachartikel (*Asozialität, Dekadenz und Untergrund*) zu aktuellem Interview, von autobiographischem Rückblick zur Abhandlung über ein bestimmtes Thema (die große Bedeutung des Trampens, die Rezeption des Ami-Blues...). Es gibt viele Berichte von Musikern, von Musikhörern, ein Interview von heute mit einem damals mit den »Langhaarigen« befassten Stasi-Bullen (unnötig), auch die Minderheit der Frauen kommt zu Wort. Eine Frau berichtet sehr interessant, wie sie es schaffte, durch die Sowjetunion zu trampen, was damals relativ viele machten. Es war im Osten viel

schwerer als im Westen, aber es war möglich, Auslandserfahrungen zu machen und mitzukriegen, dass es auch in anderen Staaten und sowjetischen Teilrepubliken individuelles und gemeinsames Aussteigen gab, Nationalismus, Antisemitismus, aber auch Untergrundszenen in anderen Ländern kennenzulernen. Die soziologischen Fachartikel sind manchmal doof und sprachlich außer Rand und Band (es zeugt von wenig Vertrauen in das Untersuchungs»objekt«, dass man soziologische Texte im Jargon von Insektenbeobachtung neben Selbstzeugnisse stellt!) Die Wiederholung mancher Anekdoten ist zuweilen ermüdend. Es gibt viele tolle Fotos und Fundstücke, von denen ich zumindest eins hier vorstellen will: »Es ist inzwischen längst erwiesen, dass die Entfaltung des geistig-kulturellen Lebens für den Aufbau des Sozialismus unerlässlich ist. Auf dem Bitterfelder Weg, mit dem dank der Initiative unserer Partei die Kluft zwischen Kunst und Volk bei uns überwunden wird, brauchen wir weder Pop noch Sex noch Colt als Repräsentanten einer morbiden Kultur. Gammler, Stoff (als Metonymie für Rauschgift), nicht zuletzt auch Lebensmüdenberatungsstelle spiegeln eine uns fremde Welt, in der tausende minderjährige Streunerinnen zwischen Sylt und Schwabing trampen, um ihr »Glück« zu suchen. ... Wie viel vertrauter sind uns Wörter wie Beststudentenförderung, Messe der Meister von morgen, Jugendobjekt, Russischolympiade und Arbeiterfestspiele, die kein trügerisches Glück vorspiegeln, sondern die in sich tragen, dass das wahre Glück nur in der Arbeit und durch die Arbeit zu finden ist.« (Aus der Zeitschrift *Sprachpflege*, Leipzig 1971; zit. auf S. 277)

Ein gutes Beispiel dafür, wie der Staat die Musik politisierte, ist *Renft*. Sie waren keine Protestband, hatten eher Balladen im Repertoire, wenn sie zum Tanz aufspielten. Trotzdem ist die Geschichte von Klaus Renft und seiner Band eine von Verbot und Widerstand gegen staatliche Willkür. Klaus Renft (der im Oktober 2006 gestorben ist) gründete seine erste Combo 1958, mit 16. 1962 wurde sie verboten. Seine nächste Gruppe nannte er *Butlers*, die wurde 1965 verboten, weil der Staat nach Walter Ulbrichts »Yea, Yea, Yea«-Rede gegen die Beatmusik Bands mit *Stones*-Titeln im Repertoire nicht mehr duldete. Die Leipziger Jugend reagierte darauf mit den »Leipziger Beatkrawallen«. 1968 gründete sich die Band namens *Renft*. Die ersten beiden Platten (1973, 1974) waren Riesenerfolge. Die Band verdiente viel Geld, bis zu 2400 Mark am Abend. Aber mit dem Einzug des Liedermachers und Texters Gerulf Pannach wurden ihre Lieder politisch, oft eindeutig. Von allen Texten, die sie für ihre dritte Platte einreichten, wurden nur zwei genehmigt. Da die Lieder nicht auf Platte erschienen, spielte *Renft* sie eben auf Konzerten. Die Band war eigentlich zerstritten, als ihr am 22. September 1975 eine Leipziger Funktionärin mitteilte, dass die Texte keine Übereinstimmung hätten mit der sozialistischen Wirklichkeit und die Band deshalb »als nicht mehr existent anzusehen ist«. Die Musiker mussten ihre Berufsausweise zurückgeben. *Renft* verschwand aus den Plattenläden, aus dem Radio, aus den Diskotheken. Zur Informationspolitik der DDR gehörte es, den Bürgern das Verbot zu verschweigen. Es war das Ende von Renft. Die Bandmitglieder verließen bis auf einen im Laufe der Jahre die DDR.

»Man traf sich zum Beispiel in Leipzig-Schkeuditz in der »Sonne« und verabredete sich fürs nächste Wochenende bei »Kaisers« in Cottbus.« (*Einmal um die Welt*; Harald Hauswald, S. 392ff)

Auf diese Realität spielt auch der Buchtitel an, Lübben ist ein verschlafenes Nest in Brandenburg, ohne »City« natürlich. »Bye bye, Lübben City« ist ein Lied von Monokel von 1979, Porträt einer massenhaften Szene von hauptsächlich Jungarbeitern, die irgendwie durch die Arbeitswoche kamen und am Freitag Abend Gas gaben. Sie nannten sich Kunden, Blueser oder Tramper und waren an den Wochenende permanent auf Achse. »Einmal trampte ich mit Regine nach Mülsen St. Niclas. Vom Bahnhof zog sich eine Kolonne durchs Dorf. Wir ließen uns einfach treiben und landeten im Amor-Saal. Es spielten die Klosterbrüder. Ihre Musik, darunter etliche Songs von Cat Stevens, verleitete zum Tanzen. War ein ganz schön wildes Gehopse, kaum einer blieb sitzen. Als die Kellner nach der Veranstaltung aufräumten, öffnete ich heimlich die Verriegelung eines Fensters. Draußen warteten wir mit etwa 15 Leuten ohne Bleibe, bis es drinnen ruhig wurde. Dann stiegen wir leise in den Saal, wickelten uns in Tischdecken und schliefen gemütlich ein.« (a.a.O., S. 393)

Der generationenspezifische Blick spielt in den Beiträgen eine große Rolle. »Jedes Erinnern ist altersgebunden und lebt in der Biografie – auch der kollektiven.« (*Küche, Kammer, weite Welt*, a.a.O., S. 15) Gerade die Generation, deren Pubertät und Erwachsenwerden in die mittleren und späten Sechziger fällt, in eine Phase unglaublich vielfarbiger Entfaltung der Musik vor dem Hintergrund einer weltweiten revolutionären Bewegung, war auch im Osten prägend und stilbildend. Wahrscheinlich gehört für mich deswegen auch gerade der Artikel, aus dem dieses Zitat stammt, zu den besten im Buch (Auszüge in der Marginalspalte). Ein weiterer, der mir gut gefallen hat, ist der Beitrag von Christian »Kuno« Kunert zur Geschichte von *Renft*. Letztlich wird jede Leserin ihre eigenen Lieblingsbeiträge finden – da bin ich sicher! *Jaa*

»Schlagerfuzzis mochten Balz-Pop hören. Ich suchte Kunst. Musikalisch sozialisiert hat mich jene kurze Epoche, in der Rockmusik nach den Welträtseln griff und sich nicht länger als Unterhaltung und antiautoritäre Kleinform beschied. Elvis fand ich so öde wie später Punk. Damals, so zwischen 1970 und 1975, nahmen die Musiken Kenntnis voneinander. Rocker adaptierten Klassik, Jazz akzeptierte Rock. Blues wurde zum Idiom des Echten und Wahren, und aus den Keltenländern wehte die herbsüße Bitternis des Folk an unsere Antennen. Es gab Rundfunkprogramme von heute unerhörter Varianz.
Jeden Donnerstagabend lief im Internat der ‚kulturpolitisch wertvolle Film'. ... Die meisten Filmschulkameraden gähnten oder schliefen ein. Dann kam ein Film, der weckte jeden: Stuart Hagmans *Blutige Erdbeeren*. Amerikanische Studenten streiken gegen den Vietnam-Krieg und erfahren die brutale Repressivität der Macht. Haar weht, es wird amerikanisch gefreakt, gekämpft und frei geliebt, und allüberall erschallt unsere Musik: *The Circle Game* von Buffy Sainte-Marie, Thunderclap Newsmans *Something in the Air*, Crosby, Stills, Nash & Young, für die ich alle Stones und Beatles weggeschmissen hätte. »Tin soldiers and Nixon coming, we're finally on our own«, sang Neil Young, beschirmt von drei eisernen Gitarren... Wir löteten am Kinoverstärker und zapften die Herrlichkeiten aufs Band. Auch entstand im Internat der Brauch, Diskoabende zu beschließen, indem man im Speiseraum kreisförmig auf dem Boden lagerte und, gemäß dem Finale von *Blutige Erdbeeren*, händeklatschend »Give Peace a Chance« sang. Nun hätte Nixons Killergarde einmarschieren müssen. Es erschien aber nur Heimleiter Cords und mahnte zur Nachtruhe.«

Was bisher geschah...

...konzentriert sich auf drei Themen: ein update nach den Streiks im Öffentlichen Dienst, aber nur für die Krankenhäuser. Bis zum Sommer 2005 berichteten wir immer wieder über die Bewegung in Bolivien – nun versuchen wir uns an einer Zwischenbilanz des ersten Jahres der Regierung Morales. Aus den USA haben wir einen Bericht bekommen, der die Entwicklung nach den »Si se puede«-Mobilisierungen im Frühjahr 2006 beschreibt.

Zersplitterte Streiks im »Öffentlichen Dienst«

Seit Oktober 2005 war vor lauter Streiks kaum noch durchzublicken, vor allem bei den Ergebnissen nicht: im November 2005 ging es mit den vier *Unikliniken* in *Baden-Württemberg* los; seit dem 6.2.2006 wurde in den Kommunen 16 Wochen lang gegen die Verlängerung der Arbeitszeit gestreikt. Die *Landesbeschäftigten* streikten bis Mitte Mai für die Übernahme des TVöD und gegen längere Arbeitszeiten. Schließlich die wochenlangen Ärztestreiks des *Marburger Bundes*....

Auch nach diesen »Großaktionen« ging es weiter: im Oktober an der *Charité* in Berlin, im November wurde der »Anschluss« an den TVöD erreicht; auch beim zweiten großen Berliner Krankenhauskonzern *Vivantes* stehen Aktionen gegen weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen an. Weitgehend abgehängt von der Öffentlichkeit der Osten: in Halle und Magedeburg wurde im Juli/August an den *Unikliniken* gestreikt und Anfang September ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die löchrige Auffanglinie musste mit einer fünfprozentigen Absenkung der Entgelte bezahlt werden. Auch im September wurde nach einwöchigem Streik an der *Uniklinik* in *Leipzig* abgeschlossen, in *Dresden* erst Ende November. Auch hier orientiert sich der Abschluss am Tarifvertrag der Länder, die bis zu 15 Prozent große Lücke bei den Löhnen gegenüber dem »Flächentarif« konnte kaum verringert werden. Seit November wird bei einer der privaten Klinikketten gestreikt – in den *Asklepioskliniken* Lich und Langen-Seligenstadt in Hessen.

Zur Erinnerung. Seit Oktober 2005 hat der TVöD (Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst) den BAT abgelöst: neue Niedriglöhne, Reallohnverluste, Arbeitszeitflexibilisierung, Einstieg in Leistungslöhne... Nach den Streiks in den Ländern und Kommunen ist die Situation nun noch unübersichtlicher: in den Ländern differiert die Arbeitszeit jetzt zwischen ca. 38,5 und 40,6 Stunden. Das kommt daher, dass der neue Tarifvertrag die Arbeitszeit aus der Differenz zwischen alter tariflicher Arbeitszeit (38,5) und tatsächlicher Arbeitszeit errechnet. Letztere ist deswegen höher, weil seit 2004 Neueinstellungen und Vertragsverlängerungen auf bis zu 41 Stunden ausgestellt werden konnten. Die Kommunen haben nun angekündigt, diese höheren Arbeitszeiten übernehmen zu wollen. Begründet wird das mit der »Meistbegünstigungsklausel« im TVöD: wird in irgendeinem Bundesland z.B. eine höhere Arbeitszeit vereinbart, so kann diese von den Kommunen übernommen werden. Auf diesen Vorstoß hat *ver.di* bislang nur mit juristischen Hinweisen reagiert. Ende 2007 können weitere Teile des TVöD gekündigt werden, z.B. die Lohntabellen, aber auch Überstundenregelungen, Urlaubsvereinbarungen usw.

An diesen Tarifvertrag wird sich fast wöchentlich irgendwo »herangestreikt«, wie an einen Magneten mit allerdings unterschiedlich starken Feldern: in Baden-Württemberg war der Abschluss an den Uniklinken etwas besser – im Osten am schlechtesten. Nimmt man die drohenden Verschlechterungen Ende 2007 hinzu, dann könnte einem die Idee kommen, die Streiks im Öffentlichen Dienst dieses Jahres sollten nur die Ruhe für die eigentlichen Angriffe vorbereiten. Aber damit würden wir zum einen die Gewerkschaft überschätzen, und wichtige Dynamiken der Streiks vergessen. In einigen Streikzentren bildeten sich aktive Kerne, die viel ausprobiert haben. Viele haben die Erfahrung gemacht, dass ohne die Gewerkschaft, trotz der Wut über die Verschlechterungen der letzten Jahre, nichts losgegangen wäre, aber im »Losgehen« wurde die Gewerkschaft auch schon wieder zur Bremse. Zum anderen ist das mit der Ruhe noch nicht ausgemacht! Allerdings: schon nach kurzer Zeit rücken die Streiks weit weg, setzt kaum jemand an den guten Sachen an. Bevor der Streik endgültig in den Powerpoint-Präsentationen der *ver.di* Funktionäre erstarrt, sollte unter Streikaktivisten und wütenden KollegInnen eine Diskussion beginnen, wie in der nächsten Runde die gewerkschaftlichen und betrieblichen Grenzen überwunden werden könnten.

Zu den Streiks im Öffentlichen Dienst siehe die Wildcats 75-77;

Hilfreiche Weblinks:
http://www.ungesundleben.org/
http://www.s-line.de/homepages/weisse-fabrik/
http://www.labournet.de/branchen/index.html

»Somos MAS« (Wahlslogan der Partei von Evo Morales, Moviemento al Socialismo, übersetzt: »wir sind mehr« oder »wir sind die MAS«)

Im Dezember 2005 wurde Evo Morales zum Präsidenten gewählt. Aus den breiten Bewegungen seit Ende der 1990er Jahre waren drei Forderungen entstanden: Einsetzung einer »Verfassungsgebenden Versammlung«, Verstaatlichung der Erdgasindustrie, Umsetzung einer »wirklichen« Agrarreform. *Während* der Bewegungen und Aufstände wurde die Zweischneidigkeit der Forderungen diskutiert: Verlängerung der Bewegung – oder Einbindung in das Geschäft der Herrschenden!? An allen drei Punkten hat Morales in diesem Jahr reagiert: am 1. Mai 2006 wurde mit militärischem Aufmarsch auf einigen Ölfeldern die »Verstaatlichung« verkündet. Im Juli 2006 erreichte die MAS in den Wahlen zur *Assamblea Constituyente* (Verfassungsgebende Versammlung) die absolute Mehrheit (die neue Verfassung muss aber mit einer Zweidrittelmehrheit abgestimmt werden). Die Wahlen waren mit einer Abstimmung zur Frage der »Autonomie« der bolivianischen Departements verbunden. Wobei es eher eine Art Förderalismusreform ist: wieviel Geld fließt wohin. Die reichen Regionen (mit den Erdgasfeldern und Latifundien) propagierten die »Autonomie«, um eine Umverteilung der Erträge aus Gasindustrie und Exportlandwirtschaft zugunsten der verarmten Bergbauregionen vorzubeugen (aus deren Ausbeutung jahrzehntelang der Aufstieg der neuen Zentren finanziert wurde). Und sie hetzen gegen den »Sozialismus« aus Venezuela und den »Kommunismus« aus Kuba, der nun in Bolivien Einzug halten würde. Die von der Regierung Morales als »Argrarrevolution« bezeichnete Agrarreform war Ende November 2006 ein weiterer Schritt einer Politik, die auch in der linken Berichterstattung hier als Bruch mit dem bisherigen politischen System, den eigenen und internationalen Eliten beschrieben wird.

Enteigung der Energiemultis!?

Im Sommer 2004 wollte der damalige Präsident Mesa mit einer Abstimmung über »die Zukunft des Gases« für Ruhe sorgen. Ein neues »Kohlenwasserstoffgesetz« erhöhte die Abgaben auf 50 Prozent auf die geförderte Menge. Von Verstaatlichung war auch hier schon die Rede, die Abgaben bezogen sich aber nur auf die Phase von der Förderung bis zur Weiterverarbeitung. Das Nationalisierungsdekret der Regierung Morales setzte dieses Gesetz eigentlich nur um. Mit zwei Unterschieden: für eine Übergangsfrist bis zum Oktober 2006 wurden für die zwei größten Gasfelder die Abgaben auf 82 Prozent erhöht, und es sollten auch auf die Gewinne aus der Weiterverarbeitung Abgaben erhoben werden. Im Oktober 2006 wurden die Verträge mit den Firmen abgeschlossen (die spanische *Repsol YPF*, die brasilianische *Petrobras*, die italienisch-französische *Total Fina Elf* und *British Gas)*. Nach diesen Verträgen wird es weiterhin nur Abgaben auf den Rohstoff geben. Die Weiterverarbeitung bleibt bei den Firmen, Verhandlungen um die Übertragung zweier großer Raffinerien (derzeit *Petrobras*) sind noch nicht abgeschlossen. Die Hälfte der geförderten Menge soll mit einer Abgabe von 70 Prozent belegt werden, die zweite Hälfte unterliegt einem komplizierten Abgabensystem, nach dem die Firmen Investitionskosten geltend machen können. Hinzu kommt, dass den Abgaben noch immer ein niedrigerer Preis als auf dem Weltmarkt üblich zugrunde gelegt wird.

Agrarrevolution!?

Laut Gesetz sollen 200 Millionen Hektar an »ungenutztem« Land enteignet werden können, wenn in einer Zweijahresfrist keine »ökonomische oder soziale« Nutzung belegt wird. 50 Prozent der Fläche Boliviens sind bewaldet und kaum landwirtschaflich nutzbar, nur 65 Millionen Hektar gelten als Landwirtschaftsflächen nutzbar. Und hier befindet sich zu über 80 Prozent eine auf den Export ausgerichtete Landwirtschaft in großen Einheiten im Besitz weniger Großgrundbesitzer. Diese Flächen bleiben von der Agrarreform unangetastet, die Obergrenze für Großgrundbesitz bleibt bei 50 000 Hektar. Auch wird nichts enteignet, sondern zum marktüblichen Preis gekauft. Zudem sind diese »zurückzukaufenden« Böden zum Großteil landwirtschaflich kaum nutzbare Böden, die schlecht zugänglich und kaum zu bewässern sind. Die Export-Landwirtschaft bleibt unangetastet; bestenfalls haben die BäuerInnen mehr Land, auf dem sie hart arbeiten müssen.

Beide Gesetzesvorhaben versuchen die Balance zwischen den Forderungen der Bewegungen der armen Mehrheit einerseits und dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Klasse andererseits. Ideologisch wird diese Strategie von Vizepräsident Álvaro Garcia Linera begleitet. In einem Beitrag für *Le Monde Diplomatique* vom Januar 2006 plädiert er für ein Übergangsmodell eines »andin-amazonischen Kapitalismus«: »Auch in den kommenden 50 Jahren wird in Bolivien die familiär geprägte Wirtschaftsstruktur dominieren, die die soziale Basis der jüngsten Rebellionen war. Die Herausforderung ist: Was machen wir mit ihr? Der revolutionäre Nationalismus der 50er Jahre glaubte, dass diese Gemeinschaften verschwinden oder sich verwandeln würden: industriell, modern, kapitalistisch und lohnabhängig. Das trat aber nicht ein. Gegenwärtig repräsentiert die moderne Welt nur zwischen 7 und 15 Prozent der Ökonomie und der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung.« Mit »andin-amazonischen Kapitalismus« meint er »die Konstruktion eines starken Staates, der die Expansion der Industrie reguliert, ihre Überschüsse abschöpft und in den kommunitären Bereich lenkt, um Prozesse der Selbstorganisation und der eigenständigen andin-amazonischen Marktentwicklung zu stärken«.

Was meinen die ArbeiterInnen und BäuerInnen zu diesem Programm? Auch nach einem Jahr schwimmt Evo Morales noch auf der Welle der Hoffnungen und Erwartungen. Eine aggressive, gegen »den Sozialismus« hetzende Oligarchie erleichtert die propagandistische Darstellung der eigenen Politik. Der politische Schlagabtausch findet in der *Assamblea Constituyente* statt. Die Ankündigung der Re-

gierung, sich per Dekret über die eigentlich notwendige Zweidrittelbestimmung hinwegzusetzen, hat schon zu physischen Auseinandersetzungen mit »der Rechten« geführt. In der *Assamblea Constituyente* sitzen für die MAS viele der Aktivisten und Vertreter der sozialen Bewegungen. Hinter den politischen Grabenkriegen scheinen die wirklichen Inhalte der Gesetzesvorhaben noch zu verschwinden. Tatsächlich hat es auch in den letzten Monaten immer wieder Märsche zu den parlamentarischen Orten gegeben, um die Regierung gegen die »alten Eliten« zu unterstützen. Nach der »Agrarreform« hat es aber nicht nur von der CSUTCB (Gewerkschaft der Landarbeiter) Forderungen nach der Rücknahme des Agrargesetzes gegeben.

Siehe Wildcat 67, 68, 72 und 74. Außerdem das Dossier auf der Webseite: http://www.wildcat-www.de/dossiers/latina/movimientos.htm
Weitere Quellen: http://www.cedla.org/index.php und http://www.econoticiasbolivia.com/

Nach den »Si Se Puede«-Demonstrationen

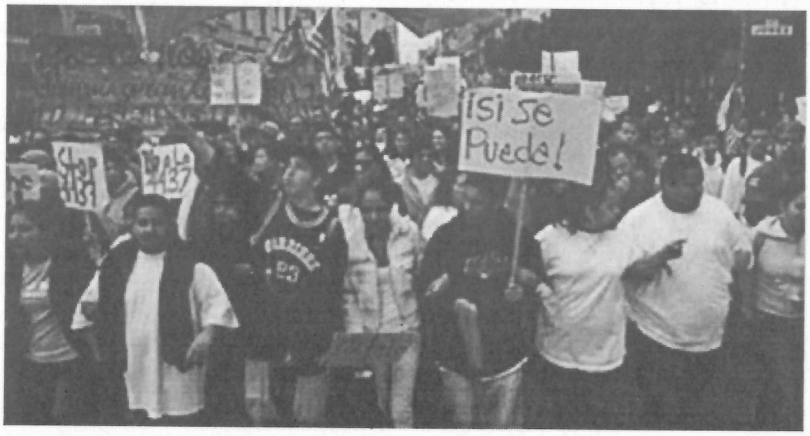
Knapp sechs Monate nach den großen »Si Se Puede«-Demos der ImmigrantInnen rund um den 1. Mai 2006 sollten mit erneuten lokalen und überregionalen Demos die Rechte der ImmigrantInnen unterstützt werden. Aber trotz breiter Mobilisierung versammelten sich auf der nationalen Kundgebung in Washigton nur 5000 Leute. Auch in Städten wie Los Angeles und Chicago konnte nicht an der breiten Mobilisierung vom Mai angeknüpft werden.

Das hat mehrere Gründe:
Nicht wenige sind aus Angst vor Kontrollen der Immigrationsbehörden den Kundgebungen ferngeblieben. So berichtet ein Arbeiter, dass »viele nach Medienberichten z.B. über Unternehmer, die gegen ImmigrantInnen vorgehen, Angst hätten und ihre Häuser nicht verlassen wollen« (*Washington Post*, 8.9.2006). Nach der *New York Times* vom 11.9. hat die Heimatschutzbehörde (DHS) vermehrt Razzien an den Arbeitsplätzen durchgeführt. Um die 2700 eingewanderte Arbeiter sollen dabei festgenommen, viele von ihnen abgeschoben worden sein. Auch wenn diese Zahl gegenüber der Gesamtzahl an ArbeiterInnen ohne Papiere gering bleibt, so zeigt die Angst vor Verhaftungen doch Wirkung. Die Organisatoren der lokalen Bündnisse verweisen auf die Rücknahme der schärfsten Gesetze zur Kriminalisierung von ohne Papiere aufgegriffenen EinwanderInnen. Andere sehen in »Wählerregistrierung und Wahlergebnissen« und nicht in Protesten auf der Straße die wirklichen Ergebnisse der »Si Se Puede«-Demos.

Schwer zu sagen, was aus den Pflänzchen an Selbstorganisation wird, die um den 1. Mai aus dem Boden schauten, die es neben den Aktionen der organisierten Aktivistengruppen gab. Eigeninitiativen wie diejenige von Tagelöhnern der Bauindustrie, die auf abgerissenen Zetteln handgeschrieben die Infos zu den Kundgebungen an andere Arbeiter verteilten. Aktivitäten, die wenig Aufmerksamkeit erlangen, die sich wahrscheinlich eher um Kernpunkte des täglichen Lebens wie Jobs, Wohnungen ... drehen, und sich nicht mit den Themen vom 1. Mai decken.

In den nächsten Jahren werden die Kämpfe der eingewanderten ArbeiterInnen in den USA von zentraler Bedeutung bleiben. Die Mobilisierungen vom 1. Mai als »Generalstreik« oder »neue Bewegung« zu bezeichnen, macht trotzdem wenig Sinn. Der Leiter des *Pew Center* (NGO, die lateinamerikanische EinwanderInnen unterstützt) sagte nach der Pleite der September-Kundgebungen:»Zur Bewegung fehlen uns nicht nur die Leute, zur Zeit müssen wir darum kämpfen, dass es überhaupt weitergeht«.

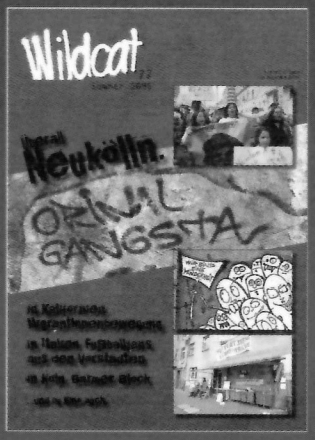
Im Zusammenhang, aber doch getrennt von den Demos vom Frühjahr gibt es die Aktivitäten der *Workers Center*, die sich im letzten Jahrzehnt vor allem in den Städten mit großen MigrantInnen-Communities entwickelten. Anfangs von unabhängigen Linken ins Leben gerufen, versuchten die Zentren, eine zersplitterte Arbeiterschaft zusammenbringen: Treffpunkte für die ArbeiterInnen, in denen auch rechtliche und andere Hilfe organisiert wurde. Mit den Jahren bekamen viele diese *Workers Center* ihr Geld von karitativen Stiftungen und schwenkten auf ein Dienstleistungsmodell um: Umgang mit allen Belangen der Einwanderung, Sprachkurse, Prozesse gegen Arbeitgeber.... Die von den Organisatoren erhoffte »Bewusstseinsbildung« fand kaum statt, heute sind die ArbeiterInnen in den Zentren eher Kunden, auch wenn weiterhin vom »Empowerment« der ArbeiterInnen gesprochen wird. Gleichzeitig sehen besonders die Gewerkschaften mit hohem ImmigrantInnenanteil in den *Workers Center* ein Mittel der Mitgliederanwerbung und unterstützen die Zentren oft hinter den Kulissen. Durch die zunehmende Integration der *Workers Center* könnten sie tatsächlich als neue Verbindung zwischen Gewerkschaften und diesen schwer zu rekrutierenden ArbeiterInnen funktionieren. ■



Mai 2006

Wildcat

Back Issues.



Wildcat 77 (Sommer 2006)

Streiks im öffentlichen Dienst

Kämpferischer Frühling in Frankreich

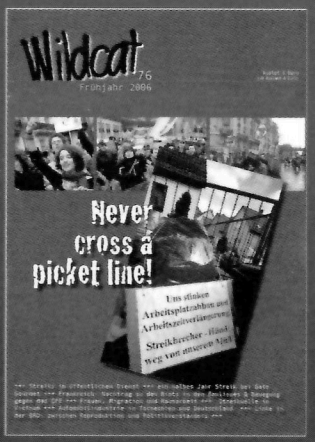
Nach den Riots in Frankreich: **Stolzer Abschaum**

»Barmer Block« in Köln besetzt

Fankurven und Vorstädte: Zur Dominanz der Rechten in den Fußballstadien Italiens

Unterwegs in China: aus der Göttin Demokratie wird die Göttin Ware

Sí se puede: MigrantInnenbewegung in Kalifornien



Wildcat 76 (Frühjahr 2006)

Die deutsche Linke zwischen Alltag und radikalem Anspruch

Streiks im öffentlichen Dienst • Streik bei Gate Gourmet

Automobilindustrie in Osteuropa • VW-Modell am Ende?

Frankreich: Eine zerfallende Gesellschaft oder eine Gesellschafft in Bewegung? • Gilles Dauvé: Wir wollen Nichts! • Die Bewegung gegen das CPE

Wie weiter in **New Orleans**?

Interview zur Situation im Iran • Streikwelle in Vietnam • Interview mit ArbeiterInnen bei Philips Semiconductors

Gender, Migration und Hausarbeit

Wildcat 75 (Winter 2005/2006)

Riots in Frankreich: Revolte in den Banlieues

New Orleans: Das Tschernobyl der USA?

Mathematischer Kapitalismus – romantischer Antikapitalismus: Michael Heinrichs »Kritik der politischen Ökonomie«

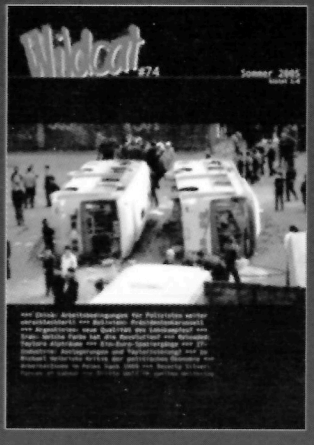
Demontage des Sozialstaats als endgültige Entnazifizierung: zu Götz Alys »Hitlers Volksstaat«

Gate Gourmet: Streik am Düsseldorfer Flughafen

Viererkette - viel gelaufen, wenig erreicht: Streiks an den Uni-Kliniken in Baden-Würtemberg

Polen: aus dem gelobten Land der Hausgeräteindustrie

u.v.m.



Wildcat 74 (Sommer 2005)

Die Commune ist die Antwort der Klasse

Ein-Euro-Spaziergänge in Berlin

Schließung des Hausgerätewerks Berlin

Verlagerung und Taylorisierung in der **IT-Industrie**

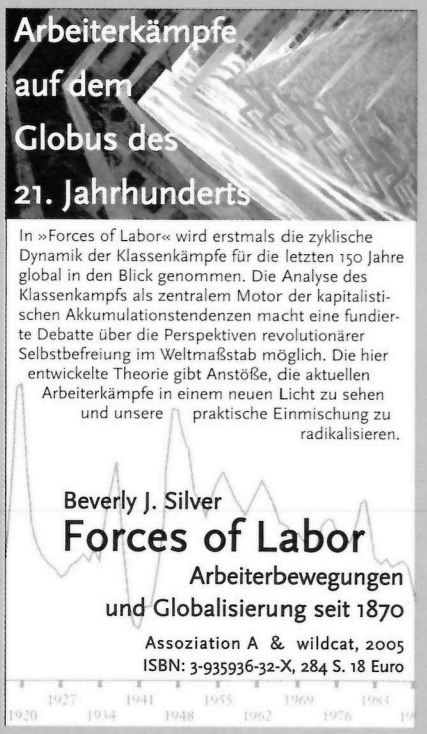
Polnische ArbeiterInnen in Irland und Polen

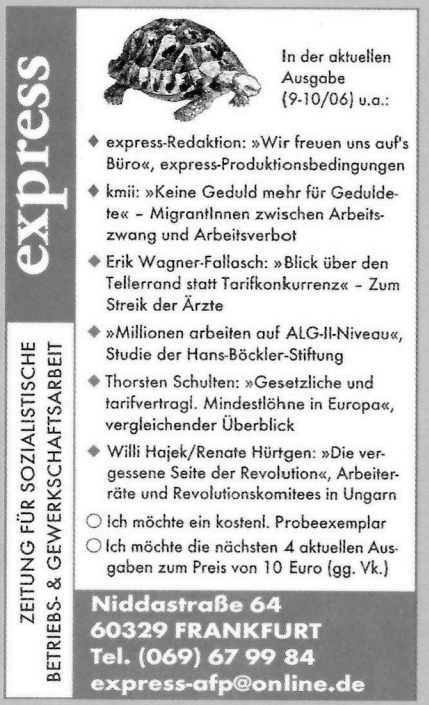
Bewegungen in Lateinamerika: Bolivien, Argentinien

Iran: Geschlossen gegen das soziale Erdbeben

Taylors Alpträume

Bücher: Den Himmel stürmen, Forces of Labor, Culture Jamming





Wildcat

syndikat-a medienvertrieb • bismarckstraße 41a • d-47443 moers

NEU!

ISBN 3-9810846-2-4 (bis 31.12.2006)
ISBN 978-3-9810846-2-7
Paperback, 192 Seiten, € 6,50

syndikal 2007
Kalender für das Ende der Lohnarbeit

SyndiKal soll eine tägliche Hilfestellung für alle sein, die sich im Betrieb und im Stadtteil gegen den sozialen Angriff und die tödliche Normalität des Kapitals und seines politischen Systems zur Wehr setzen. Neben praktischen Tipps und Hinweisen zum Überleben in der Klassengesellschaft stellt der Taschenkalender eine Vielzahl von aktuellen und historischen Beispielen dafür vor, wie sich immer wieder Menschen selbstorganisiert und solidarisch zusammengeschlossen haben, um für ein besseres und freies Leben zu kämpfen.

SyndiKal gibt es in vielen guten Buch- und Infoläden oder direkt beim Syndikat-A-Medienvertrieb. Und falls du kein Exemplar für 2007 mehr bekommen haben solltest, kannst du schon jetzt den Kalender für 2008 vorbestellen!

www.syndikat-a.de • fon & fax 0 28 41 53 73 16 • syndikat-a@fau.org